



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



3

20

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Was haben Sie auf den ersten Blick auf unserem Cover erkannt? Sahen Sie vielleicht zunächst rote Blumen? Oder (Corona-)Viren? – Erst bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass es sich um Tänzerinnen bei einer Massengymnastik-Veranstaltung handelt. Das Bild wurde 2012 in Pjöngjang in Nordkorea aufgenommen.

Das vermeintlich schöne Bild spiegelt symbolisch den Rang des Individuums in einer Diktatur wider – man tanzt in der Masse, man geht im Kollektiv auf, man stählt seinen Körper und hält sich gesund, um dem Staat bzw. in diesem Fall dem „geliebten Führer“ zu dienen. Das Kollektiv ist alles, der Einzelne nichts.

Die Entindividualisierung der Menschen und die Formung gesichtsloser, funktionierender Kollektive im Rahmen wie auch immer gearteter Staatsvorgaben sind typische Muster literarischer Dystopien. Im zweiten Teil unserer Serie zum Thema beleuchtet Thomas Schölderle diesmal einen Text, der sehr viele Bezüge zur derzeitigen Corona-Situation hat: Juli Zehs Roman „Corpus Delicti“.

Etwas positivere Perspektiven greifen zwei weitere Beiträge auf, die sich ebenfalls mit Fragen unserer modernen Gesellschaft auseinandersetzen: So wagt Thies Claussen einen mehr realistischen als utopischen Blick auf die Medizin der Zukunft. Das Thema Inklusion steht im Mittelpunkt des Artikels von Andreas Thum.

Nord- und Südkorea sind bis heute getrennte Staaten – im Gegensatz zu Deutschland, das am 3. Oktober den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit der Wiedervereinigung beging. Dietmar Görgmaier zeichnet den Weg vom Mauerfall 1989 bis zum Vollzug der Einigung nach, während Klaus Gestwa die essentielle Bedeutung Michail Gorbatschows würdigt, dessen Rolle in Russland selbst extrem kritisch bewertet wird. Philipp Springer erklärt anhand exklusiver Archivfotos, wie die Stasi noch 1989 Bürgerinnen und Bürger bespitzelte.

Geradezu dystopisch erscheinen momentan auch die Zustände in den Vereinigten Staaten. Man darf gespannt sein, ob sich Stephan Bierlings Prognose zum Ausgang der US-Wahl bewahrheiten wird – er geht davon aus, dass Trump die Wahl am 3. November verlieren wird.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Stephan Bierling lehrt Internationale Politik und Transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg. Gerade erschien sein neues Buch „America First. Donald Trump im Weißen Haus. Eine Bilanz“ im Verlag C.H. Beck.

Dr. Thies Claussen war u.a. Vorstandsmitglied der LfA Förderbank Bayern und in leitenden Positionen im Bayerischen Wirtschaftsministerium, bei der Wacker Chemie, im Bayerischen Landtag und bei der Flughafen München GmbH tätig.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Dr. Dr. Dietmar Görgmaier ist nach Stationen u.a. in der Thüringischen Staatskanzlei und an den Universitäten in Regensburg und Erfurt nun verantwortlich für das Europa-Projektmanagement an der Handwerkskammer Erfurt.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt hat eine Professur für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg inne.

Dr. Thomas Schölderle ist Politikwissenschaftler und Publikationsreferent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Dr. Philipp Springer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Andreas Thum, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Stadtmuseum Erlangen.

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de,
Stichwort: Einsichten und Perspektiven.
Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Inhalt



30 Jahre Deutsche Einheit und ihre Zukunft in Europa 4
von Dietmar Görhmaier

Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen 16
von Klaus Gestwa

Hinter den Kulissen 27
Das Jahr 1989 auf Fotografien der DDR-Geheimpolizei
von Philipp Springer



Wer war es? 36
Ein historisch-biographisches Rätsel
von Rainer F. Schmidt

„Zeit für Politik“ mit neuen Themen 39



Gesundheit, Diktatur und Dystopie 40
Zu Juli Zehs *Corpus Delicti*
von Thomas Schölderle

Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft 55
von Andreas Thum



Medizin und Gesundheit machen Fortschritte 67
von Thies Claussen

Warum Trump die Wahl am 3. November 2020 verlieren wird 74
von Stephan Bierling

30 Jahre Deutsche Einheit und ihre Zukunft in Europa

von Dietmar Görgmaier

Teil 1



Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags am 12. September 1990 in Moskau
v.l.n.r.: Der US-amerikanische Außenminister James Baker, der britische Außenminister Douglas Hurd, der sowjetische Außenminister Eduard Shevardnaze, der französische Außenminister Roland Dumas, der Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, sowie Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo



Gespräche am „Runden Tisch“ im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin mit zwölf teilnehmenden Parteien und politischen Gruppierungen, 7. Dezember 1989
Foto: ullstein bild/ADN-Bildarchiv



Erster „Runder Tisch“ im Bonhoeffer-Haus in Berlin, draußen demonstrieren die Gewerkschafter, Ostberlin, 7. Dezember 1989
Foto: ullstein bild/Fotograf: Rolf Zöllner

Vom „Runden Tisch“ bis zur freien Volkskammerwahl der DDR

2019 wurde in zahlreichen Festreden, auch am Vorabend des 9. November 2019 im Deutschen Bundestag, der Fall der Mauer und des „Eisernen Vorhangs“ nach der „friedlichen Revolution“ vor dreißig Jahren gewürdigt.¹ Die Zeit zwischen dem Fall der Mauer und der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 mit einem Treffen der Außenminister in Moskau bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 gilt als eine der aufregendsten Episoden der deutschen Geschichte.

Der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 31. August 1990 unterzeichnet und am 3. Oktober 1990 vom Deutschen Bundestag und der am 18. März 1990 aus freien Wahlen hervorgegangenen Volkskammer der DDR ratifiziert.²

In der Zeit zwischen dem Fall der Mauer und dem Einigungsvertrag bestanden die beiden deutschen Staaten nebeneinander. Sie sollten sich nach Auffassung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, also der USA, Russlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreiches, in

einem etwa zehnjährigen Prozess bis zu einer endgültigen Wiedervereinigung allmählich annähern.

Doch der tatsächliche Annäherungsprozess vollzog sich in rasantem Tempo: Zunächst herrschte „Uneinigkeit über den Weg zu Freiheit, Demokratie, freien Wahlen, Rechtsstaat und eine funktionierende soziale Marktwirtschaft“.³

Lange diskutierten die vereinigten Bürgerrechtler und -rechtlerinnen am sog. „Runden Tisch“ über den Ablauf von freien, gleichen und geheimen Wahlen sowie die Bildung von Parteien zur Volkskammer und den damit verbundenen Reform- und Modernisierungsprozess der DDR.⁴

Ab 3. Januar 1990 vereinten sich zunächst sechs ehemals oppositionelle Parteien und Gruppierungen, nämlich SPD, Demokratischer Aufbruch, Neues Forum, Demokratie jetzt, Vereinigte Linke, Initiative Frieden und Menschenrechte, zu einem Wahlbündnis.

Bereits zwei Wochen später, am 13. Januar 1990, verließ die SPD das Wahlbündnis wieder, nachdem sie Zulauf von mehreren Gründungsmitgliedern des Demokratischen Aufbruchs erhalten hatte.

Vor allem Willy Brandt, der am 25. Februar 1990 von der DDR-SPD zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde,

1 S. Das Parlament, Nr. 46 v. 11. November 2019, S. 3, sowie Jean-Claude Juncker: „Der 9. November 1989 bleibt europäische Sternstunde und zugleich unser Auftrag“, in: EU-aktuell, European Commission-Nachrichten, COMM-REP-DE-newsletter@ec.europa.eu vom 8.11.2019 [Stand 07.09.2020].

2 Vgl. Ingo Münch (Hg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, Stuttgart 1991.

3 S. Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme: Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 70; vgl. Andreas Fraude: Die Friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2. aktualisierte Auflage, Erfurt 2014; s. auch: Manfred Görtemaker: Die Berliner Republik, Berlin-Brandenburg 2009, S. 28-35.

4 S. Martin Debes: Es war eine heftige Zeit: vor 30 Jahren wurde erstmals in der DDR die Volkskammer frei gewählt, in: Thüringer Allgemeine v. 18. März 2020, S. 4; S. auch Fraude (wie Anm. 3), S. 69 f.

befürwortete einen Weg zur deutschen Vereinigung nach Art. 146 Grundgesetz. Dieser Artikel sah die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung vor im Gegensatz zu Artikel 23, der die Möglichkeit eines Beitritts zur Bundesrepublik definierte. Das Neue Forum als Bürgerbewegung, ferner die Bewegungen „Demokratie jetzt“ und „Initiative Frieden und Menschenrechte“ vereinigten sich in einem „Bündnis 90“.

Diese Gruppierungen befürworteten einen langfristigen Weg zur deutschen Einheit, basierend auf Reformprozessen in beiden deutschen Staaten und einer europäischen Friedensordnung.

Die Grüne Partei und der Unabhängige Frauenverband bildeten am 14. Februar 1990 ebenfalls ein Wahlbündnis für die Volkskammerwahl, ebenso die FDP in der DDR, die am 4. Februar 1990 ihren Neugründungsparteitag abhielt und sich fortan „Bund Freier Demokraten“ nannte.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher eröffnete in seiner Geburtsstadt Halle am 16. Februar 1990 den Wahlkampf der Liberalen. Die DDR-CDU schließlich gründete am 5. Februar 1990 die Deutsche Soziale Union (DSU), und vereinigte sich mit dem Demokratischen Aufbruch zur „Allianz für Deutschland“, die sich für eine rasche Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nach Art. 23 des Grundgesetzes aussprach. Bundeskanzler Kohl kam am 1. März 1990 zum ersten Wahlkampfauftritt der Allianz für Deutschland nach Chemnitz.⁵

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Aufforderung des „Runden Tisches“ am 5. März inmitten dieser vielfältigen Formierung neuer politischer Strömungen und Parteien, die Modrow-Regierung möge in die bereits am 20. Februar 1990 in Ost-Berlin begonnenen Verhandlungen über eine „Wirtschafts- und Währungsunion“ eine Sozialcharta einbringen.⁶

Insgesamt herrschte in der damaligen DDR vor der Volkskammerwahl am 8. März 1990 eine große Aufbruchsstimmung. Überraschend gingen aus der freien Volkskammerwahl nicht die revolutionären Bewegungen der Oppositionsszene in den 1980er Jahren und des „Runden Tisches“ vom Herbst 1989

als Sieger hervor, die die DDR „reformieren und neu gestalten“ wollten. Denn eine Überwindung der deutschen Teilung stand bis zur zehnten Volkskammerwahl am 18. März 1990 für viele noch nicht auf der Tagesordnung.⁷ Die große Mehrheit der Wählerschaft wollte die Ideen der Bürgerrechtsbewegungen nicht realisiert sehen, die die Einheit scheinbar auf eine Art „Selbstverwirklichungspfad“ umsetzen wollten. Sehr viele Menschen erstrebten nach jahrelangen Entbehrungen in einer Mangelwirtschaft primär das, was unter der Parole „Freiheit, Einheit und Wohlstand“ firmierte.⁸

Bei der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 kam unter äußerst hoher Wahlbeteiligung (93,4 Prozent) in freier und geheimer Wahl daher folgendes Ergebnis zustande:

10. Volkskammerwahl vom 18. März 1990	DDR (gesamt)		
Wahlberechtigte	12.426.443	100,00%	
Wähler	11.604.418	93,40%	
davon gültige Stimmen/Anteil	11.541.155	99,50%	

davon Stimmen/Mandate/Anteil	Stimmen	Mandate	Anteil
Christlich-DEMOKRATISCHE UNION Deutschlands (CDU)	4.710.598	163	40,80%
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	2.525.534	88	21,90%
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1.892.381	66	16,40%
Deutsche Soziale Union (DSU)	727.730	25	6,30%
Bund Freier Demokraten DFP - LDP - F.D.P Die Liberalen	608.935	21	5,30%
Bündnis 90	336.074	12	2,90%
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	251.226	9	2,20%
Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband (Grüne Partei - UFV)	226.932	8	2,00%
Demokratischer Aufbruch - sozial + ökologisch (DA)	106.146	4	0,90%
National-DEMOKRATISCHE Partei Deutschlands (NDPD)	44.292	2	0,40%

5 S. Fraude (wie Anm. 3), S. 68 f.

6 Ebd., S. 67.

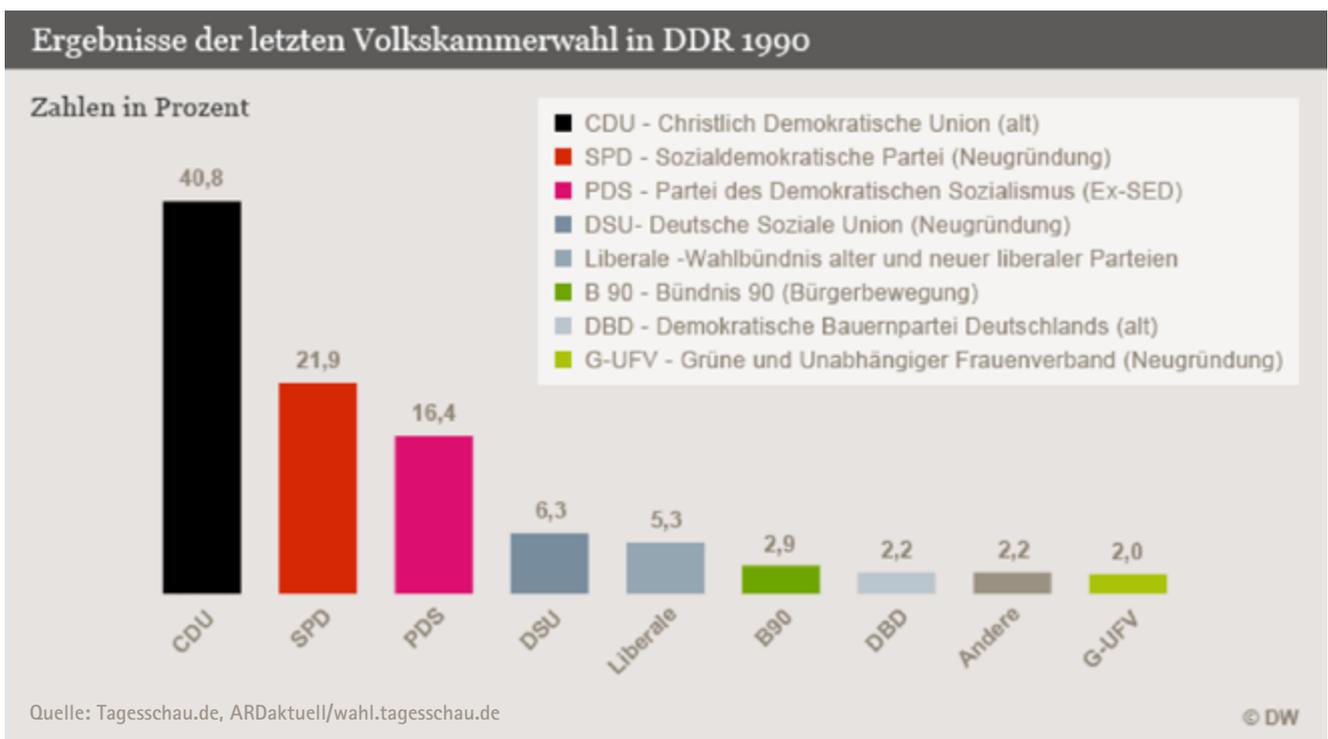
7 S. Kowalczyk (wie Anm. 3), S. 70, s. auch ders.: Von der Revolution über den Mauerfall zur Einheit, in: APuZ 35-37 (2019), S. 4-11, hier S. 7.

8 S. ebd., S. 10.

davon Stimmen/Mandate/Anteil	Stimmen	Mandate	Anteil
Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	38.192	1	0,30%
Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL) Die Nelken – VL	20.342	1	0,20%
Alternative Jugendliste (AJL) DJP – GJ – MJV – FDJ	14.616	0	0,10%
CHRISTLICHE LIGA	10.691	0	0,10%
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	8.819	0	0,10%
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)	3.891	0	0,00%
Europäische Föderalistische Partei Europa Partei (EFP)	3.636	0	0,00%
Unabhängige Volkspartei (UVP)	3.007	0	0,00%
Deutsche Biertrinker Union (DBU)	2.534	0	0,00%
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)	2.417	0	0,00%
Einheit jetzt	2.396	0	0,00%
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) Deutsche Sektion der 4. Internationale	386	0	0,00%
Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie	380	0	0,00%
Europa-Union der DDR	0	0	0,00%
Gültige Stimmen/Mandate – Gesamt	11.541.155	400	100%

Quelle:
Wahlkommission der DDR, Endgültiges Ergebnis der Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, Berlin 1990; Amtliches Endergebnis der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990, Neues Deutschland vom 24. März 1990, S. 5. Für die Hinweise zur und die Bereitstellung der ersten Quelle geht unser Dank an das Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig und den Landeswahlleiter des Landes Berlin.

Anmerkungen:
Die in der Tabelle farblich hinterlegten Zahlen des amtlichen Endergebnisses vom 23. März 1990 wurden noch durch eine Berichtigung des Amtlichen Endergebnisses vom 23. März 1990 des Kreises Querfurt (Wahlkreises Halle) geändert. Die Europa-Union der DDR (EU der DDR) ist nicht zur Wahl angetreten.



Die klassischen Parteien wie CDU, SPD, PDS (später Die Linke), DSU und Liberale vereinigten die meisten Wählerstimmen auf sich. Die „Allianz für Deutschland“ aus CDU (40,8 %), Demokratischer Aufbruch (0,9 %) und DSU (6,3 %) kam auf 48 % der Stimmen und ging als eindeutiger Sieger hervor. Ganz im Gegensatz zu manipulierten neun Volkskammerwahlen seit der Gründung der DDR 1949, bei denen die SED stets auf 100 % der Stimmen gelangte.

Knapp einen Monat nach der Volkskammerwahl wurde am 12. April 1990 der CDU-Spitzenkandidat Lothar de Maizière von der Volkskammer zum letzten Ministerpräsidenten der DDR und die Ärztin Sabine Bergmann-Pohl zur Präsidentin der Volkskammer gewählt. Nun galt es in hohem Tempo die Organe und Strukturen eines demokratisch verfassten Staatswesens in monatelanger Gesetzgebungsarbeit zu gestalten, was Parlament und Regierung der DDR in engem Schulterschluss bewältigen mussten. Nach der wichtigen Arbeit zu einer demokratischen Verfassung für die DDR betrachtete Bergmann-Pohl es dreißig Jahre im Rückblick als „größte Leistung nach der SED-Diktatur, dass die Menschen von heute auf morgen Demokratie eingeübt hätten, um die Wiedervereinigung zu gestalten.“ Sie sagte ferner in einem Interview der Deutschen Welle: „Es hat schon eine Portion Mut gebraucht, um die Arbeit in der Volkskammer zu erledigen.“⁹



Das Arbeitspensum war in der Tat enorm: In 38 Plenarsitzungen in nur sechs Monaten, oft bis tief in die Nacht, wurden 164 Gesetze beschlossen. Die wichtigste Entscheidung der frei gewählten Volkskammer in den frühen Morgenstunden des 23. August 1990: Mit überwältigender Mehrheit stimmte das Parlament dafür, am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik nach Art. 23 Grundgesetz beizutreten. In großer Eile verhandelten Politiker aus Ost und West über den Vertrag zur Deutschen Einheit. Für die über 1.000 Seiten benötigten sie nur vier Sitzungen. Am 20. September 1990 votierten der Deutsche Bundestag und die Volkskammer mit großer Mehrheit für den Einigungsvertrag. Die Volkskammer übrigens nur wenige Tage vor dem 41. Jahrestag der Gründung der DDR.¹⁰

Vom Plan zum Markt: durch Aufbau-Ost zur wirtschaftlichen Einheit

Nach der Wahl Lothar de Maizière am 12. April 1990 zum Nachfolger von Hans Modrow als Ministerpräsident wurden die bereits erwähnten Gespräche über die Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zügig fortgeführt. Bereits am 18. Mai 1990 konnten Bundesfinanzminister Theo Waigel und DDR-Finanzminister Walter Romberg den fertigen „Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ unterzeichnen.¹¹

Damit waren die Weichen zum historischen Umbau vom Plan zum Markt gestellt, sprich von der Planwirtschaft der DDR hin zur Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack in der Bundesrepublik Deutschland bereits 1949 eingeführt worden war. Kernstück des Staatsvertragswerkes war in der Tat die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wahl von Lothar de Maiziere (CDU/DDR) zum neuen Ministerpräsidenten: Gratulation von Amtsvorgänger Hans Modrow (PDS)
Foto: ullstein bild/ADN-Bildarchiv

9 S. Deutsche Welle: Volkskammerwahl 1990: Votum für die Deutsche Einheit, gesendet am 17.03.2020, 17:00 Uhr, <https://www.dw.com/de/volkskammerwahl-1990-votum-f03%BCr-die-deutscheeinheit> [Stand: 07.09.2020].

10 Vgl. Görtemaker (wie Anm. 3), S. 45, sowie Fraude (wie Anm. 3), S. 71.

11 Vgl. Bundesgesetzblatt 1990 II Nr. 20 v. 29. Juni 1990 S. 537-544.

Dazu war der Umtausch der Valuta-fähigen DDR-Währung auf die D-Mark zum 1. Juli 1990 erforderlich. Denn die Planwirtschaft der DDR war nicht auf Wirtschaftlichkeitsprinzipien aufgebaut: Es fehlten ihr die Elemente der Marktwirtschaft, wie das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage und die sich im freien Marktkräftefeld herausbildende Preisbildung. Permanente Mangelerscheinungen in der DDR-Planwirtschaft waren die Folge gewesen, wie Versorgungsengpässe, vor allem Materialdefizite und Ersatzteile für die Produktion in Form der handwerklichen oder industriellen Fertigung. Der Produktionsapparat für die VEB wurden zum Teil zentral von den Ministerien in Ost-Berlin gelenkt oder vom Rat des Bezirkes die LPG auf regionaler Ebene. Es galt die Planerfüllung auf Abruf der eingeplanten Geldmittel, egal ob eine Nachfrage bestand oder nicht. Dadurch wurden Ressourcen unnötig verbraucht und am Bedarf vorbei produziert. Vor allem fehlte der Wettbewerb, nach David Ricardo (1772-1823)¹² das Lebens- und Überlebenselexier der Marktwirtschaft mit ihren komparativen Kostenvorteilen. Es fehlte auch an Kostenbewusstsein und -orientierung. Der Maßstab war stets die „Planerfüllung“, die von VEB und LPG am Jahresende nach Ost-Berlin gemeldet werden musste.

Infolge der staatlichen Planvorgaben und des Monopols des DDR-Staates beim Außenhandel bestanden für die Staatsbetriebe in Form von VEB und LPG wenig Chancen, sich auf Auslandsmärkten niederzulassen, um sich Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte zu sichern. Infolge dieses staatlichen Rahmenkorsetts war der Zustand der Kombinate und LPG zur Zeit des allmählichen Wiedervereinigungsprozesses verheerend. Privatisierungsfähig waren sie oft gar nicht, weil nach Wegfall der Grenzen die Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten fehlte oder die Buchungswerte nicht auf Sachwerten beruhten, dazu waren sie überfrachtet von Staatsschulden, die den VEB und LPG in die Bilanzen diktiert wurden. So konnte in Ost-Berlin dem Politbüro ein „frisierter“ ausgeglichener Staatshaushalt vorgelegt werden. Damit waren die Jahresabschlüsse der VEB wertlos.

Hinzu kam die zum Teil völlig veraltete technische Ausstattung der Betriebe in der DDR. Der technologische Rückstand gegenüber den westeuropäischen Ländern war enorm. Die marode Infrastruktur erschwerte den Gütertausch im Inland, von dem Mangel an Trans-

portkapazitäten ganz zu schweigen. Kein Wunder, dass die Produktivität der staatlichen Betriebe in der DDR im Durchschnitt nur ca. 30 Prozent des Westniveaus erreichten.¹³ Bedauerlicherweise war die vielgepriesene Arbeitsteilung zwischen den RGW-Staaten mangelhaft. Die Betriebe verzeichneten infolge der von Ost-Berlin verordneten Vollbeschäftigungspflicht der Kombinate vor dem Einigungsvertrag einen viel zu hohen Personalbestand.



Informationskampagne zum Staatsvertrag zwischen der BRD und DDR. Im Bild beantworten Richard Marxen (2.v.l.), Isabella von Trutzhess und Brigitte Paschetag (stehend) den Münchner Besuchern Fragen.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Karl-Heinz Egginger

Mit dem Abschluss des Staatsvertrages zur „Wirtschaft-, Währungs- und Sozialunion“ am 18. Mai 1990 war ein Verbleib im RGW aus den oben genannten Gründen nicht mehr möglich. Am 2. Oktober 1990 erklärte das Staatsoberhaupt der DDR, Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl, den Austritt aus dem RGW.



Eine geschlossene Wechselstube der DDR-Staatsbank am Berliner Hauptbahnhof in einem Wohnhaus in der Erich-Steinfurth-Straße 6, 1990. Vor der Wiedervereinigung konnte dort im Verhältnis 1:1 getauscht werden.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/P/F/H

.....
13 Vgl. Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, BT-Drs. 11/8472, S. 282, <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/1108472.pdf> [Stand 07.09.2020].

.....
12 Vgl. Ricardo David: Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Marburg 2006.

Die deutsche Währungsunion

Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Einführung der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“¹⁴ beinhaltete neben dem Kernstück der Errichtung der Sozialen Marktwirtschaft durch Privateigentum, Preisbildung und Abschaffung staatlicher Monopole die Einführung der D-Mark im Geltungsbereich der DDR. Das westdeutsche Sozialsystem sollte von der DDR übernommen werden. Im Gegenzug übernahm die Bundesrepublik für eine Übergangszeit den Ausgleich des defizitären Staatshaushaltes der DDR und die Kosten für die Finanzierung der ostdeutschen Sozialausgaben.

Auslöser zu einer vorgezogenen Einführung der D-Mark war Anfang 1990 zum einen die verzweifelte finanzielle Lage der DDR, die den Zerfall beinahe täglich beschleunigte.¹⁵ Ministerpräsident Hans Modrow bezifferte in einem Gespräch mit Kanzler Helmut Kohl anlässlich des „World Economic Forums“ am 2. Februar 1990 in Davos den benötigten Sofortkredit in Form eines „Lastenausgleichs“ auf 15 Mrd. DM, um einen Staatsbankrott mit allen schrecklichen Folgen abzuwenden.

Zum anderen hatte Bundeskanzler Kohl am 19. Dezember 1989 einen emotionalen Eindruck der Bevölkerung anlässlich seiner denkwürdigen Rede vor dem Trümmerhaufen der im Zweiten Weltkrieg von britischen Bombern zerstörten Frauenkirche in Dresden erlebt. Hunderttausende demonstrierten dort mit einem schwarz-rot-goldenen Flaggenmeer für die sofortige Wiedervereinigung.

Er hatte dort erfahren müssen, dass die Einführung der D-Mark für die Bevölkerung in der wirtschaftlich schwierigen Lage ein starkes Signal für die Wiedervereinigung Deutschlands sein würde. So begannen bereits Anfang Februar 1990 unter dem Eindruck der Dresdner Erlebnisse die Vorbereitungen zur Einführung der D-Mark in der DDR; zumal das Politbüro-Mitglied der Sowjetunion, Nikolai Portugalow, am 24. Januar 1990 in einem Bildzeitungs-Interview für die Wiedervereinigung beider deutschen Staaten plädiert hatte.¹⁶ Die Bedenken des Bundesbankdirektors Otto Pöhl vom 5. Februar 1990, wonach eine Währungsunion üblicherweise der letzte Schritt einer politischen und wirtschaftlichen Integration sein müsse,

14 Staatsvertrag über die Schaffung einer „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 18. Mai 1990, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 63/1990, S. 517-544 und Bundesgesetzblatt 1990 II Nr. 20 vom 29. Juni 1990.

15 Rund 2.000 Übersiedler verließen beinahe täglich die DDR in Richtung Bundesrepublik; vgl. dazu Görtemarker (wie Anm. 3), S. 39.

16 S. ebd., S. 37.

ließ der Bundeskanzler angesichts der prekären wirtschaftlichen Dramatik in der DDR nicht gelten. Er kündigte vielmehr tags darauf, am 6. Februar 1990, Gespräche mit der DDR-Führung zur Einführung der D-Mark an und übernahm damit die politische Verantwortung für die Währungsstabilität, Beschäftigung, Renten, Sozialwesen und Infrastruktur. Er forderte die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland und kündigte einen Staatsvertrag „zur Anpassung der DDR an das bundesdeutsche System zwischen beiden deutschen Staaten“ an.¹⁷ Der Kanzler sah die Währungsunion als Wegbereiter der Wiedervereinigung und legte sich am 13. März 1990, also fünf Tage vor der zehnten Volkskammerwahl am 18. März 1990, auf einen Umtauschkurs von 1:1 in D-Mark (Guthaben) fest. Im erdrutschartigen Wahlergebnis zugunsten der „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch) honorierte die Bevölkerung in der 1. Freien Volkskammerwahl diese Strategie des Kanzlers. Der Staatsvertrag vom 18. März 1990, der dann am 1. Juni 1990 unterzeichnet wurde,¹⁸ war daher aus heutiger Sicht dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung ein richtiger Schritt vor dem folgenden Einigungsvertrag und der Wiedervereinigung durch Beitritt der DDR, also der fünf neuen deutschen Länder, zum Grundgesetz am 3. Oktober 1990. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion brachte den Bürgerinnen und Bürgern den lang ersehnten Zugang zur starken D-Mark-Währung und damit für die DDR-Bevölkerung ein vorteiliges Entgegenkommen zur Werterhaltung ihrer Löhne und Sparguthaben.¹⁹

Sie eröffnete jedoch den Weg vom Plan zum Markt mit allen schmerzlichen Folgen und Arbeitsplatzverlusten im Zeichen des Wettbewerbes auf den Weltmärkten und der einsetzenden Globalisierung mit der Produktion in vielen Gebieten der Welt entlang der von Kosten diktierten Wertschöpfungsketten der Unternehmen. Das Sterben der auf den Märkten nicht mehr wettbewerbsfähigen Unter-

17 Ebd., S. 39; s. auch Ilko-Sascha Kowalczyk: Das Ende der DDR 1989/90, in APuZ 35-37 (2019) vom 26. August 2019, S. 7.

18 Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (wie Anm. 14).

19 Vgl. zum Umtausch der DDR-Mark zur D-Mark die Zwölf-Punkte-Erklärung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR vom 2. Mai 1990 und die darin festgelegten Umtauschrelationen für Löhne, Gehälter, Stipendien, Mieten, Pachten, Renten und andere Versorgungszahlungen wie Unterhaltszahlungen im Verhältnis 1:1, in: Dieter Grosser: Das Wagnis der „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Geschichte der deutschen Einheit, Stuttgart 1998, S. 288 f.; S. auch: Marcus Böick: Die Treuhand, Bd. 10334 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2018, S. 153.



Plakat in Weimar, 1990
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotografin: Brigitte Hellgoth

nehmen einer Reihe von Branchen nach der Wiedervereinigung zu Beginn der 1990er Jahre spiegelt die Situation des durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ausgelösten Umbruchs wider. Die Dramatik des Umbruchs lässt sich am Brutto sozialprodukt (BIP) im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland sowie an den Zahlen des Arbeitsmarktes im Jahr 1990 nachvollziehen:

- Während das BIP in der DDR im Jahr 1989 vom 336 Mrd. DDR-Mark auf 206 Mrd. D-Mark im Jahr 1991 um fast 40 Prozent sank und eine Steigerung erst nach 1991 begann, setzte in der westdeutschen Wirtschaft ein „Einigungsboom“ mit einer Steigerung des BIP um 5,7 Prozent in den Jahren 1990 und 1991 ein.²⁰
- Der Arbeitsmarkt entwickelte sich ähnlich gegensätzlich: Bereits im Laufe des ersten Halbjahres 1990 stieg die Zahl der Arbeitslosen rasch. Waren im Januar in der DDR offiziell 7.440 Personen arbeitslos, lag deren Zahl im Juni bereits bei 142.096. Ab 1. Juli 1990 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 272.017, im September auf 444.856 und zum 31.12.1990 schließlich auf 642.000.
- 1989 registrierte die DDR 9,7 Mio. Beschäftigte; 1993 waren es nur noch 6,2 Mio.

20 Zit. nach Franz Schuster: Thüringens Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 26, in Gerhard Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2006, S. 139.

- Im Bundesgebiet dagegen befand sich die Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit 1981/82, gleichzeitig erstarkte die Konjunktur mit steigendem BIP. Der Kontrast zwischen Ost und West blieb bis 1993 bestehen. Zu diesem Zeitpunkt brach dann in den alten Bundesländern die Konjunktur ein und die Arbeitslosenzahlen stiegen signifikant.
- In diesem Prozess entlasteten den Arbeitsmarkt im Jahr 1993 in den neuen Ländern 500.000 Pendlernach Westdeutschland und 800.000 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie 850.000 Frühverrentungen. Nur noch ein Viertel aller Arbeitnehmer in den neuen Ländern hatte 1993 noch den gleichen Arbeitsplatz als vor 1989.²¹

Die Treuhand und Umbau wie Aufbau Ost

Die Ursachen für den plötzlichen ökonomischen Kollaps statt „blühender Landschaften“, wie sie der Bundeskanzler in einer Regierungserklärung am 21. Juni 1990 in Aussicht gestellt hatte,²² lagen zweifelsohne im freien Spiel der Kräfte im weltweiten Wettbewerb nach dem Wegfall des „Eisernen Vorhangs“ in Europa. Die DDR-Betriebe waren nicht mehr konkurrenzfähig. Sie produzierten Waren mit einem veralteten Maschinenpark, für die sich nach Öffnung des Marktes kaum noch Käufer finden ließen: nicht einmal die Kunden aus Osteuropa, die vor 1990 in Ostmark alle DDR-Produkte erworben hatten und die sich die nach 1990 infolge der Währungsumstellung auf die D-Mark teurer gewordenen Erzeugnisse aus Ostdeutschland nicht mehr leisten konnten. Die Anhebung der Löhne in ostdeutschen Betrieben kam als weiteres Hindernis hinzu, weil sie die Produkte neben dem neuen Wechselkurs zu den osteuropäischen Ländern zusätzlich verteuerten.

Zahlreichen Veröffentlichungen zu „30 Jahre Fall der Mauer“ zufolge wurde häufig die Treuhandanstalt für den angeblichen „Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft“ verantwortlich gemacht.²³ Diese ging auf Überlegungen einer Gruppe „Freies Forschungskollegium Selbstorganisation“ in der DDR zurück. Sie verfolgte das Ziel, eine „Nomenklatura“-Privatisierung, wie sie in

21 S. Marcus Böick/Christoph Lorke: Aufschwung, Abbau, Anpassung, in APuZ Heft 46/2019 v. 11.11.2019, S. 37.

22 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/2017 v. 21.06.1990.

23 Vgl. etwa Görtemaker (wie Anm. 3), S. 91, oder Matthias Krauß: Die große Freiheit ist es nicht geworden, Berlin 2019, S. 17 ff. u. S. 35 ff., oder Ilko-Sascha Kowalczyk: Das Ende der DDR 1989/90, in: APuZ, Heft 35-37 (2019) v. 26.08.2019, S. 9.



Protest gegen die Treuhandanstalt in Berlin, 1991
Foto: ullstein bild/Fotograf: Jansson

Ost-Mitteleuropa öfters organisiert wurde, zu verhindern. Am 26. Februar 1990 stellte schließlich die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ am „Runden Tisch“ in Hohenschönhausen den Antrag, das in „Volksbesitz“ befindliche Eigentum in einer Holding zu vereinen, um die Anteilsrechte der DDR-Bürger zu erhalten.²⁴ Am 1. März 1990 erfolgte unter Annahme des Vorschlages der Beschluss des Ministerrates der DDR unter Hans Modrow zur Gründung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“.²⁵ Unter seinem Nachfolger Lothar de Maizière wurde nach den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 der Privatisierungsprozess weitergeführt und schließlich am 17. Juni 1990 das „Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens“ (Treuhandgesetz) beschlossen. Nach dem Treuhandgesetz sollte das gesamte DDR-Volkseigentum ab dem 1. Juli

24 S. Görtemaker (wie Anm. 3), S. 91, und Mandy Tröger: Die Treuhand und die Privatisierung der DDR-Presse, in: APuZ 35-37 (2019), S. 34.

25 Ebd. und Böick (wie Anm. 19), S. 194 ff.

1990 bis 1. August 1990 und alle Betriebe in GmbHs umgewandelt werden, die danach im Eigentum der Treuhand zunächst weiter bestehen sollten. Darunter fielen 8.500 Betriebe mit rund vier Millionen Beschäftigten.²⁶ Die betrieblichen Vermögen sollten nach dem Treuhandgesetz über einen von der Treuhandgesellschaft organisierten Fonds privatisiert werden.²⁷ Nach Schätzung des ehemaligen ersten Treuhand-Direktors und ehemaligen Leiters des Stahlkonzerns Hoesch belief sich der Wert der 8.500 Betriebe auf ca. 600 Mrd. D-Mark.²⁸

- Nach diesem Gesetz hatte die Treuhand die Aufgaben,
- die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch wie möglich zurückzuführen,
 - die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern,
 - Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke bereitzustellen,
 - nach § 2 Abs. 6 des Treuhandgesetzes die Struktur- und Anpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes zu fördern und auf die Entwicklung sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen und deren Privatisierung Einfluss zu nehmen,
 - darauf hinzuwirken, für Herausbildung marktfähiger Unternehmen durch Entflechtung von Unternehmensstrukturen und damit für eine effiziente Wirtschaftsstruktur zu sorgen.

Die Treuhandanstalt wurde durch Art. 27 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 ermächtigt, Kredite in Höhe von bis zu 25 Mrd. Deutsche Mark aufzunehmen. Ferner war sie befugt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen. Auch waren nach Maßgabe des Art. 10 Abs. 6 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 Möglichkeiten vorzusehen, den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der 2:1-Umstellung reduzierten Betrages ein verbrieftes Anteilsrecht am ehemaligen volkseigenen Vermögen einzuräumen.²⁹

26 Vgl. Tröger (wie Anm. 24), S. 34, und Dokumentation Treuhandanstalt, Bd. I, S. 112.

27 S. Böick (wie Anm. 19), S. 207.

28 S. Tröger (wie Anm. 24), S. 34.

29 S. Bundesgesetzblatt 1990 II Nr. 35 v. 28. September 1990, S. 897, sowie Franz Schuster: Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft (wie Anm. 20), S. 40 f.

Schließlich wurde die Treuhand in Art. 25 des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR mit den genannten „Kernaufgaben“ bestätigt und mit dem Auftrag betraut, „möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen“.³⁰

Zum Zeitpunkt der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 war die Treuhand jedoch kaum funktionsfähig. Es mangelte an Personal und entsprechendem Unterbau. Im Jahr 1991 beschäftigte sie dann 3.000 neue Mitarbeiter, im Jahre 1993 waren es 4.600.³¹

Teils waren die Mitarbeiter auch in 15 Regionalbüros tätig. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Privatisierung der 127 zentralen und 95 regionalen Kombinate mit insgesamt 12.993 Unternehmen sowie der staatlichen Liegenschaften und des umfangreichen Grundbesitzes.³²

Die Erwartungen des Gesetzgebers, durch die Privatisierung einen Erlös von etwa 350 Milliarden DM zu erzielen, erwies sich bald als unrealistisch: Eine Expertenkommission, die noch unter Ministerpräsident Modrow vor der 10. Volkskammerwahl am 15. März 1990 eingesetzt wurde, bewertete „lediglich 40 Prozent der DDR-Kombinate als rentabel, 30 Prozent als nicht sanierungsfähig“.³³ Die Folge: In etlichen ostdeutschen Betrieben kam es vor allem zum Jahreswechsel 1990/91 zu Massenentlassungen, Schließungen und damit zu sprunghaft steigenden Arbeitslosenzahlen, die gleichermaßen gesellschaftliche Proteste und weitere Abwanderungen in Richtung Westen befeuerten“.³⁴



Pressekonferenz mit Treuhand-Vorstand 1991: Birgit Breuel, Detlev Rohwedder, Günther Halm

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Paul Glaser

30 Ebd.

31 Vgl. Träger (wie Anm. 24), S. 35.

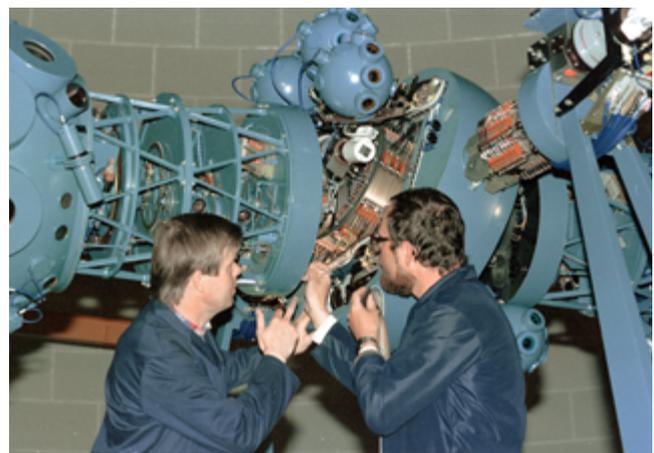
32 Vgl. Görtemaker (wie Anm. 3), S. 92.

33 S. ebd.

34 S. Böick/Lorke (wie Anm. 21), S. 39.

Detlev Rohwedder hatte bis zu seiner Ermordung am 1. April 1991 durch das RAF-Kommando „Ulrich Wessel“ (laut Bekennerschreiben) den Treuhand-Auftrag als „schnelle Privatisierung, entschlossene Sanierung und behutsame Stilllegung“ in einem persönlichen Schreiben an alle Mitarbeiter der Treuhand vom 27. März 1991 aufgefasst.³⁵ Seine Amtsnachfolgerin Birgit Breuel, ehemalige niedersächsische Wirtschaftsministerin, legte bei der Umsetzung dieses Leitsatzes den Schwerpunkt vor allem auf die Privatisierung und bezeichnete die Förderung der Sanierung als Aufgabe der Länder. Dahinter verbarg sich das damalige Konzept der Bundesregierung zur „Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne“ durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993.³⁶ Die Investitionen in die „industriellen Kerne“ haben in den neuen Ländern dazu beigetragen, in verschiedenen Regionen einer „Deindustrialisierung“ entgegenzuwirken. So steuerte beispielsweise der Freistaat Thüringen im Herbst 1993 rd. 200 Mio. D-Mark zum Aufbau der Thüringer Industriebeteiligungs-Gesellschaft (TIB) bei, über die sich der Freistaat an Unternehmen beteiligte, um sie zu retten. So waren X-Fab mit elektronischen Bauteilen, Carl-Zeiss Jena und die Jenoptik GmbH, Jena, es wert, gerettet zu werden.³⁷

Vom 1. März 1990 bis zu ihrer Auflösung am 31. Dezember 1994 standen am Ende der Treuhandanstalt 204,4 Mrd. DM Defizit, die am 01.01.1995 in den „Erblastentilgungsfonds“ überführt wurden.³⁸



VEB Zeiss Jena, 1990. Techniker suchen einen Fehler im Groß-Projektor für ein Planetarium.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Paul Glaser

35 Zitat nach Schuster (wie Anm. 20), S. 43.

36 S. ebd., S. 44 und Dokumentation Treuhandanstalt, Bd. 11, S. 717-737.

37 S. „Gewerkschaften in Thüringen kämpften für Erhalt der Industrie“, in: Thüringer Allgemeine v. 20.05.2015, S. 4.

38 Marcus Böick/Christoph Lorke: „Eine kleine Geschichte des Aufbau Ost“, in: APuZ 46 (2019) v. 11.11.2019, S. 34

Sie konnte von den 12.354 Unternehmen, die sich in ihrer Obhut befanden, 6.546 (53 %) privatisieren, 1.588 (13 %) und 310 (2,5 %) kommunalisieren sowie 3.718 (30 %) liquidieren.³⁹ Dabei konnte sie Einnahmen in Höhe von knapp 40 Mrd. DM und Ausgaben in Höhe von 166 Mrd. DM verbuchen.

Das zahlenbezogene Finanzierungsdefizit betrug demzufolge 126,4 Mrd. DM, zu denen 72,7 Mrd. DM für Altkreditschuldungen und 5,3 Mrd. DM für sonstige Aufgaben hinzukamen. Somit verblieb das bereits angegebene Defizit in Höhe von 204,4 Mrd. DM.⁴⁰

„Angesichts der Diskrepanzen zwischen Soll- und Ist-Zustand der Kombinatbetriebe war ein rein marktwirtschaftlicher Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nicht zu bewerkstelligen“, resümiert Franz Schuster als ehemaliger Wirtschaftsminister Thüringens. „Der Erfolg der Treuhand mit ihrer Privatisierungsstrategie war begrenzt, die volkseigenen Betriebe hatten hohe Defizite in den Büchern, die Kombinate waren nicht in der Lage, sich anzupassen und Erfolgsaussichten des Förderinstrumentariums waren begrenzt“, so der Autor, wie auch Karl-Heinz Paqué in seiner Bilanz über die Treuhand.⁴¹ Das Schmerzlichste war jedoch das Schicksal der arbeitslos gewordenen Menschen: Von den fast vier Millionen Industriearbeitsplätzen hatten nur knapp eine Million die radikale Umstellungsphase überstanden. Bis in die Gegenwart sind die Meinungen über den Umbau und Aufbau Ost geteilt: „Die Schocktherapie“ war für die einen „ohne Alternative“ und angesichts 40 Jahre staatlich gelenkter Wirtschaft in einem vom RGW-Zwangsbündnis⁴² zugewiesener Arbeitsteilung der osteuropäischen Staaten nicht anders zu erwarten. Für die schonungslosen Kritiker dagegen wurde der überaus notwendige Modernisierungskurs in den neuen Ländern mit der mit viel staatlichen Investitionen gelungenen Aufbau- und Aufholleistung als „neoliberal“ oder „marktradikal“ oder „Milliardengrab“ diskreditiert.

Mittlerweile ist die pauschale Verteufelung mancher Institutionen, Gremien, politischer Parteien oder NGOs einer differenzierteren Betrachtungsweise gewichen: Regionen mit Clusterbildungen von Unternehmen und Hoch-

schulen mit beachtlichem Gründungsgeschehen wie in Jena, Leipzig oder Ostberlin werden verglichen mit mehr ländlichen Regionen ohne Metropolcharakter, jedoch mit Impulssetzungen durch EU-Programme wie Horizon (F+E für Hochschule und Wirtschaft) oder EFRE und ESF, EU-Förderprogramme, die durch Unternehmens- und Hochschulvernetzung europaweit für Investoren und Inwertsetzung in peripheren Regionen noch immer sorgen. Natürlich kann man heute philosophieren, ob die vierjährige Umbauphase vom Plan zum Markt nicht mit anderen Instrumenten wie beispielsweise in den mittelosteuropäischen Staaten erfolgreicher gestaltet hätte werden können.

Von Kritikern wurde beispielsweise die Voucher-Privatisierung in der Tschechischen und Slowakischen Republik bemüht. Doch bei näherer Betrachtung ging viel Zeit verloren durch Verkauf der Anteilsscheine der Betriebe. Diese wurden von den Neueignern massenweise an Kreditinstitute verkauft, die mithilfe privater Unternehmensberatungsgesellschaften zuerst die Filetstücke der Kombinate an Investoren aus aller Welt veräußerten, Staat und Kommunen jedoch blieben auf den wenig wettbewerbsfähigen Rest sitzen.

Die flankierenden staatlichen Programme zum Aufbau Ost

Die Arbeit und Privatisierungsleistung der Treuhandanstalt bei der Transformation vom Plan zum Markt mit all den staatlichen und privaten Investitionen für dieses Großprojekt konnte selbstverständlich nicht reichen.

Es musste Weiteres geschehen, um die Anpassungsmaßnahmen für ein komplettes zentralverwaltetes Staatswesen an einen föderalen und demokratischen Staatsaufbau West heranzuführen. Hierbei ist vor allem an die Modernisierung und den Ausbau einer maroden Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau einer administrativen Anpassung mit der Neuerrichtung von fünf neuen Ländern samt der kompletten Installierung von neuen Landkreisen und kreisfreien Städten für die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu denken. Dies war vor und nach der Deutschen Einheit zunächst eine personelle und finanzielle Herkulesaufgabe mit beträchtlichen Schulungsmaßnahmen.

Für diese enormen Aufgaben ersannen Administratoren von Bund und Ländern der Bundesrepublik gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag eine Menge operationeller Umsetzungsprogramme. Diese Aufgabe wurde auch gestemmt, weil sich viele Partnerstädte und Partnerlandkreise bildeten, um Hilfestellung zu leisten. Auch die Einsatzbereitschaft von

39 S. Görtemaker (wie Anm. 3), S. 92.

40 S. Böick/Lorke (wie Anm. 38), S. 35.

41 Vgl. Karl-Heinz Paqué: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit, Bonn 2010, S. 26-44; vgl. auch Schuster (wie Anm. 20), S. 44.

42 RGW: Als Antwort auf den amerikanischen Marshall-Plan gründen die UdSSR, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Tschechoslowakei am 25. Januar 1949 den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).



Ausbau der Autobahn
am Hermsdorfer Kreuz,
1991
Foto: Süddeutsche
Zeitung Photo/Fotograf:
Ulrich Baumgarten

vielen freiwilligen Helfern in Vereinen, Verbänden, Administrationen und Kammern der gewerblichen Wirtschaft muss hier genannt werden. Als Ratgeber und Aufbauhelfer aus den alten Ländern machten sie sich auf den Weg in die neuen Länder Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Natürlich bedurfte es neben den enormen Geldtransfers für die Treuhand aus der Bundesrepublik auch neuer Programme vor allem zur Linderung der Arbeitslosigkeit durch Umschulungsmaßnahmen und Arbeitslosenunterstützung auf dem Arbeitsmarkt sowie beträchtliche Sozialhilfeleistungen.

Hierbei ging die Bundesregierung in beachtliche Vorleistung. Zu nennen sind zunächst das staatliche „Investitions- und Infrastrukturprogramm 1991/92“ mit über 24 Milliarden DM. Diese Mittel waren dazu gedacht, private Investitionen zu fördern, die maroden Forschungs-, Verkehrs- und Kommunikationsstrukturen grundlegend zu erneuern, aber auch kommunale sozial- oder umweltpolitische Maßnahmen zu finanzieren, letztlich, um „gleichwertige Lebensbedingungen in Ost und West zu schaffen.“⁴³

In dieses erste Vorabprogramm fügte sich auch der „Fonds Deutsche Einheit“, aus dem die fünf neuen Länder Hilfestellung für den Aufbau der Verwaltung, Besoldung der neuen Verwaltungseinheiten in Land und Kommunen inklusive der Gebäudesanierungen und -einrichtungen sowie Hilfen für die sozial bedürftigen Mitbürger(innen), Modernisierung der Schulen und Kindergärten sowie anderweitige Aufgaben der Daseinsvorsorge für Jung und Alt stemmen sollten.⁴⁴ Aus dem „Fonds Deutsche Einheit“ erhielten die neuen Länder von 1990 bis 1994 knapp 160 Milliarden DM. Sie dienten als Kompensierung für die noch nicht etablierten horizontalen und vertikalen Finanzausgleichsmittel des Föderalismus-Staatsaufbau der Bundesrepublik.⁴⁵ Schließlich ergänzte ab 1993 der erste „Solidarpakt“ zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die vorhandenen Transferprogramme. Bis zu seinem Auslaufen 2004 flossen weitere 95 Milliarden DM zum „Abbau teilungsbedingter Lasten“ in die neuen Länder. Zusätzlich führte die Bundesregierung im Sommer 1991 den nicht zweckgebundenen „Solidarzuschlag“ auf die Einkommensteuer ein, der erst zu Beginn des Jahres 2020 bis auf Ausnahmen eingestellt wurde. ▀

► Fortsetzung folgt in Heft 4/2020.

.....
43 S. Böick/Lorke (wie Anm. 38), S. 34.

.....
44 Ebd.

45 Ebd.

Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen

von Klaus Gestwa

Teil 1



Ost-Berlin, Zentrale der Staatssicherheit der DDR in der Normannenstraße am 19. Februar 1990
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Rolf Zöllner

Am 15. Oktober 1990 gab das vom norwegischen Parlament benannte fünfköpfige Komitee bekannt, den damaligen Friedensnobelpreis dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow in Anerkennung für seine mutige Politik des „Neuen Denkens“ zu verleihen. Diese hatte das Ende des Kalten Kriegs und die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass genau an diesem Tag Gorbatschows kongenialer Außenminister Eduard Schewardnadse (1928-2014) im Obersten Sowjet die Moskauer Außenpolitik verteidigen musste und in diesem höchsten parlamentarischen Gremium der Sowjetunion von zahlreichen Abgeordneten hart angegangen wurde.¹ In seinen Erinnerungen schrieb Gorbatschow später, dass die Verleihung des Friedensnobelpreises bei ihm „widersprüchliche Gefühle“ ausgelöst habe. Einerseits schmeichelte ihm der Preis, weil



Michail Gorbatschow bei seiner Friedensnobelpreisrede am 5. Juni 1991. Zur Preisübergabe am 10. Dezember 1990 war aus politischen Gründen stellvertretende Außenminister Anatolij Kovalev (1932-2002) nach Oslo gereist.
Foto: ullstein bild/SPUTNIK

er damit in das Pantheon großer Politiker aufgenommen worden sei. Zudem erhoffte er sich von der Auszeichnung die dringend notwendige Unterstützung für sein damals ins Stocken und in die Kritik geratenes innergesellschaftliches Reformwerk. Andererseits wusste Gorbatschow, dass zuvor nur oppositionelle osteuropäische Politiker wie der sowjetische Dissident Andrej Sacharow (1975) und der polnische Gewerkschaftsführer Lech Walesa (1983) den Friedensnobelpreis erhalten hatten. Dessen Verleihung galt darum in Moskau vielen als „antisowjetische Provokation“ und „Ehrung für politischen Verrat“.²

Der bewunderte, verspottete und erschöpfte Friedensnobelpreisträger

Tatsächlich zeigten damals durchgeführte Meinungsumfragen, dass 90 Prozent der sowjetischen Bevölkerung Gorbatschows Auszeichnung nicht billigten. Während andere Staatsoberhäupter Gorbatschow als „Baumeister eines neuen Europas“ und als „Missionar eines Jahrhundertwandels“ zum Friedensnobelpreis beglückwünschten,³ stapelten sich auf dem Präsidentenschreibtisch im Kreml Briefe von erzürnten Sowjetbürgern und -bürgerinnen. Darin war zu lesen, Gorbatschow habe den „Preis der Imperialisten“ dafür erhalten, dass er „Osteuropa verkauft, die Rote Armee zerstört, alle Ressourcen den Vereinigten Staaten und die Masseninformationsmittel den Zionisten überreicht“ habe. Durch die „Vernichtung des Marxismus-Leninismus“ sei das „Land zum Betteln“ gezwungen.⁴

Angesichts dieses krassen Gegensatzes zwischen der internationalen Bewunderung und dem innergesellschaftlichen Spott schickte Gorbatschow den Stellvertretenden Außenminister Anatolij Kovalev (1932-2002) am 10. Dezember 1990 zur Preisübergabe nach Oslo. Die übliche Nobelpreisrede hielt er selbst erst im Juni 1991. Dann nutzte Gorbatschow die große internationale Bühne noch einmal, um trotzig sein „persönliches Credo, die Rolle der Perestroika und des Neuen Denkens, vor aller Welt zu bekunden“. Emphatisch erklärte er, dass Frieden nunmehr „die Höherentwicklung von der einfachen Koexistenz zur Zusammenarbeit und zum Schöpfertum der Staaten und Völker“ bedeute.⁵

.....

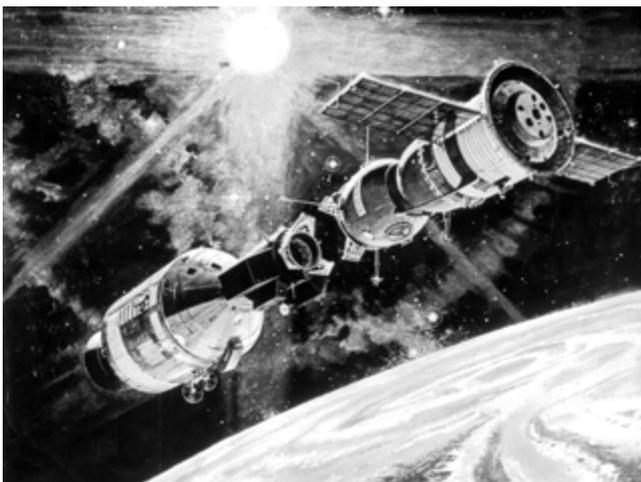
2 Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 755.

3 Schmidt-Heuer (wie Anm. 1).

4 Zit. n. William Taubman: Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit, München 2018, S. 673.

5 Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 756.

1 Christian Schmidt-Heuer: Keine Atempause für Gorbatschow, in: Die ZEIT, Nr. 43/1990, <https://www.zeit.de/1990/43/keine-atempause-fuer-gorbatschow> [Stand: 08.09.2020].



Begegnung im Weltall: Die amerikanische Apollo-Kapsel (l.) und die sowjetische Sojus unmittelbar vor der Koppelung in der Erdumlaufbahn, 15. Juli 1975. Das Apollo-Sojus-Unternehmen war das spektakulärste Gemeinschaftsunternehmen der beiden Supermächte USA und UdSSR mitten im Kalten Krieg.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Heinz Röhnert



Begegnung der Astronauten Alexej Leonov (r.) und Donald Slayton (l.) im Verbindungstunnel der beiden Raumfahrzeuge nach der gelungenen Koppelung, 15. Juli 1975.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Weltbild Löppert

Hinter diesen hehren Worten stand die schmerzliche Einsicht, dass die sowjetische Wirtschaft trotz aller verzweifelten Reformanstrengungen einfach nicht in die Erfolgspur kommen wollte und das gesamte Land 1991 drohte, in einen Versorgungsnotstand und Bürgerkrieg zu stürzen. Der „Erfolg einer neuen globalen Welt“ sei deshalb von einem „groß angelegten, gemeinsamen Aktionsprogramm“ abhängig, mit dem die einflussreichen Industriestaaten der schwer angeschlagenen Sowjetunion helfen müssten, sich aus der sich zuspitzenden Systemkrise zu befreien.⁶

Aufgerieben zwischen den ständigen Kämpfen sowohl mit kommunistischen Hardlinern als auch mit den vordringenden Radikaldemokraten um Boris Jelzin (1931-2007), agierte Gorbatschow zunehmend als Getriebener und Bittsteller. Seine engsten Weggefährten und andere Staatsmänner nahmen ihn als niedergeschlagen und ausgelaugt wahr. Sein Sicherheitsberater Anatolij Černjaev (1921-2017) schrieb im März 1991 in sein Tagebuch, dass der intellektuell sichtlich erschöpfte Gorbatschow immerfort nur dasselbe wiederhole und kaum mehr in der Lage sei, ernsthaft neu über Außenpolitik nachzudenken.⁷ Der Friedensnobelpreisträger Gorbatschow hatte 1991 nur noch wenig gemein mit dem vor Selbstvertrauen und Optimismus strotzenden neuen Parteichef, der im März 1985 in den Kreml einzog, als die Welt sehnsüchtig auf ein Ende der weltpolitischen Konfrontation hoffte.

6 Ebd., S. 757.

7 Taubman (wie Anm. 4), S. 675.

Die Krise der Entspannungspolitik

Nach ihrem Höhepunkt mit den beiden SALT-Verträgen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war die Entspannungspolitik der 1970er Jahre mit dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan Ende 1979 in den sogenannten Zweiten Kalten Krieg umgeschlagen.⁸ Diese Wende in der internationalen Politik hatte sich schon vorher abgezeichnet. Als am 17. Juli 1975 ein amerikanisches Apollo- und ein sowjetisches Sojus-Raumschiff in der Erdumlaufbahn aneinander ankoppelten, um der irdischen Entspannungspolitik eine technologische Krone aufzusetzen, blieb die politische Wirkung dieses symbolträchtigen Rendezvous im All begrenzt. Viele Kommentatoren ließen sich von diesem kosmischen Spektakel nicht in die Irre führen. Der Spiegel bezeichnete das „überirdische Zusammentreffen“ der amerikanischen Astronauten und sowjetischen Kosmonauten als „eher unterirdisch: als hätten fünf psychedelisch angehauchte Kanalarbeiter ihren Stammtisch tatsächlich in die Kanalisation verlegt, um dort nun ein ziemlich verrücktes Fest zu feiern. Die weltferne Entspannungsgymnastik der Raumschiffe Apollo und Sojus

8 Oliver Bange/Gottfried Niedhart (Hg.): Helsinki 1975 and the Transformation of Europe, New York 2008; Matthias Peter/Hermann Wentker (Hg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975 bis 1990, München 2012; Gottfried Niedhart: Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975, München 2014; Wilfried Loth: Die Rettung der Welt. Entspannungspolitik im Kalten Krieg 1950-1991, Frankfurt am Main 2016.

hat zuweilen etwas von der Freudlosigkeit des letzten Tangos gehabt.“⁹

Während der folgenden Jahre eskalierte der Ost-West-Konflikt erneut. Die 1977 verabschiedete neue sowjetische Verfassung schrieb die „Stärkung der Positionen des Weltsozialismus“ und „die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen“ als außenpolitische Aufgabe fest. Die Sowjetunion band immer mehr Staaten der Dritten Welt mit Freundschaftsverträgen an sich und mischte sich mit ihren Bündnispartnern aktiv in zahlreiche regionale Konflikte ein, so z.B. in Afghanistan, in Angola, am Horn von Afrika und in Nicaragua. In den späten 1970er Jahren gab es auf der Welt schließlich schon sechzehn Staaten mit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.¹⁰ Damit lieferte Moskau allen Kritikern argumentative Munition, die davor warnten, die Sowjetunion habe die Entspannungspolitik in Europa nur inszeniert, um im politischen Windschatten der SALT- und KSZE-Prozesse ihre Aufrüstung und ihren weltrevolutionären Expansionismus voranzutreiben.¹¹

Der Zweite Kalte Krieg (1979-1984)

Weiterer Streit entbrannte wegen der seit Mitte der 1970er Jahren anstehenden Modernisierung der Nukleararsenale. Eine neue Generation von Jagdbombern und Mittelstreckenraketen war mit viel Geld entwickelt worden. Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs drängten die Rüstungsvertreter darauf, diese neuen Waffensysteme in den Streitkräften einzuführen. Westliche Sicherheitsexperten sahen in der Aufstellung der mobilen SS-20-Mittelstreckenraketen aber keine Modernisierung, sondern eine Aufrüstung der Roten Armee, durch die das strategische Gleichgewicht in Europa nachhaltig verändert würde. Die politische Antwort der NATO war der sogenannte Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979. Während die NATO dem Warschauer Pakt Verhandlungen über eine beidseitige Begrenzung atomarer Mittelstreckenraketen anbot, kündigte sie zugleich an, bei ausbleibendem Verhandlungserfolg eine neue Generation amerikanischer Mittelstreckenraketen (*Pershing II*) und Marschflugkörper (*Cruise Missiles*) nach Westeuropa zu bringen. Die Moskauer Militärfachleute



Amerikanische Pershing II in Abschussstellung in Deutschland, 5. Juni 1981
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Sven Simon



Ehemalige KZ-Häftlinge und Widerstandskämpfer, die 1983 zusammen mit uniformierten Soldaten der Bundeswehr an einem Demonstrationszug zur Erinnerung an die „Machtergreifung“ durch die Innenstadt Münchens teilnehmen und gegen den Nachrüstungsbeschluss demonstrieren.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Fritz Neuwirth

9 Letzter Tango im All, in: Der Spiegel vom 21.7.1975, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41458280.html> [Stand: 08.09.2020].

10 Archie Brown: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009, S.17.

11 Odd Arne Westad: The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of our Times, Cambridge 2007, S. 207-287; Andreas Hilger: Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945-1991, München 2009.

deuteten diese Stationierung als Versuch des Westens, einen atomaren Erstschlag vorzubereiten. Im Zuge der Nachrüstungskrise war das „nukleare Erbsenzählen“¹² zur Politik geworden und bestimmte das strategische Denksystem der Sicherheitseliten in Ost und West.¹³

Die Angst vor einem Atomkrieg wuchs, als der neokonservative Hardliner Ronald Reagan (1911-2004) 1981 ins Weiße Haus einzog. Er erklärte im März des Jahres 1983 die Sowjetunion zum „Imperium des Bösen“ und stellte damit ihr Existenzrecht grundsätzlich in Frage. Zudem meinte Reagan, die Welt mit seinem SDI-Programm (*Strategic Defense Initiative*) beglücken zu müssen. Bei dieser als „Star Wars“ in die Geschichte eingehenden Rüstungsoffensive handelte es sich um den Aufbau eines weltraumgestützten Abwehrschirms, der – so Reagan – „uns vor Atomraketen schützen könnte, genau wie ein Dach eine Familie vor Regen schützt.“ Das hörte sich schön an; allerdings nahm der Kreml SDI als massive Verletzung zahlreicher wichtiger Verträge und als Versuch wahr, die Sowjetunion mit der Digitalisierung der Kriegstechnik in einen ruinösen Rüstungswettlauf zu zwingen, in dem die sozialistische Supermacht angesichts des evidenten Rückstands in zukunftssträchtigen Hochtechnologiebereichen auf Dauer nicht bestehen könnte.¹⁴

Die sich so zuspitzende Bedrohungskommunikation führte zu einer Hypernervosität, die im gefährlichen Jahr 1983 hochbrisante Situationen heraufbeschwor. Zuvor provozierte sowjetische Abfangjäger schossen im September 1983 versehentlich das südkoreanische Passagierflugzeug KAL 007 mit 269 Menschen an Bord ab, weil sie es für ein US-Spionageflugzeug hielten.¹⁵ Das zwei Monate später stattfindende NATO-Manöver *Able Archer*, das mit hohem Realitätsgrad und strenger Geheimhaltung einen Atomkrieg



Ansprache Reagans vor US-Soldaten im amerikanischen Militärstützpunkt Camp Liberty in Südkorea, 1. Januar 1983
Foto: ullstein bild/AP

simulierte, führte auf Seiten des Warschauer Pakts dazu, Truppenverbände in Alarmbereitschaft zu versetzen. Die NATO-Führung hielt Reagan dazu an, demonstrativ einen Kurzurlaub auf seiner Ranch zu machen, um zu vermeiden, dass die Sowjets *Able Archer* als Vorbereitung für einen möglichen Angriffskrieg interpretieren könnten.¹⁶ In seiner Erinnerung schrieb Reagan später, er habe damals erkannt, wie groß die Besorgnis im Kreml vor einem nuklearen Erstschlag der NATO gewesen sei. Daraufhin zügelte er sein „rhetorisches Temperament“ und bemühte sich fortan mit gemäßigten Tönen, die angespannte Lage nicht noch weiter eskalieren zu lassen.¹⁷ Dieser Gesinnungswandel war nicht zuletzt auch Folge der veränderten gesellschaftliche Stimmung. Während 1980 noch 56 Prozent der befragten US-Bürger und -Bürgerinnen den Anstieg der Rüstungsausgaben befürwortet hatten, war dieser hohe Zustimmungswert 1984 auf nur noch 15 Prozent gefallen. Die Friedensbewegungen erhielten im Westen wachsenden Zulauf und übten damit

12 Eckart Conze: Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 7 (2010), H. 2, <https://zeithistorische-forschungen.de/2-2010/4437>, <https://doi.org/10.14765/zzf.dok-1745> [Stand 11.09.2020], Druckausgabe: S. 220-239, hier S. 228.

13 Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011; Leopoldo Nuti u.a. (Hg.): The Euromissile Crisis and the End of the Cold War, Stanford 2015; Andreas Lutsch: Westbindung oder Gleichgewicht? Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss, Berlin 2020.

14 Frances Fitzgerald: Way Out There in the Blue: Reagan, Star Wars and the End of the Cold War, New York 2001; Ralph L. Dietl: The Strategic Defense Initiative. Ronald Reagan, NATO Europe, and the Nuclear and Space Talks, 1981-1988, Lanham 2018; P. Edward Haley/Jack Merritt (Hg.): Strategic Defense Initiative. Folly Or Future?, London 2019.

15 Georg Schild: 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, Paderborn 2013.

16 Vojtech Mastny: Able Archer. An der Schwelle zum Atomkrieg?, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 505-522; David E. Hoffman: The Dead Hand. The Untold Story of the Cold War Arms Race and Its Dangerous Legacy, New York 2010, S. 72-100; Mark Kramer: Die Nicht-Krise um Able Archer 1983. Fürchtete die sowjetische Führung tatsächlich einen atomaren Großangriff im Herbst 1983?, in: Oliver Bange/Bernd Lemke (Hg.): Wege zur Wiedervereinigung. München 2013, S. 129-151.

17 Ronald Reagan: Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben, Berlin 1990, S. 598 u. 618-620. Vgl. auch Beth Fischer: The Reagan Reversal, New York 2007.



Lech Walesa auf der Danziger
Schiffwerft am 16. Juni 1983
Foto: Foto: picture alliance/AP
Photo/Fotograf: Jacques Langevin

gesellschaftlichen Druck auf die Regierung aus, um von der Hoch- wieder auf eine Abrüstungspolitik einzuschwenken.¹⁸

Imperiale Überdehnung

Die Sowjetunion befand sich Anfang der 1980er Jahre in der schwierigen Lage einer imperialen Überdehnung. Die Aufrechterhaltung des Supermachtstatus, der durch die Modernisierung der Waffenarsenale und durch aktives weltpolitisches Engagement erreicht worden war, bürdete dem Land hohe Rüstungslasten auf und hielt Moskau dazu an, sein politisches Ansehen in Konflikten in der Dritten Welt aufs Spiel zu setzen. Mitte der 1980er Jahre investierte die Sowjetunion ähnlich viel Geld in die Rüstung (260 zu 290 Mrd. Dollar) wie die USA, das aber bei einer deutlich geringeren Wirtschaftsleistung, die damals – je nach Schätzung – die Hälfte oder gar nur ein Drittel des Vergleichswerts des US-Vergleichswerts betrug.¹⁹ Die sowjetische Rüstungsindustrie beschäftigte 1985 sieben Millionen Menschen und damit zwölf Prozent aller Erwerbstätigen im industriellen Bereich, darunter viele mit einem Hochschulabschluss.²⁰ Spötter meinten daher, die USA habe einen militärisch-industri-

ellen Komplex, die Sowjetunion aber sei ein militärisch-industrieller Komplex.²¹

Zugleich führten seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die immer mehr durchschlagenden Innovations-, Kreativitäts- und Produktivitätsprobleme zu einer akuten Wachstumsschwäche der sowjetischen Volkswirtschaften. Als mit Beginn der 1980er Jahre die Energie- und Rohstoffpreise weltweit einbrachen und die Sowjetunion durch den Öl- und Gasexport immer weniger dringend benötigte Devisengewinne erwirtschaften konnte, verstärkte sich dieser ökonomische Abwärtstrend merklich. Die sich ausweitende Technologie- und Wachstumslücke erforderte die Einfuhr westlichen Knowhows, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Dazu mussten die Beschränkungen des blockübergreifenden Technologietransfers unbedingt beseitigt werden. Das allerdings setzte deutlich verbesserte Ost-West-Beziehungen voraus.²² Weil die weltpolitische Expansion mit einer wirtschaftlichen Stagnation einherging, entwickelte sich die Sowjetunion im Modus der Überanstrengung zunehmend zu einer „verarmten Supermacht“.²³

18 Douglas C. Waller: Congress and the Nuclear Freeze. An Inside Look at the Politics of a Mass Movement, Amherst 2010; William M. Knoblauch: Nuclear Freeze in a Cold War. The Reagan Administration, Cultural Activism, and the End of the Arms Race, Amherst 2017.

19 Bernd Stöver: Der Kalte Krieg: 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 440.

20 Yvan Vanden Berghe: Der Kalte Krieg 1917–1991, Leipzig 2002, S. 318.

21 Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Claudia Weber (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg, Hamburg 2010; Dieter Kollmer (Hg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg. Freiburg 2015.

22 Hanns-Dieter Jacobson: Das Koordinationskomitee für Multilaterale Exportkontrollen, in: Greiner/Müller/Weber (wie Anm. 21), S. 416–437.

23 Seweryn Bialer: Der hohle Riese. Die Sowjetunion zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Düsseldorf 1987; Henry Bowen/Charles Wolf (Hg.): The Impoverished Superpower. Perestrojka and the Burden of Soviet Military Spending, San Francisco 1990.



Lech Walesa, polnischer Gewerkschaftsführer, bei einer Audienz im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. am 15. Januar 1981
Foto: picture alliance /ASSOCIATED PRESS/AP

Polen als Fanal

Wie sehr die Wirtschaftskrise die Autorität des sozialistischen Parteistaats untergrub, ließ sich in Polen beobachten. Hier war es schon 1956, 1968 und 1970 zu großen Arbeiteraufständen und Studentenunruhen gekommen. Als weder die erhoffte ökonomische Modernisierung noch die erfolgreiche Integration in die Weltwirtschaft gelingen wollten, saß Polen mit seinem auf verstärkten Außenhandel setzenden Wachstumsmodell schließlich in der Schuldenfalle. Der finanzielle und ökonomische Spielraum verengte sich spürbar. Es kam zu regelmäßigen Stromabschaltungen, ersten Rationierungen und zu schmerzlichen Preiserhöhungen, die zu großem Unmut führten.²⁴

Im Oktober 1978 ernannte der Vatikan den Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła (1920-2005) zum ersten polnischen Papst. Dessen Botschaft „Fürchtet Euch nicht, und verändert das Angesicht der Erde“ verstanden viele als Aufforderung, verstärkt für ihre Rechte und Interessen öffentlich einzutreten. Unermüdlich wiederholte der neue Papst den aus dem kommunistischen Wörterbuch entlehnten Begriff der „Erneuerung (*odnowa*)“, um unter dem Label der „moralischen und sozialen Erneuerung“²⁵ die Impera-

24 Andrzej Friszke: Polen. Geschichte des Staates und der Nation, Berlin 2009, S. 357-361 u. 441-444; Besnik Pula: Globalization under and after Socialism. The Evolution of Transnational Capital in Central and Eastern Europe, Stanford 2018, S. 74-78 u. 85-88.

25 Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München 1990, S. 47. Vgl. auch Stefan Samerski: Teufel und Weihwasser. Der Papst und die Erosion des Kommunismus, in: Osteuropa 59 (2009), Nr. 2-3, S. 183-193.



Auf der Balustrade des Lenin-Mausoleums in Moskau nimmt die politische Führungsspitze der Sowjetunion am 1. Mai 1983 die Parade zum Tag der Arbeit ab. In der Mitte (5.v.l.-r) Verteidigungsminister Mitri Ustinow, Parteichef Juri Andropow (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU), Ministerpräsident Nikolai Tichonow, Viktor Grischin, Außenminister Andrej Gromyko und Michail Gorbatschow
Foto: picture-alliance /dpa/Tass

tive des Wandels zu predigen. Mit der von der Danziger Lenin-Werft ausgehenden Streikbewegung erhielt das gesellschaftliche Aufbegehren in Polen schließlich im Jahr 1980 eine neue Qualität. Der Parteistaat sah sich zum Einlenken gezwungen und musste erstmals in einem kommunistischen Land unabhängige Gewerkschaften mit Streikrecht und Zugang zu den Massenmedien anerkennen. Der neu registrierten Arbeiterorganisation *Solidarność* (Solidarität) traten innerhalb weniger Monate zehn Millionen polnische Bürgerinnen und Bürger bei, darunter auch eine Million Parteimitglieder, die offensichtlich das Vertrauen in den kommunistischen Apparat verloren hatten. Nachdem bei den anderen osteuropäischen Parteiführern die Angst um sich gegriffen hatte, der polnische Protestvirus könne auf ihr Land überspringen, verhängte der Warschauer Regierungschef Wojciech Jaruzelski (1923-2014) im Dezember 1981 den Kriegszustand. Doch die mit repressiven Maßnahmen beabsichtigte Zerschlagung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* und die Unterdrückung des Unmuts misslangen. Die polnische Wirtschaft und Politik gewannen in den 1980er Jahren keine Stabilität mehr.²⁶

26 Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der *Solidarność*. Die politische Geschichte Polens 1980-1990, Berlin 1999; György Dalos: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, S. 32-97; Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019, S. 61-94.

Gorbatschows Aufstieg auf die internationale Bühne

Die zunächst in Polen evident werdende Legitimationskrise des „realexistierenden“ Sozialismus ging mit einem lang hinausgezögerten Generationswechsel im sowjetischen Machtzentrum einher. In Moskau waren zwischen November 1982 und März 1985 mit Leonid Breschnew (1906-1982), Jurij Andropow (1914-1984) und Konstantin Tschernenko (1911-1985) gleich drei Parteibosse der alten Garde tot aus dem Kreml getragen worden. Dies zeigte die Vergreisung von Partei und System. Die Wahl des damals 54-jährigen Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU signalisierte im März 1985 Aufbruch und Wandel. Der neue Mann im Kreml hatte eine mustergültige Parteikarriere vorzuweisen. Er stammte aus der im Süden Russlands gelegenen Agrarregion Stawropol. Nach seinem Studium in Moskau übernahm er zunächst in seiner Heimat wichtige Parteiämter, um 1970 nach Moskau zu gehen. Dort machte er als Landwirtschaftsexperte auf sich aufmerksam und stieg dank der Protektion durch den langjährigen Geheimdienstchef Andropow 1980 ins Politbüro, in das oberste Machtgremium der Partei, auf. Während seiner Karriere unternahm Gorbatschow zwar einige Auslandsreisen, unter anderen in die Bundesrepublik Deutschland, nach Kanada und Großbritannien. Darüber hinaus hatte er aber keine größeren Erfahrungen auf dem diplomatischen Parkett erworben. Seine außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten erwiesen sich als stark eingegrenzt, weil die auswärtigen Angelegenheiten bis 1985 ganz in den Händen von Andrej Gromyko (1909-1989) lagen. Dieser leitete das Moskauer Außenministerium schon seit 1957 und war wegen seiner rigorosen Ablehnung zahlreicher internationaler Vorschläge als „Mister Nyet“ bekannt.

Allerdings nutzte Gorbatschow jedwede Möglichkeit, sich mit außenpolitischen Themen bekannt zu machen. Er las aufmerksam die sogenannten „Weißbücher“. Dabei handelte es sich um Übersetzungen ausländischer politischer Literatur, deren Lektüre nur einem kleinen Kreis von hochrangigen Parteifunktionären und Wissenschaftlern erlaubt war. Ferner knüpfte Gorbatschow Kontakte zu reformorientierten Experten für Außenpolitik, um sich von ihnen über die Weltwirtschaft und die internationalen Beziehungen informieren zu lassen. Schon vor seinem Einzug in den Kreml scharte er einen Kreis von kritischen Geistern um sich, deren Ideen bislang ohne Einfluss geblieben waren.²⁷

.....
27 Taubman (wie Anm. 4), S. 310 f.



Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Michail Gorbatschow in London, 1984
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Führenden westlichen Politikern und Politikerinnen waren Gorbatschows Aufgeschlossenheit und Kommunikationsfähigkeit nicht entgangen. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) zeigte sich 1984 nach einem persönlichen Treffen beeindruckt und erklärte, mit ihm könne der Westen außenpolitisch „ins Geschäft kommen“. Im gleichen Jahr führte auch der französische Präsident François Mitterrand (1916-1996) bei seinem Staatsbesuch in Moskau mit Gorbatschow eine eher privat gehaltene Unterredung und gewann dabei ein ähnliches Bild. Als der US-Vizepräsident George Bush (1924-2018) im März 1985 an der Begräbnisfeier von Tschernenko in Moskau teilnahm und dort Gorbatschow traf, schilderte er den neuen Mann im Kreml als interessierten Gesprächspartner, von dem Veränderungen zu erwarten seien.²⁸

Bei seinen ersten großen Reden zur internationalen Lage sprach Gorbatschow schon 1985 vorsichtig von einem „Neuen Denken“²⁹ und deutete damit an, dass er die Dinge angesichts der festgefahrenen sowjetischen Außenpolitik verändern wollte. Allerdings fehlte es ihm zunächst an einem klaren Aktionsplan. Zudem musste Gorbatschow unmittelbar nach seinem Amtsantritt auf der Hut sein. Zum einen war er sich nicht sicher, wie sein

.....
28 John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 284; Melvyn P. Leffler: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007, S. 364 f.; György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht, München 2011, S. 69 u. 79.

29 Vgl. seine Rede auf dem Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten in Warschau am 26. April 1985 in: Stefan Karner u.a. (Hg.): Der Kreml und die Wende 1989, Innsbruck 2014, S. 91-110.

Kontrahent Reagan seine 1985 beginnende zweite Amtszeit im Weißen Haus zu gestalten dachte. Zum anderen brauchte Gorbatschow einen Kaderwechsel, um mit einem von ihm zusammengestellten Team den bisherigen dogmatischen Ansatz der sowjetischen Außenpolitik überwinden zu können. Ende Juni 1985 complimentierte Gorbatschow Gromyko aus dem Außenministerium heraus in das rein repräsentative Amt eines politisch bedeutungslosen Staatsoberhauptes. Statt eines langjährigen Diplomaten berief Gorbatschow überraschend den georgischen Parteichef Schewardnadse zum Außenminister. Der neue Mann sorgte sogleich für frischen Wind und verstand sich als wichtiger Mitspieler im außenpolitischen Stab, den Gorbatschow im Kreml um sich versammelte.³⁰

Die Grundlagen des „Neuen Denkens“

Diese neue Konstellation ermöglichte es, dass Gorbatschow seine Grundsätze des „Neuen Denkens“ fortan in praktische Außenpolitik umsetzen konnte, um die Blockade bei den Abrüstungsverhandlungen zu durchbrechen. In seinen ersten Interviews mit westlichen Medien erklärte er, die Menschheit stehe am Scheideweg, weil die mit Nuklearwaffen hochgerüstete Welt für „Krieg und eine Politik der Stärke viel zu zerbrechlich“ geworden sei. Das „infernalische Räderwerk des Wettrüstens“ habe Bedingungen dafür geschaffen, dass sich die Menschheit aus Versehen selbst jederzeit selbst könne. Deshalb müsse die Tradition, internationale Konflikte mit Gewalt zu lösen, endlich überwunden werden. Derartige Friedensüberlegungen waren keineswegs neu; sie boten Gorbatschow aber den ideologischen Deckmantel, um einen außenpolitischen Kurswechsel vorzubereiten. Hinter den verschlossenen Türen des Politbüros erklärte Gorbatschow schon im Mai 1985, dass ihm die Entspannungspolitik der 1970er Jahre längst nicht weit genug gegangen sei. Der „Gang der Geschichte“ erfordere ein neues Herangehen, um die internationalen Beziehungen in die Richtung eines „schöpferischen Zusammenwirkens aller Staaten“ über ideologischen Grenzen hinweg zu lenken. Der Kreml müsse darum mutig und entschieden den schon begonnenen Dialog über die ökonomische Zusammenarbeit sowie die gemeinsame Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vorantreiben, um die internationale Isolation aufbrechen und die Sowjetunion wieder in den allgemeinen Strom der Zeit hinein manövrieren zu können.³¹

30 Taubman (wie Anm. 4), S. 315–320; Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Großmacht, Frankfurt am Main 2000, S. 350–362.

31 Taubman (wie Anm. 4), S. 323.

Im Unterschied zu seinen Vorgängern war Gorbatschow nicht von einer paranoiden Angst vor einer Bedrohung durch den Westen geprägt, die aus dem Überfall der Wehrmacht 1941 auf die Sowjetunion herrührte. Statt mit tiefsitzendem Misstrauen immer nur „*worst case scenarios*“ durchzuspielen und deren Verhinderung als die Aufgabe der Außenpolitik zu sehen, richtete Gorbatschow sein „Neues Denken“ auf der Grundlage von gegenseitigem Vertrauen und Ausgleich vielmehr an einem „*best case scenario*“ aus. Dabei folgte er konsequent der Überzeugung, seine Politik mit moralischen Vorstellungen zu verbinden und den Menschenrechten die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Als im Frühjahr der 27. Parteitag ein neues Parteiprogramm verabschiedete, war zwischen dessen Zeilen die Abkehr von der bisherigen Außenpolitik kaum zu überlesen. Die Hoffnungen auf einen Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab schienen verfliegen. Vom Ein- und Überholen der USA war angesichts des wachsenden Rückstands der Sowjetunion in den Bereichen von Technologie und Lebensstandard keine Rede mehr. Die internationale Politik galt nicht mehr als auf die Weltbühne projizierter Klassenkampf. Statt von Interessen einzelner Klassen und Nationen sprach Gorbatschow von „Weltinteressen“, von „allgemeinmenschlichen Werten“ und vom „humanistischen Auftrag“, dem sich alle politisch Verantwortlichen verpflichtet fühlen müssten, um durch maximale Kooperation das bisher dominierende Konfrontationsdenken mit seinen fortschritthemmenden Routinen von Embargo und Boykott zu überwinden. Die durch Hochrüstung demonstrierte militärische Macht habe der Welt mehr Schaden als Nutzen gebracht und sie an den Abgrund eines Nuklearkriegs geführt. Die Neukonzeption einer „moralischen Außenpolitik“ – so das zentrale Argument des „Neuen Denkens“ – erfolgte nicht unter dem Zwang der eigenen Schwäche, sondern vielmehr aus der Erkenntnis, dass der vom Kreml aus initiierte Abbau der weltpolitischen Feindschaft das Ansehen der Sowjetunion und damit den Supermachtstatus stärken würde. Gorbatschows Team wollte die internationale Politik nicht mehr als Nullsummenspiel verstanden wissen, bei der eine Seite nur auf Kosten der anderen gewinne. Stattdessen ging die Neudefinition auswärtiger Interessen von einer Win-Win-Situation aus, bei der alle Staaten durch die Überwindung des unheilvollen Rüstungswettlaufs Frieden und Wohlstand sichern könnten.³²

32 Helmut Altrichter: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, S. 319f. u. 326f.; Brown (wie Anm. 30), S. 362–370; Wolfgang Bernet/Helmut Dahm: „Neues Denken“ in der Außenpolitik der UdSSR. Mit Dokumentation, in: Berichte des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1987/46.



Sog. „Kaminfeuer-Treffen“ der Regierungschefs der USA, Ronald Reagan, und der Sowjetunion, Michail Gorbatschow am 19. November 1985
Foto: Ronald Reagan Presidential Library photo

Genf im November 1985: Der Neustart der Gipfeldiplomatie

Schon einem Tag nach seinem Amtsantritt hatte Gorbatschow am 12. März 1985 die Wiederaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen vorgeschlagen und wollte darin auch die umstrittene Frage der Mittelstreckenraketen einbeziehen. Im weiteren Verlauf des Jahres gab es darum auf vielen Ebenen diplomatische Aktivitäten, die dazu dienten, dass Washington und Moskau nach Jahren der eingefrorenen Beziehungen wieder ernsthaft miteinander ins Gespräch kamen. Nachdem das letzte Gipfeltreffen des US-Präsidenten Jimmy Carter und des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew 1979 stattgefunden hatte, nahm die Gipfeldiplomatie mit der Begegnung zwischen Gorbatschow und Reagan sechs Jahre später in Genf einen neuen Anlauf. Bei diesem Treffen Ende November 1985 gab Gorbatschow sein Debüt auf der großen Weltbühne. Auf dem Genfer Gipfel kam es in den drängenden Streitfragen – wie von beiden Seiten erwartet – noch nicht zu politischen Durchbrüchen. Aber in einer offenen Diskussion erörterten beide Seiten die bestehenden Differenzen und erklärten sich übereinstimmend bereit, über vertrauensbildende Maßnahmen einen Ausgleich zu finden, um ihrer enormen Verantwortung für den Weltfrieden gerecht zu werden und den Kalten Krieg zu entschärfen.

Über die gegenseitige Versicherung guter Vorsätze und Absichten hinaus lag die Bedeutung des Genfer Gipfels vor allem in der deutlichen Verbesserung des Gesprächsklimas. Gorbatschow und Reagan führten ausgiebige Gespräche oftmals unter vier Augen, bei denen sie trotz aller Wortgefechte erkannten, dass der andere durchaus zum Nachdenken bereit war, um Missverständnisse und Konflikte auszuräumen. Der anfänglich nervöse Gorbatschow begann im Laufe des Gipfels, sichtlich selbstsicherer, entspannter und umgänglicher zu werden. Auf menschlicher Ebene schienen sich die Staatsoberhäupter der beiden rivalisierenden Supermächte näher zu kommen. Davon zeugte das offizielle Foto, das von den beiden nach dem sogenannten „Kaminfeuer-Treffen“ aufgenommen wurde. Während Reagan mit einem starken „Gefühl des Optimismus“ aus Genf abreiste, erkannte Gorbatschow, dass sein Washingtoner Gegenspieler wirklich auf dem Weg war, sich von einem entschlossenen Kalten Krieger allmählich in einen Entspannungspolitiker zu verwandeln.³³

.....
³³ Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 577-587; Reagan (wie Anm. 17), S. 668-678; Jeremy Isaacs/Taylor Downing: Der Kalte Krieg, München 1998, S. 359-363.



Historischer Raum im Gästehaus der Villa Höfði: Hier fand 1986 das Gipfeltreffen von Reykjavik (Island) zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow statt.

Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: Stefan Auth

Oktober 1986: Der Beinahe-Durchbruch in Reykjavik

Im Jahr 1986 ging es darum, dem neuen Anfang in Genf politische Taten folgen zu lassen. Am 15. Januar 1986 präsentierte Gorbatschow öffentlich ein dreistufiges Programm zur Abschaffung der Atomwaffen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Der erste Schritt sah während der ersten fünf bis acht Jahre schon vor, die Hälfte aller bestehenden strategischen Nukleararsenale abzurüsten. Washington deutete diese Initiative als ein geschicktes Propagandamanöver mit einigen heiklen Punkten für die USA. Zugleich sahen Reagan und sein Außenminister George P. Shultz (*1920) darin ein Indiz dafür, dass der Kreml beabsichtigte, Voraussetzungen zu schaffen, damit das nächste Gipfeltreffen zu konkreten Verhandlungsergebnissen führen könnte.

Auf einen Vorstoß Gorbatschows hin fand die nächste Begegnung mit Reagan am 11. Oktober 1986 in der isländischen Hauptstadt Reykjavik auf halbem Weg zwischen Moskau und Washington statt. Geplant war ein persönliches Treffen ohne ausführliche Diskussionen, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und das nächste

Gipfeltreffen in Washington vorzubereiten. Als sich Gorbatschow und Reagan mit ihren Delegationen zusammensetzten, entwickelte sich der mit beschränkten Hoffnungen gestartete Mini-Gipfel zu einer erstaunlichen Verhandlungsrunde. Nachdem beide Seiten Zugeständnisse beim Raketenpoker gemacht hatten, lag plötzlich ein umfassendes Abrüstungsabkommen auf dem Tisch, um innerhalb der nächsten Dekade eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Doch kurz vor dem friedenspolitischen Traumziel gerieten die Verhandlungen ins Stocken und scheiterten schließlich. Den Stolperstein stellte Reagans Weigerung dar, den sowjetischen Vorschlag zu akzeptieren, in den nächsten zehn Jahren die SDI-Tests auf Laboratorien zu beschränken. Während Reagan fortgesetzt darauf pochte, sein technologisches Lieblingsprojekt werde Atomwaffen obsolet machen, weil die USA ihr ehrgeiziges Star Wars-Programm mit der Sowjetunion bereitwillig teilen wolle, verwies Gorbatschow darauf, die USA würden sich aktuell sogar weigern, Ölförderanlagen, automatische Werkzeugmaschinen und Molkereiapparate in den Ostblock zu liefern. Die sowjetische Seite erhob SDI zu einer Grundsatzfrage und forderte ein Einlenken Washingtons, zumal es nicht mehr um einen grundsätzlichen Stopp des weltraumgestützten Abwehrrschirms ging, sondern lediglich um eingeschränkte Testverfahren, um die kostspieligen Entwicklungsarbeiten hinaus zu zögern und damit der Sowjetunion die Möglichkeit zu gewähren, technologisch nachzuziehen.

Der wegen Reagans Unnachgiebigkeit sichtlich enttäuschte Gorbatschow verzichtete am Ende aber darauf, die US-Seite in aller Öffentlichkeit dafür bloßzustellen, dass in Reykjavik die sich plötzlich bietende Jahrhundertchance nicht genutzt wurde. Stattdessen verkündete er, die Verhandlungsrunde sei ein Erfolg gewesen, weil die beiden Delegationen die Kompromissbereitschaft der anderen Seite hätten ausloten können. Um seinen innenpolitischen Kritikern keine Munition zu liefern und Washington unter Zugzwang zu stellen, erklärte Gorbatschow, in Zukunft dort weiter machen zu wollen, wo die Gespräche abgebrochen werden mussten, um so schon bald den langersehnten abrüstungspolitischen Durchbruch zu erreichen.³⁴ ▲

► **Fortsetzung folgt in Heft 4/2020.**

.....
34 Leffler (wie Anm. 28), S. 392-395; Jack Matlock: Reagan and Gorbachev: How the Cold War Ended, New York 2004, S. 215-236; Vladislav M. Zubok: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007, S. 292 ff.

Hinter den Kulissen

Das Jahr 1989 auf Fotografien der DDR-Geheimpolizei

von Philipp Springer



Konspirativ fotografierte Testaufnahmen, die ein Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit im Rahmen seines MfS-internen Fachschulstudiums anfertigte, 1989
Fotos: BStU/MfS

Zu den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zählen nicht nur unzählige Akten und Karteikarten – weit mehr als zwei Millionen Fotografien bilden darüber hinaus das visuelle Erbe der DDR-Geheimpolizei. Die Aufnahmen spiegeln den Blick der hauptamtlichen und der inoffiziellen Mitarbeiter auf die von ihnen überwachten Menschen und auf die DDR-Gesellschaft insgesamt, sie geben Einblicke in den Alltag im MfS, sie liefern Bilder von unscheinbar anmutenden, anderswo nicht dokumentierten Lebenswelten, nicht selten sind sie die einzigen fotografischen Dokumente über Orte und Ereignisse, von denen es sonst keine Überlieferung gibt. Einige der Fotografien vermitteln auch Eindrücke davon, wie es im Jahr 1989, dem letzten Jahr der Existenz des MfS, hinter den Kulissen des Herrschaftsapparates aussah, womit man sich hier in dieser Zeit beschäftigte und welches Bild die MfS-Offiziere von dem sich wandelnden Land und seinen Menschen wahrnahmen.

Eine junge Frau steigt vor einem Bahnhof in ein wartendes Taxi. Ein Mann mit Umhängetasche wirft vor einem Postamt einen Brief in einen Briefkasten. Eine Frau sitzt auf der Stufe vor einem Hauseingang und liest in einem Schreibblock.¹

Alltäglich scheinen die drei Ereignisse zu sein und belanglos die Fotografien davon, wüsste man nichts über den Kontext, in dem die Aufnahmen entstanden. Denn die drei Fotos sind Teil des gewaltigen „Bilderbergs“,² den die Mitarbeiter des MfS in ihren Büros und Archiven hinterließen, als sie 1989/90 ihre Arbeit beendeten – und der keineswegs allein aus Überwachungsfotografien besteht. Mit ihrem dem „Blick der Staatssicherheit“ durch die Objektiv ihrer Kameras sorgten die Mitarbeiter des MfS – und unbeabsichtigt auch die Fotografen beschlagnahmter Fotos – für einen besonderen fotohistorischen Massenbestand. Wenn sie Oppositionelle beschatteten, Flucht- und Protestaktionen untersuchten, Dienstgebäude, Straßen und Plätze überwachten, ihre eigene Arbeit oder gemeinsame Aktivitäten dokumentierten – der Griff zum Fotoapparat war oft Teil ihres Auftrags, bei dem es immer darum ging, den „Feind“ zu erkennen und zu bekämpfen.

Nicht zuletzt die häufig zu beobachtende Diskrepanz zwischen der alltäglich anmutenden Szenerie und dem repressiven Beweggrund für die Aufnahmen macht die Bilder zum Bestandteil einer außergewöhnlichen fotografischen Überlieferung.

Ein derartiger Kontrast zwischen der alltäglichen Oberfläche der Fotografien und dem geheimpolizeilichen Hintergrund findet sich auf vielen Fotografien aus MfS-Beständen. Er resultiert in erheblichem Maße aus der Vorstellung dessen, was die Fotografie aus Sicht des MfS leisten sollte: den „Feind“ erkennen, dokumentieren und bekämpfen. So erklärte Oberstleutnant Dr. Siegfried Siebert, Dozent an der Juristischen Hochschule (JHS) des MfS und einer der Theoretiker der MfS-Fotografie: „Der gezielte Einsatz der kriminalistischen Fotografie in der operativen Praxis und die Nutzbarmachung fotografischer Mittel, Verfahren und Methoden zur qualifizierten Lösung politisch-operativer Aufgabenstellungen erfolgen generell mit dem Ziel, die Bekämpfung der subversiven Tätigkeit des Feindes damit wirksam zu unterstützen und zur weiteren zielstrebigsten Erhöhung der Qualität der politisch-operativen Arbeit beizutragen.“³ Der „Feind“ war somit das Hauptmotiv der MfS-Fotopraxis.

1 Vgl. BStU, MfS, HA VIII Nr. 5824, S. 204–213.

2 Karin Hartewig: Das Auge der Partei. Fotografie und Staatssicherheit, Berlin 2004, S. 9.

3 Siegfried Siebert: Lehrbuch Kriminalistische Fotografie und ihre Anwendung in der politisch-operativen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit; BStU, MfS, WS JHS 001 Nr. 161/79 (BStU, Bibliothek, Sign. 90/302 I), S. 11.

Überliefert sind die Bilder in unterschiedlicher Form und verschiedenen Formaten. Sie können als Teil mehrseitiger Bildberichte in eine Akte eingeklebt, in Papiertütchen oder Briefumschlägen einer Akte beigelegt oder beigeheftet, in Fotoalben präsentiert, als loses Foto oder als gerollter Negativstreifen in einer Akte liegen. Erst wenn es gelingt, diese fotografischen Quellen zum „Sprechen“ zu bringen, können sie etwas über die Arbeit des MfS, über das Schicksal der Betroffenen und über die Lebenswirklichkeit in der DDR erzählen. Zugleich fordern die Aufnahmen dazu auf, darüber nachzudenken, was es bedeutet, dass das heutige Bild vom MfS in weiten Teilen ausschließlich von Fotos bestimmt wird, die von der Geheimpolizei selbst veranlasst und fotografiert worden sind – fast immer schauen wir mit den Augen der Staatssicherheit, wenn wir die Bilder aus dem Erbe des MfS betrachten.

Der Alltag im Blick des MfS

Im Fall der drei Straßenszenen war es mehr oder weniger der Zufall, der die beiden Frauen und den Mann zum Bestandteil der Fotoüberlieferung werden ließ. Der 29-jährige MfS-Unterleutnant Detlef Arms, Mitarbeiter der für Beobachtung und Ermittlung zuständigen Hauptabteilung VIII, legte 1989 eine Abschlussarbeit vor, die Teil seines MfS-internen Fachschulstudiums war. In der Arbeit beschäftigte sich Arms mit der Frage, welche Kriterien konspirativ aufgenommene Fotos haben sollten, damit sie das MfS für ihre Bespitzelungstätigkeit verwenden konnte. Im Anhang seiner Arbeit präsentierte er Beispiele für gelungene bzw. misslungene Aufnahmen. Die insgesamt 16 Bilder hatte der Offizier unter anderem mithilfe der vom MfS entwickelten „Geräuscharmen Spiegelreflexkamera“ angefertigt, die beim Fotografieren in einer präparierten Aktentasche verborgen war. Als „Objekte“ seiner Testaufnahmen dienten offensichtlich wahllos ausgesuchte Personen auf Straßen und Plätzen in Berlin-Lichtenberg.

Wichtig erschienen dem MfS-Mitarbeiter – blickt man etwa auf sein Beispiel „operativ-relevante Handlung – Briefeinwurf“ – ein „aussagefähiger Hintergrund“ (das Schild des Postamtes Lichtenberg), eine identifizierbare Person und eine „eindeutig erkennbar[e]“ Handlung (Einwurf des Briefes). Auch das Bild der Frau, die auf der Schwelle eines Hauses sitzend las, fand Zustimmung, da es Auskunft gab über die Handlung der Frau, nämlich „Studium von Aufzeichnungen“. Für operativ nicht nutzbar hielt der Unterleutnant dagegen die Aufnahme der Frau vor dem Bahnhofsgebäude. Der Grund: „Das polizeiliche Kennzeichen des Taxis ist nicht dokumentiert.“

Die drei Fotografien deuten an, welches besondere Quellenmaterial sich bei der Beschäftigung mit der Bilderwelt des MfS auftut – eine Bilderwelt, die bislang noch kaum in den Fokus der Forschung geraten ist, obwohl die Fotografie, so die Überzeugung der fotografierenden MfS-Offiziere, eine „wichtige Waffe in der Hand des Tschekisten“⁴ war. Mit dem kürzlich erschienenen Buch „Der Blick der Staatssicherheit – Fotografien aus dem Archiv des MfS“ sollen Einblicke in diese Bilderwelt gewährt und dabei Hilfe bei der Entschlüsselung der präsentierten Fotografien gegeben werden.⁵ Neben den drei Bildern von Unterleutnant Arms finden sich darunter auch weitere Aufnahmen aus dem Jahr 1989.

Feiern als Selbstinszenierung

Die Stimmung scheint gut zu sein. Freundlich blicken Oberst Wolfgang Lange, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Kamera. Der Leiter der Abteilung XV der Bezirksverwaltung (BV) Berlin des MfS hat Platz genommen auf einem Liegestuhl, den ihm seine Untergebenen geschenkt haben. Gemeinsam mit Gästen aus der DDR-Geheimpolizei feiern sie im Dienstkomplex des MfS an der Straße der Befreiung in Berlin-Lichtenberg den 60. Geburtstag Langes.⁶

Solche Feierlichkeiten waren nicht selten im MfS. Dienstjubiläen und „runde“ Geburtstage leitender hauptamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden in der Regel mit derartigen internen Feiern begangen, bei denen Vorgesetzte und Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen die Jubilare ehrten. Die Ansprachen und zum Teil auch die Präsenten wurden zur Selbstinszenierung des MfS genutzt. So wie bei Lange wurden die Feierlichkeiten fotografisch dokumentiert, wobei unklar bleibt, ob die Fotoserien für den Geehrten oder als Bestandteil interner Traditionsarbeit gedacht waren. Bei Lange umfasst die Serie, die einer seiner Mitarbeiter geknipst haben dürfte, 150 Aufnahmen.

Die Fotos vermitteln das Bild eines führenden Offiziers, der auf einen langen, aus seiner Sicht erfolgreichen Karriereweg zurückblicken konnte. Lange war 1929 in ärmlichen, KPD-nahen Verhältnissen in Chemnitz geboren⁷ und zählte damit zu den Angehörigen des für die Ent-

4 Grundlagen der Fotografie für die Teilnehmer am Fotozirkel des Lehrstuhls Kriminalistik an der Juristischen Hochschule Potsdam, ausgearb. v. [Dieter] Baldauf, Februar 1969; BStU, MfS, JHS Nr. 24449, S. 7.

5 Vgl. Philipp Springer: Der Blick der Staatssicherheit. Fotografien aus dem Archiv des MfS, Dresden 2020.

6 Die Fotoserie ist archiviert unter BStU, MfS, BV Berlin Fo 311.

7 Zur Biographie Langes vgl. BStU, MfS, KS 27071/90.



Feier des 60. Geburtstages eines Abteilungsleiters in der Bezirksverwaltung des MfS in Berlin, 1989
Fotos: BStU/MfS

wicklung des MfS wichtigen Jahrgangs.⁸ Als Jugendlicher noch vom Nationalsozialismus geprägt, trat der gelernte Mechaniker im November 1945 der KPD bei und wurde 1952 – zunächst als Kursant der Auslandsspionageabteilung HV A – beim MfS angestellt. Im Alter von 29 Jahren wurde er Leiter der Abteilung XV der BV Frankfurt/O., ein Jahr später übernahm er die Leitung der Abteilung XV der Verwaltung Groß-Berlin (später BV Berlin), wo er 1978 schließlich zum Oberst ernannt wurde. Im August 1989 durften Lange und seine Ehefrau eine der begehrten Neubauwohnungen in der Straße An den Kolonnaden in Berlin-Mitte, unweit des Brandenburger Tors, beziehen

.....
8 Zum Jahrgang 1929 im MfS vgl. Ralf Blum/Philipp Springer: Aufstieg und Fall eines „Unfehlbaren“. Der Leiter Oberst Roland Leipold und die Nachkriegsgeneration im MfS, in: Karsten Jedlitschka/Philipp Springer (Hg.): Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS, Göttingen 2015, S. 307-334.

– ein besonderer Ausdruck des Danks des MfS für einen langjährigen Leitungskader.

Ob die Feier, die mit der Fotoserie dokumentiert wurde, am 9. Mai, Langes Geburtstag, oder zu einem späteren Zeitpunkt stattfand, ist nicht bekannt. Die scheinbar gelöste Stimmung der Feiernden überrascht angesichts der aus Sicht des MfS bedrohlichen Ereignisse in diesen Wochen im Frühjahr 1989. Wenige Tage vor dem 9. Mai hatte Ungarn mit dem Abbau von Grenzanlagen begonnen. Damit eröffnete der sozialistische „Bruderstaat“ auch für DDR-Bürger und -Bürgerinnen neue Möglichkeiten zur Flucht und erhöhte den Druck auf das Regime in der DDR, ebenfalls Reformen in Gang zu setzen. Außerdem stand die SED-Führung durch die Umstände der Kommunalwahlen, die am 7. Mai 1989 abgehalten worden waren, unter Zugzwang. Bürgerrechtler und –rechtlerinnen hatten an vielen Orten in der DDR nachgewiesen, dass die offiziell verkündeten Ergebnisse Resultate von Wahlfälschungen gewesen waren.



Ungeschminkter Alltag: Dokumentation des Verfalls von Straßenzügen in Pegau bei Leipzig durch das MfS, 1989
Fotos: BStU/MfS

Bilddokumente des Verfalls

Im Vorfeld der Kommunalwahlen war für die Bevölkerung der Verfall der Altbauten in ostdeutschen Städten ein wichtiges Thema. Jahrzehntlang hatte für die SED die Errichtung von Neubauten, vor allem in neuen Siedlungen am Rande der Städte, im Vordergrund der Wohnungsbaupolitik gestanden. Angesichts der unzureichenden Ausstattung und des zentralistischen Wirtschaftssystems sahen sich die Kommunen nicht selbst in der Lage, die Situation vor Ort zu verbessern. Eine Folge davon waren vielerorts verfallende Altbauten und eine ruinöse Infrastruktur.

Wie es in den Städten aussah, blieb auch dem MfS keineswegs verschlossen. So informierte die BV Leipzig im April 1989 die SED-Bezirksleitung Leipzig über den baulichen Zustand von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden in der rund 25 Kilometer südlich von Leipzig

gelegenen Kleinstadt Pegau.⁹ Die detaillierte, als Anlage zur üblichen Parteiinformation vorgelegte Dokumentation umfasste auch eine umfangreiche Fotoserie. Die Aufnahmen zeigen unter anderem eine von Pilz befallene Wohnung, die wegen fehlender Baukapazitäten bislang nicht saniert worden sei, die heruntergekommene Bäderabteilung des örtlichen Landambulatoriums, ein Wohnhaus, dessen Bewohner die Außentoilette („Trockenlo“) erst durch den Weg über die Straße erreichen konnten, ein ruinöses, aber bewohntes Haus, das kurz vor dem Fall in einen benachbarten Fluss zu stehen scheint, und die einsturzgefährdete Stadtbibliothek.

Ob das MfS mit der Dokumentation die SED auf die Problematik hinweisen wollte, oder ob man die zuständigen kommunalen Funktionäre unter Druck setzen wollte,

.....

⁹ Vgl. im Folgenden BStU, MfS, BV Leipzig AKG, Nr. 2793, S. 98-104.



Beweisfotos des MfS: Am 29. April 1989 brachten zwei junge Männer in Eisenhüttenstadt an mehreren Häusern zahlreiche rechtsextreme Parolen an.
Fotos: BStU/MfS

lässt sich aus der Akte, in der die Fotos gesammelt wurden, nicht erschließen. Wie dem auch sei: Die Fotos liefern ein ungeschminktes Bild des Alltags in einer ostdeutschen Kleinstadt im Jahr 1989.

Rechtsradikalismus in der DDR

Einen ganz anderen Ausschnitt aus der DDR-Realität jener Zeit ist in Ermittlungsakten der BV Frankfurt/Oder zu finden.¹⁰ In der Nacht des 29. April 1989 brachten zwei junge Männer im Stadtgebiet von Eisenhüttenstadt – dem einstigen Stalinstadt – mit Pinsel und roter Lackfarbe an unterschiedlichen Gebäuden zahlreiche rechtsextreme Parolen an. Neben 14 Hakenkreuzen und sechs SS-Runen gehörten dazu Schlagworte wie „Deutsche wehrt Euch!“ und „Adolf Hitler lebt!“ Auch die unter Rechts-

extremen verbreitete Parole „Deutschland erwache“, die aus dem „Horst-Wessel-Lied“ der nationalsozialistischen SA stammt, zählte zu den Losungen, die der 18-jährige Christian P. und der 21-jährige Gerd R. hinterließen.

Das MfS konnte die Täter bereits einen Tag später festnehmen. Weder die Analyse der Farbe noch der Einsatz eines Fährtenhundes hatten zu ihrer Ergreifung geführt, sondern die Befragung einschlägig bekannter Personen und die Ermittlungen in Lokalen der Stadt. Zwei Bekannte der beiden Männer, gegenüber denen Letztere sie eine solche Tat angekündigt bzw. anschließend damit geprahlt hatten, hatten daraufhin unabhängig voneinander der Kriminalpolizei bzw. dem MfS von ihrem Verdacht berichtet.

Folgt man dem Urteil des Kreisgerichts Frankfurt/Oder, das die beiden Männer drei Monate nach der Tat zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten verurteilte, so resultierte die rechtsextreme Einstellung

.....
¹⁰ Vgl. im Folgenden BStU, MfS, BV Frankfurt/O. Abt. IX, Reg.-Nr. V 662/89.

nicht nur aus – angeblicher – Beeinflussung durch den Konsum westlicher Fernsehsendungen und nationalsozialistischer Literatur, die aus dem Nachlass von P.s Großvater stammte. Vielmehr benannte das Gericht auch Gespräche mit R.s Vater, der vor 1945 Mitglied der Waffen-SS gewesen sei, als Quelle für die Einstellung. Zwar habe der Vater inzwischen eine kritische Haltung zum Nationalsozialismus, doch hätten sich bei seinem Sohn „positive Momente wie die Einheit, Tapferkeit, Geschlossenheit der Angehörigen der Waffen-SS“ eingeprägt.

Für das MfS war die Aktion der beiden Männer im Übrigen von besonderer Brisanz, da sie sich im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 ereignete und explizit gegen diese richtete. P. und R. hatten nämlich auch „Deutsches Volk wählt nicht die SED“ an ihre ehemalige Schule – ein Wahllokal – und an eine andere Wand

„Wahlen 89“ geschrieben. Ihre Ablehnung gegenüber den Wahlen speiste sich – folgt man P.s Aussagen beim MfS – insbesondere aus der Ablehnung des neu eingeführten kommunalen Ausländerwahlrechts. Zeitweilig hatte P. zudem offenbar die – illegale – Gründung einer Partei namens „Nationale Kampfpartei Deutschland“ erwogen.

Die Fotoaufnahmen der Parolen fügte das MfS den Ermittlungsakten bei. Die Bilder lassen sich als Beispiele für rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen im DDR-Alltag lesen.

Wald und Stadt als „Operationsgebiet“ des MfS

Bis zum Untergang des Herrschaftsapparats Ende 1989 feilten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der DDR-Geheimpolizei an den technischen Mitteln, mit deren Hilfe sie die Bevölkerung unter Kontrolle halten wollten.



Alltagssituationen von Förstern und Forstarbeitern wurden in einem Dossier des MfS für die Überwachung von Waldgebieten festgehalten.
Fotos: BStU/MfS



Vorbereitung der „Ehrenparade“ am 7. Oktober 1989 in der Ost-Berliner Karl-Marx-Allee. Auf dem Foto sind Wohnungen von Personen markiert, die als potenzielle „Gefährder“ eingestuft wurden.

Fotos: BStU/MfS

So legte die Abteilung VIII/9 der BV Leipzig im April 1989 ein Dossier vor, in dem die Möglichkeiten zur konspirativen Überwachung von Waldgebieten beschrieben wurden.¹¹ Dazu hatten sich die MfS-Mitarbeiter intensiv mit der Ausstattung und den Verhaltensweisen von Waldarbeitern beschäftigt, die man als eine Legende für die Überwachungseinsätze nutzen konnte.

Teil der Materialsammlung waren elf Aufnahmen, auf denen Alltagssituationen von Förstern und Forstarbeitern – offenbar nachgestellt – zu sehen sind. So wurden neben der Uniform auch typische Arbeitsgeräte wie „Kluppe“ und „Ablängstab“, übliche Tätigkeiten eines Försters und forstwirtschaftliche Fachbegriffe wie „Schicht- oder Plattenholz“ vorgestellt und erläutert. Mitarbeiter des MfS konnten auf diesen Katalog zurückgreifen, wenn sie in Wäldern Menschen heimlich beobachten und dabei nicht auffallen wollten.

Weniger konspirativ musste Major Lothar Fröhner, stellvertretender Referatsleiter in der Hauptabteilung Personenschutz, vorgehen, als er die Überwachung des zentralen Großereignisses der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung mitorganisierte: die „Ehrenparade der Nationalen Volksarmee“ vor führenden Repräsentanten des SED-Staates.¹²

Die Militärparade sollte am 7. Oktober 1989 in der Ost-Berliner Karl-Marx-Allee stattfinden, also genau dort, wo jährlich auch die traditionellen 1.-Mai-Demonstrationen abgehalten wurden. So konnte Fröhner bei der Vorbereitung auf Fotos zurückgreifen, die bereits im April 1989 von den an der Straße gelegenen Wohnblöcken gemacht worden waren. Erneut konnte Fröhner also die Bilder nutzen, um die Wohnungen „operativ bedeutsamer Einzelpersonen“ darauf einzutragen – verbunden mit der entsprechenden Nummer aus einer zugehörigen Personenliste und einem über die Blöcke gelegten Raster. Zusammen mit Porträtfotos, die die Betroffenen selbst zeigten, wurden sie an MfS-Mitarbeiter verteilt. Aus Sicht des MfS ging von den Betroffenen eine potenzielle Gefahr

für die „Ehrenparade“ aus. Man befürchtete, dass einzelne Oppositionelle die große „Bühne“ nutzen könnten, um ihr Anliegen in die Öffentlichkeit zu bringen. So kam es, dass Menschen, die zum Beispiel einen Ausreiseantrag gestellt oder die „mehrmals mündlich-negative Äußerungen [...] gegen Mitglieder unserer Partei“ gemacht hatten, vor und während der Parade besonders überwacht wurden.

Bei genauer Betrachtung dokumentieren die Aufnahmen, die Major Fröhner seiner „Vertraulichen Verschluss-sache“ beigab, nicht nur die Wohnungen potenzieller Gefahrenquellen. Wohl eher zufällig, möglicherweise aber auch, um den Kontext von „Störer“-Wohnung und Aufbauten zu zeigen, vielleicht aber auch als Legende für den Einsatz des Fotografen, fotografierte der MfS-Offizier ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die Tribünen für die Zuschauer der Parade errichtet wurden. Auf einigen Aufnahmen der sieben Fotos umfassenden Serie sind vorbereitende Verkehrsabsperungen zu sehen, auf anderen Gerüstbauer, die Metallstangen für die meterhohen Propagandaplakate montieren. Die zur Absicherung der Militärparade gedachten Aufnahmen lassen sich somit auch als Ausdruck der Agonie des SED-Herrschaftssystems lesen. Während vorn noch an den propagandistischen Durchhalteparolen gewerkelt wurde, begannen sich in der „Kulisse“ bereits Menschen zu wehren und zumindest gedanklich gen Westen abzusetzen – so wie Tausende anderer DDR-Bürger und -Bürgerinnen, die in jenen Monaten über Ungarn und Polen in die Bundesrepublik flohen.

Die Militärparade fand am 7. Oktober 1989 offenbar ohne Zwischenfälle statt. „An der Spalierstrecke zwischen Strausberger [Platz] und Alexanderplatz hatten sich traditionell Zehntausende Berliner und Besucher unserer Stadt eingefunden, um ihren Friedenswillen, wie ihn unser Staat und die Nationale Volksarmee verkörpern, zu bekunden“,¹³ meldete anschließend die „Berliner Zeitung“. Ein letztes Mal hatte das MfS den obersten Führungszirkel der DDR davor bewahren können, den Unmut der Bevölkerung zur Kenntnis nehmen zu müssen. ▀

11 Vgl. im Folgenden BStU, MfS, BV Leipzig Abt. VIII Nr. 436.

12 Vgl. im Folgenden BStU, MfS, HA PS Nr. 12198. Dazu auch Philipp Springer: Hinter den Kulissen, in: Karsten Jedlitschka/Jens Niederhut/Philipp Springer: Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit, Berlin 2017, S.169-172.

13 Klaus Degen: Wir werden Frieden und Vaterland sicher schützen, in: Berliner Zeitung v. 09.10.1989, S. 9.

Wer war es?

Ein historisch-biographisches Rätsel

von Rainer F. Schmidt



Er war ein Mann der Gegensätze, wie sie gewaltiger nicht hätten sein können.

Persönlich bedürfnislos, hauste er zusammen mit einem engen Freund in einem einstöckigen Wellblechbungalow. Dort teilten sich die beiden Junggesellen zwei Schlafzimmer und ein Wohnzimmer. Als er mit 49 Jahren starb, hinterließ er ein riesiges Vermögen von umgerechnet 600 Millionen Reichsmark.

Er war ein menschenverachtender Imperialist und verschlagen-brutaler Konquistador vom Kaliber eines Pizarro, der Gebiete von der Größe ganz Westeuropas zusammenraffte. Aber zugleich war er von einer sehr anfälligen Gesundheit. Schon im Alter von 17 hatte er sein Heimatland wegen eines Lungenleidens verlassen müssen, überlebte mit 19 knapp einen Herzinfarkt und reiste seither immer mit einem griechischen Wörterbuch in der Jackentasche, um das antike Menschenbild der klassischen Philosophen im Original studieren zu können.

Obschon er dem Tode ständig ins Gesicht sah und schon mit 24 sein erstes und dann noch sechs weitere Testamente machte, schwelgte er in großenwahnsinnigen, weltumspannenden Plänen für sein Heimatland. „Ich würde die Planeten annektieren, wenn ich könnte“, so sagte er einmal. 1891, im Alter von 38, gründete er nach dem Vorbild der Jesuiten einen Geheimbund, der eine künftige Führungselite heranziehen sollte. Ihr Auftrag war, die Herrschaft seines Landes über den ganzen Erdball auszudehnen: über Nord- und Südamerika, ganz Afrika, den Nahen und Mittleren Osten, die Küsten von China und Japan sowie über alle Inseln der Südsee.

Seine Raffgier, seine Arroganz und sein Ehrgeiz kannten keine Grenzen. Mit Hinterlist, Heimtücke und dämonischem Machthunger akquirierte er riesige Diamanten-



Abbildung: picture alliance/imageBROKER/Manfred Bail

felder und Goldminen. Als er ein Gebiet, zweimal so groß wie Deutschland, an sich gebracht hatte, benannte er es, ganz bescheiden, nach sich selbst. Und gefragt, wie lange sich die Menschen an ihn erinnern würden, antwortete er: „etwa 4000 Jahre“. Das Urteil eines seiner Freunde war deshalb zutreffend, als dieser festhielt: „Er würde mitleidlos Menschenleiber wie Sandsäcke aufeinanderlegen, um seine Pläne zu verwirklichen.“

Und trotzdem war die Härte dieser schlurfenden, ungeschlachten Gestalt, mit ihrer schlaffen Haltung und ihrem watschelnden Gang, nur eine Maske. Denn im Inneren dieser rücksichtslosen Kampfnatur schlummerte ein überaus sensibles und weiches Gemüt. „Warum geben Sie jedem Taugenichts, der sie anwinkelt, einen Scheck über 25 oder 50 Pfund?“, so wurde er gefragt. Seine Antwort: „Ich habe einmal einem Burschen, dessen Gesicht mir nicht gefiel, die Bitte um ein Darlehen ausgeschlagen. Tags darauf beging er Selbstmord. Seitdem wage ich nicht mehr, Menschen, die in Not sind, abzuweisen.“

Geboren wurde dieser widersprüchliche Mensch als sechstes von neun Kindern eines Pfarrers am 5. Juli 1853. Mit 20 kehrte er von Südafrika, schon mit einem Jahreseinkommen von 10.000 Pfund, nach England zurück, um auf eigene Kosten in Oxford Jura zu studieren. Dort führte er das Leben eines Dandies: Er spielte Polo, gab rauschende Feste und bezahlte seine Rechnungen mit ungeschliffenen Diamanten, die er in einer kleinen Schachtel in der Westentasche bei sich trug. Wenn ihn eine Vorlesung langweilte, zog er die kleine Schachtel hervor und zeigte die Edelsteine im Hörsaal herum. Das war seine Art, den Professoren zu signalisieren, dass sie nichts als akademische Kleinkrämer waren, ohne Mut, Tatkraft und Elan.

Aber nicht mit diesen Eskapaden trug er sich in die Annalen Oxfords ein. In seinem letzten Testament, bevor er am 26. März 1902 starb und seine Ruhestätte auf einem Berg im Matopo-Gebirge im heutigen Simbabwe fand, rief er eine Stiftung ins Leben. Bis heute gewährt sie jährlich 200 jungen Männern aus allen englischsprachigen Ländern ein Stipendium zum Besuch der Universitäten in Oxford.

Die Auswahlkriterien sind ebenso bizarr, wie die üppigen Leistungen. Neben der Übernahme aller Kosten, erhalten die Stipendiaten knapp 15.000 Pfund im Jahr, bar auf die Hand. Aber man darf, wie er bestimmte, weder ein Bücherwurm noch ein Stubenhocker sein. Man muss vielmehr der alten Oxford Regel entsprechen, die er selbst formulierte: *bene natus, bene vestitus et moderate doctus* (aus guter Familie, gut gekleidet und mäßig gelehrt).

Übrigens ist es Kaiser Wilhelm II. zu verdanken, wenn auch Deutsche in den Genuss der Förderung kommen. Nach einer Unterhaltung mit dem Kaiser, in der er erfuhr, dass dieser an den deutschen Schulen Englisch zum Pflichtfach gemacht hatte, nahm er auch deutsche Studenten in das Stipendium auf. Neben Bill Clinton und Kris Kristofferson wurden daher auch Lutz Schwerin von Krosigk, Harry Peter Carstensen und Richard von Weizsäcker in diesen illustren Kreis aufgenommen.

Wer war es? 🎯



Schicken Sie uns Ihre Lösung per Email an landeszentrale@blz.bayern.de. Einsendeschluss ist der 8. November 2020. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir, passend zu 30 Jahre Deutscher Einheit, ein Exemplar unserer Publikation „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ von Andreas Rödder, München 2020.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gewinner/die Gewinnerin wird in der nächsten Ausgabe von „Einsichten&Perspektiven“ bekannt gegeben.

Die Auflösung sowie die literarischen Hinweise zu diesem Rätsel finden Sie ebenfalls in der nächsten Ausgabe.

Viel Erfolg und Freude bei der historischen Spurensuche.



Die richtige Lösung des Rätsels aus Heft 2/2020 lautete:

Gustav Stresemann.

Als besondere Sommeraktion bekamen dieses Mal alle Einsender und Einsenderinnen mit der richtigen Lösung eine Publikation aus unserem Angebot.

Literarische Quellen und Hinweise zu Gustav Stresemann:

Quellen:

Wolfgang Elz (Hg.): Gustav Stresemann. Reden der Kanzler und Außenministerzeit. (1923 -1926), online unter: <https://neuestegeschichte.uni-mainz.de/internationale-politik/stresemann-reden/reden-1923-1929> [Stand: 17.9.2020].

Arnold Harttung (Hg.): Schriften, Berlin 1976.
Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in 3 Bänden, hg. v. Henry Bernhard, Berlin 1932/33.

Gustav Stresemann: Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Reden und Aufsätze. Berlin 1919 [online im Internet Archive].

Literatur:

Manfred Berg: Gustav Stresemann. Eine politische Karriere zwischen Reich und Republik, Göttingen 1992.

Eberhard Kolb: Gustav Stresemann, München 2003.

Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers, Göttingen 2015.

Rainer F. Schmidt: Der Untergang einer Republik. Weimar und der Aufstieg des Nationalsozialismus (1918-1933), Bonn 2020.

Jonathan Wright: Gustav Stresemann. Weimar's Greatest Statesman, Oxford 2002.

Neue Außenstelle der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in Augsburg eröffnet



Rupert Grübl, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo, Oberbürgermeisterin Eva Weber am 16. September 2020 bei der Eröffnung der Außenstelle der Landeszentrale in Augsburg
Foto: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit

Am 16. September 2020 eröffneten Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo, Oberbürgermeisterin Eva Weber und der Direktor der Landeszentrale, Rupert Grübl, offiziell die neue Außenstelle der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in Augsburg.

Mit den vielfältigen Bildungspartnern vor Ort können die bisherigen Kooperationen mit der Landeszentrale noch intensiviert und neue Projekte auf die Beine gestellt werden. Eine Zusammenarbeit der Landeszentrale mit der Stadt erfolgt unter anderem bereits mit dem Friedensbüro, den Medienscouts und europe-direct. Der in Augsburg schon etablierte „Lernort Rathaus“ wird gemeinsam weiterentwickelt und virtuell aufbereitet. Eine weitere Zusammenarbeit ist u.a. auch mit der VHS, mit den Augsburger Schulen, der Universität und der Hochschule Augsburg vorgesehen. Die Außenstelle koordiniert zudem auch die Kooperation mit den BayernLabs in Schwaben und ganz Bayern.

„Zeit für Politik“ mit neuen Themen

Im Rahmen unseres Formats „Zeit für Politik“ stellen wir an dieser Stelle wieder neue Folgen für den Einsatz im Unterricht vor. Mit Impulsen, Informationen und unterrichtsgerechten Materialien unterstützen wir Lehrkräfte dabei, aktuelle Themen mit ihren Schülerinnen und Schülern zu diskutieren.



Typisch Frau, typisch Mann?

In der Folge „Klischees in sozialen Medien“ will Moderator Maxi wissen, inwiefern Rollenklischees in sozialen Medien dazu führen können, dass die Auffassung davon, wie Männer und Frauen auszu-sehen und sich zu verhalten haben, verstärkt werden. Dazu spricht Maxi mit zwei Influencerinnen, die sich auf Instagram und TikTok zu Themen wie Mode, Alltag und Feminismus äußern. Maxi will wissen, wie ihre Haltung zu Geschlechterklischees ist, und ob sie Erfahrungen mit Belästigung gemacht haben.



Lachen über Hitler?

Rechte Hetze und geschmacklose Witze über die NS-Zeit in Gruppenchats sind auch an Schulen ein Problem, das ernstgenommen werden muss. Moderator Maxi versucht in der Folge „Hitler-Memes in Gruppenchats“, bei der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) herauszufinden, ab wann man sich mit dem Verschicken von Memes und Bildern, die den Nationalsozialismus verherrlichen, strafbar macht. Im Gespräch mit der Holocaust-Überlebenden Eva Umlauf erfährt Maxi außerdem, welche Auswirkung der Holocaust auf das Leben von Überlebenden hatte, und warum wir alle aktiv eine Grenze ziehen müssen, wenn es um die Verharmlosung der Gräueltaten der NS-Zeit geht.



Eine Jugend in der DDR

Pünktlich zu 30 Jahren Wiedervereinigung beschäftigt sich eine ZfP-Folge mit dem Song „Grauer Beton“ des Deutschrappers Trettmann. Der in Chemnitz aufgewachsene Musiker reflektiert in seinem Erfolgshit über seine Jugend in der DDR und die Bedeutung von Musik und Vorbildern in der Tristesse des Plattenbaus. Aber auch die Zeit nach der Wende empfindet Trettmann nicht unbedingt als unbeschwert. „Freiheit gewonnen, wieder zerronnen“ – so besingt er das Gefühl einer Generation, die Jahre nach der Wiedervereinigung das Gefühl nicht loslässt, zurückgelassen worden zu sein.

Gesundheit, Diktatur und Dystopie

Zu Juli Zehs „Corpus Delicti“

von Thomas Schöderle



Massengymnastik in Nordkorea beim Arirang-Festival in Pjoengjang, 2012
Foto: Süddeutsche Zeitung/Fotograf: Schülke



Die Schriftstellerin Juli Zeh ist seit 2018 auch ehrenamtliche Richterin am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg.

Foto: Peter von Felbert



Cover: btb/randomhouse

Primat des Präventionsprinzips

Kein literarischer Bestseller der letzten zwei Jahrzehnte scheint sich so sehr als vorweggenommener Kommentar zur Politik der Coronakrise aufzudrängen, wie Juli Zehs *Corpus Delicti*.¹ Der 2009 veröffentlichte Roman porträtiert ein zukünftiges politisches System, das durch die Verabsolutierung des Präventionsgedankens zu einer totalitären Gesundheitsdiktatur entartet.

Im Mai 2020 legte Juli Zeh dann ein auf den ersten Blick recht ungewöhnliches Buch vor.² Unter dem Titel „Fragen zu Corpus Delicti“ lieferte die Autorin eine Art Selbstinterpretation ihres inzwischen reichlich bekannt gewordenen Werkes. Die Erwartung war groß, dass die abstrakte Kritik am Präventionsprinzip dort in eine Abrechnung mit den konkreten Infektionsschutzmaßnahmen und der Interpretation von Gesundheit als scheinbar absoluten (verfassungs-)politischen Wert münden würde. Für die Erwartung schien auch zu sprechen, dass sich Juli Zeh bereits im April 2020 mit fünf weiteren Autoren gegen die als alternativlos präsentierten Lockdown-Maßnahmen gewandt hatte.³ Auch der Verlag wollte den Aktualitätsbezug offenbar nicht ganz ungenutzt lassen. Er tat ein Übri-

ges, um die Erwartung etwas anzufüttern und bewarb das Buch mit der Frage: „Wann wird der Begriff der ‚Gesundheitsdiktatur‘ von der Polemik zur Zustandsbeschreibung?“

Doch um es vorweg zu nehmen: Der Blick ins Innere der neuen Interpretationshandreichung offenbart etwas anderes. Vielleicht lag es daran, dass die Redaktion des Buches schon vor dem Ausbruch der Coronakrise weitgehend abgeschlossen war, vielleicht verspürte Juli Zeh keine große Lust, einer teilweise höchst dubiosen Klientel neue Munition zu liefern, Fakt ist jedenfalls: Explizit ist die Coronakrise dort überhaupt kein Thema. Nur ein einziger Satz lässt sich indirekt auf die Bekämpfung der Pandemie beziehen. Und dort wird ausgerechnet der „Schutz vor akuten Seuchen“ von der generellen Skepsis gegenüber staatlicher Gesundheitsprävention ausgenommen.⁴ Wie schon im Roman verbleibt die Kritik durchweg im Modus des Grundsätzlichen. Sie richtet sich vor allem gegen eine Verabsolutierung von Sicherheit zulasten der Freiheit.



Modell des neuen Coronavirus SARS-CoV-2

Foto: ullstein bild/CAT PRODUCTION

1 Vgl. Juli Zeh: *Corpus Delicti*. Ein Prozess, München 2013.

2 Vgl. Juli Zeh: *Fragen zu Corpus Delicti*, München 2020.

3 Vgl. Alexander Kekulé/Julian Nida-Rümelin/Boris Palmer/Christoph M. Schmidt/Thomas Straubhaar/Juli Zeh: Der Maßstab heißt Grippe, in: *Der Spiegel*, vom 25. April 2020, S. 38–39.

4 Vgl. Zeh (wie Anm. 2), S. 135.

Totale Sicherheit, so Juli Zeh, sei stets nur um den Preis des totalen Freiheitsverlustes zu erreichen, weshalb sich das Sicherheitsziel am Ende selbst ad absurdum führe: Der total sichere Mensch sei auch der komplett unfreie und damit vernichtete Mensch.⁵

In anderen Punkten ist das neue Buch indes höchst aufschlussreich. Eigenwillig mag zwar die Tatsache sein, dass sich Juli Zeh die Fragen darin in Form eines fiktiven Interviews letztlich selbst gestellt hat, wenngleich sie vielfach aus Zuschriften an die Autorin hervorgegangen sind. Bemerkenswert ist aber auch die Offenheit und Direktheit, mit der Juli Zeh über Intention und Einflüsse ihres Romans berichtet. Obwohl sie damit explizit keine Lesarten ihres Romans be- oder entwerfen will, dürfte das keine allzu realistische Hoffnung sein. Denn immerhin kann sich eine bestimmte Interpretation fortan mit dem bestätigenden Autoritätssiegel der Autorin schmücken, während eine andere fast zwangsläufig zur eigenwilligen Spekulation gerät.

Keine offene Frage ist nunmehr allerdings, dass „Corpus Delicti“ in der Tradition der klassischen Dystopien steht. Diese Deutung deckt sich jetzt erklärtermaßen auch mit der Selbsteinschätzung der Autorin.⁶ Aspekte der Gattung werden sogar in einem eigenen Kapitel theoretisch reflektiert und die Dystopie dabei präzise als Genre beschrieben, das „aktuelle Entwicklung in die Zukunft extrapoliert“ und dadurch „ein kritisches Licht auf gegenwärtige Verhältnisse“ wirft.⁷ Juli Zeh wird sogar noch konkreter, was ihre spezifischen Anknüpfungspunkte betrifft. Obwohl sie von der Rezeption bereits als der „weibliche George Orwell der Gegenwart“ gefeiert wurde,⁸ sieht die Autorin die größten Parallelen ihres Werkes nicht zu Orwells „1984“, sondern vielmehr zu Huxleys „Brave New World“. Im Unterschied zu Orwell, der von Anfang an eine düstere, endzeitartige Szenerie beschreibe, habe Huxley zunächst eine vermeintlich paradiesische Welt geschildert, die erst im Verlauf der Handlung die Schrecken einer Wellnessdiktatur enthüllt, in der das Bedürfnis nach Stabilität, Frieden und Freiheit permanent durch Konsum, Sex und Drogen befriedigt werde.⁹ Analog dazu, so Juli

Zeh, werde auch in „Corpus Delicti“ versucht, eine Welt zu zeigen, „die auf den ersten Blick positiv-utopisch wirkt und sich erst im Lauf der Geschichte als äußerst ambivalentes, im Kern totalitäres politisches Gebilde erweist.“¹⁰

Autoritäres Arkadien

Dieses dramaturgische Leitmotiv wäre wohl auch ohne Hinweis der Autorin kein Geheimnis geblieben. In der Tat lässt der Auftakt des Romans zunächst an die idyllischen Kulissen vieler klassisch-positiver Utopien denken. Natur und Kultur haben den Schmutz, Lärm und Gestank des Industriezeitalters abgelöst, auch Autobahnen dienen nur noch als Teil von Freiluftmuseen. Es gibt bewaldete Hügelketten, Seen mit Schilfbewuchs, stillgelegte Kies- und Kohlegruben sowie alte Fabriken, die jetzt als Kulturzentren dienen.¹¹ Mehr noch: Auch Elend, Schmerz und Krankheit sind überwundene Phänomene der Vergangenheit.¹² Das System hat sich zweifellos ein äußerst freundliches Antlitz zugelegt.

Vor dem Panorama dieses postindustriellen Arkadiens begegnen dem Leser auf den folgenden Seiten allerdings keine staunenswert vernünftigen Institutionen und vorbildlichen Neuerungen. Vielmehr folgt die Erzählung einer individuellen und desaströs verlaufenden Lebensepisode, die sich anhand eines Gerichtsprozesses kristallisiert. Der Leser ist bereits seit dem frühestmöglichen Zeitpunkt darüber im Bilde, dass er einem dystopischen Rezeptionsmuster zu folgen hat, denn dem eigentlichen Romangeschehen ist ein vernichtendes Prozessurteil vorangestellt. Fest steht von Anfang an, dass die 34-jährige Biologin Mia Holl wegen der „Vorbereitung eines terroristischen Krieges“ und der „Gefährdung des Staatsfriedens“ am Ende für schuldig befunden und zur Höchststrafe, dem „Einfrieren auf unbestimmte Zeit“, verurteilt werden wird.¹³ Die beschriebene Handlung ist ein retrospektiver Blick auf die Gründe des Urteilspruchs. Und der Leser wird dabei, wie für alle dystopischen Klassiker charakteristisch, den Sieg des autoritären Systems über das Schicksal des Einzelnen nachvollziehen.

Der Romanfassung von „Corpus Delicti“ ging ursprünglich eine Theaterversion voraus, die Juli Zeh im Auftrag der Ruhrtriennale geschrieben hatte und die

5 Ebd., S. 120.

6 Ebd., S. 122.

7 Ebd., S. 120.

8 Karin Fischer: Moderne Hexenjagd: Juli Zehs Stück „Corpus Delicti“ in Essen uraufgeführt, in: Deutschlandfunk, 16. September 2007, online unter: www.deutschlandfunk.de/moderne-hexenjagd.691.de.html?dram:article_id=50964 [Stand: 23.09.2020].

9 Vgl. Zeh (wie Anm. 2), S. 125 f.

10 Ebd., S. 120.

11 Vgl. Zeh (wie Anm. 1), S. 13.

12 Ebd., S. 40.

13 Zeh (wie Anm. 1), S. 12.

im September 2007 in Essen uraufgeführt wurde.¹⁴ Die Romanversion hat die szenische Lebendigkeit aber vielfach beibehalten. Der Text ist letztlich als Kriminalfall, als spannender Polit-Thriller inszeniert, der insbesondere von seinen Dialogen lebt. Dabei zeigt der Roman mit Blick auf thematische Motive und narrative Muster eine fast konventionelle Anknüpfung an die große Tradition der dystopischen Klassikertexte von Jewgenij Samjatin („My“, 1921), Aldous Huxley („Brave New World“, 1932), George Orwell („Nineteen-Eighty-Four“, 1949) und Ray Bradbury („Fahrenheit 451“, 1953).¹⁵ Zwar mag von dieser Seite der Roman kaum als besonders innovative Fortentwicklung des Genres erscheinen, dennoch ist er – vor allem hinsichtlich seiner literarischen und formalästhetischen Qualität wie auch in seiner gesellschaftspolitischen Brisanz – eines der gelungensten Exemplare der Gattung überhaupt.¹⁶ Die enorme Resonanz, die das Werk erfahren hat, wird nicht nur durch beachtliche Verkaufszahlen bezeugt, sondern auch durch den Umstand, dass das Buch inzwischen zu einer beliebten Schullektüre avanciert ist.



Szene aus dem Theaterstück „Corpus Delicti“, Ruhrtriennale, 2007
Foto: picture-alliance/dpa/Fotograf: Thisse

14 Vgl. zur Theaterfassung im Speziellen: Birte Giesler: „Das Mittelalter ist keine Epoche. ‚Mittelalter‘ ist der Name der menschlichen Natur.“ Zeitgenössisches Drama als rückwärts gekehrte Dystopie in Juli Zehs *Corpus Delicti*, in: Wolfgang Braungart/Lothar van Laak (Hg.): *Gegenwart – Literatur – Geschichte. Zur Literatur sein 1945*, Heidelberg 2013, S. 265–293; Christopher Schmidt: *Die Erfindung der Realität. Über Juli Zehs Erstlingsstück Corpus Delicti*, in: *Sprache im technischen Zeitalter 46 (187/2008)*, S. 263–269; Fischer (wie Anm. 8).

15 Vgl. Jewgenij Samjatin: *Wir. Science-Fiction-Roman*. Dt. Übers. von Gisela Drohla, Neuausg., München 1982 (zuerst russ. 1920); Aldous Huxley: *Schöne neue Welt. Ein Roman der Zukunft*. Übers. von Herbert E. Herlitschka, Frankfurt am Main 1988 (zuerst engl. 1932); George Orwell: *Neunzehnhundertvierundachtzig. Roman*. Aus dem Engl. von Kurt Wagen-seil. Ungekürzte Ausgabe, Frankfurt/Berlin/Wien 1976 (zuerst engl. 1949); Ray Bradbury: *Fahrenheit 451*. Roman. Nachwort von Sascha Mamczak, München 2010 (zuerst engl. 1953).

16 Die Rezeption des Romans wie auch die Urteile zur literarischen Qualität fallen weitgehend positiv aus. Vgl. zum Beispiel Christian Geyer: *Geruchlos im Hygieneparadies. Die Diktatur der Vorsorge als Enteignung der Gegenwart*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 28. Februar 2009; Evelyn Finger: *Das Buch der Stunde*, in: *Die Zeit*, vom 26. Februar 2009; Susanna Layh: *Finstere neue Welten. Gattungspfadigmatische Transformationen der literarischen Utopie und Dystopie*, Würzburg 2014, S. 153–174; Immanuel Nover: *Der disziplinierte Körper – Ethik, Prävention und Terror in Juli Zehs Corpus Delicti*. Ein Prozess, in: *Kritische Ausgabe. Zeitschrift für Germanistik und Literatur*, Heft 24 (2013), S. 79–84; Virginia McCalmont/Waltraud Maierhofer: *Juli Zeh's „Corpus Delicti“ (2009): Health Care, Terrorists, and the Return of the Political Message*, in: *Monatshefte 104 (3/2012)*, S. 375–392. – Rainer Moritz bemängelt hingegen „bescheidene literarische Mittel“ (Rainer Moritz: *Unverträgliche Immunsysteme*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, vom 18. Juli 2009). Und Christopher Schmidt, der eine ausnehmend freundliche Besprechung der Theaterfassung schrieb (s. Anm. 14), zeigt sich von der Romanversion deutlich weniger begeistert (vgl. Christopher Schmidt: *Das methodische Flackern der Antigone. Zukunft ohne Vision*, in: *Süddeutsche Zeitung*, vom 14. März 2009).

Stationen einer modernen Hexenverfolgung

Juli Zeh beschreibt eine künftige Gesellschaft – angesiedelt in Deutschland in der Mitte des 21. Jahrhunderts –, die durch eine bedingungslose Orientierung am Prinzip der Gesundheit fast alle liberalen Bürger- und individuellen Selbstbestimmungsrechte aufgegeben hat. Hauptpräsentant des Regimes, das sich „Methode“ nennt, ist der Intellektuelle, Journalist und Prozessbegleiter Heinrich Kramer. Sein Name ist eine unzweideutige Anspielung an Henricus Institoris (Kramer), dem Verfasser des berühmten „Hexenhammers“ (1487). Dieses Machwerk, eine Art Handbuch der Hexenjagd, diente später als ideologische Grundlage für viele blutige Wellen der Ketzerverfolgung.

In Zehs Roman ist Heinrich Kramer ebenfalls Autor eines ideologischen Standardwerkes. Es trägt den Titel „Gesundheit als Prinzip staatlicher Legitimation“ und ist bereits in 25. Auflage erschienen. Aus dieser fiktiven Bibel der Gesundheitsdiktatur wird eingangs ausführlich zitiert. Unter anderem heißt es dort, „Gesundheit“ sei „Ziel des natürlichen Lebenswillens“ und deshalb auch „natürliches Ziel von Gesellschaft, Recht und Politik“. Eines der zentralen programmatischen Prinzipien lautet: „Ein Mensch, der nicht nach Gesundheit strebt, wird nicht krank, sondern ist es schon“.¹⁷

17 Zeh (wie Anm. 1), S. 10.



Holzchnitt „Höllenstrafen“, spätere Kolorierung, aus dem „Hexenhammer“ (Malleus maleficarum) von Henricus Institoris und Jacob Sprenger, aus einer Ausgabe von 1511
Abbildung: picture alliance/akg-images



Maria-Holl-Brunnen in Nördlingen. Errichtet in Gedenken an Maria Holl, die 1593 als angebliche Hexe fast ein Jahr lang inhaftiert war. Als sie nach 62 Folterungen kein Geständnis abgelegt hatte, wurde sie freigelassen.
Foto: Tobi Merk/CC BY (<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0>)

Gesundheitsvorsorge und körperliche Fitness sind im Methodenstaat zu Bürgerpflichten geworden. Zuwiderhandlung steht unter Strafe. Das System hat mittels einer umfassenden „hygienischen Prophylaxe“ für eine sterile und desinfizierte Umgebung gesorgt, zu der vorbildliche Hausgemeinschaften auch selbst bereitwillig beitragen.¹⁸ In der Öffentlichkeit sind Mundschutz und Handschuhe obligatorisch. Zum Missbrauch toxischer Substanzen zählt zwingend der Genuss von Koffein und Nikotin. Vorgeschrieben sind neben regelmäßigen Ernährungs- und Schlafberichten auch Blutdruckmessungen und Urintests. Sensoren in der Toilettenschüssel erlauben Rückschlüsse auf Nahrungs- und Genussmitteleinnahmen. Zudem trägt jeder Bürger einen in den Oberarm implantierten

.....
18 Ebd., S. 25.

Chip, der das individuelle Leistungsprofil fortlaufend kontrolliert und dokumentiert.

Mia Holl, anfangs eine weithin angepasste und systemkonforme Bürgerin, als Naturwissenschaftlerin sogar ausgestattet mit einer „Idealbiografie“,¹⁹ entwickelt sich im Laufe des Geschehens zu einer Gegnerin des Methodenstaates. Ähnlich wie für Heinrich Kramer gibt es auch für Mia Holl eine historische Vorlage: Maria Holl wurde um 1549 geboren und war später eine Gastwirtin in Nördlingen. Der Hexerei angeklagt, überstand sie heldenhaft 62 Folterungen, ehe sie freigelassen wurde.²⁰ Auf deren

.....
19 Ebd., S. 21.

20 Vgl. dazu Gloria Rüdel-Eschbaumer: Der Hexenprozeß Maria Holl. Mit Originalprotokollen aus dem Stadtarchiv Nördlingen vom Jahre 1593/94, Nördlingen 1998.

Schicksal zielt wohl auch Mias Satz, als sie ihr eigenes Los mit einer Hexenjagd vergleicht: „Früher [...] hat man die Angeklagten der Hexenprozesse laufen lassen, wenn sie die Folter überstanden.“²¹ Das ist historisch zwar nicht ganz präzise. Doch über die Namensgebung von Heinrich Kramer und Mia Holl ist immerhin klargestellt, dass der Roman das Drama einer Art modernen Hexenverfolgung verhandelt.

Eine entscheidende Rolle für den Weg der Protagonistin zum Dissidententum spielt das sukzessive nachgereichte Schicksal ihres Bruders Moritz Holl. Zum Zeitpunkt der Erzählgegenwart ist er bereits tot, er war mit Hilfe eines DNA-Tests der Vergewaltigung und des Mordes an einer jungen Frau namens Sybille überführt worden. Bis zuletzt hatte er seine Unschuld beteuert und sich schließlich in der Gefängniszelle das Leben genommen. Moritz ist die verkörperte „Antithese zur totalitären Zwangsbeglückung“.²² Er gewinnt vor allem in der Erinnerung von Mia zunehmend an Kontur, als spielerischer Freigeist und unangepasster Systemgegner, als junger Philosophiestudent, der die Natur liebte – und ebenso viele Frauen; jemand, der sich nicht um Sperrzonen wie den „unhygienischen Wald“²³ kümmerte, der rauchte und verbotene Dichter las.

Mia verfällt angesichts ihres toten Bruders in tiefe Trauer und Depression und vernachlässigt die staatlich vorgeschriebenen Fürsorgepflichten für ihren Körper. Sie versäumt Meldepflichten, führt Messungen nicht durch und ihr Leistungsprofil sinkt deutlich ab. Für ihr Verhalten muss sie sich verantworten, erreicht bei einer Anhörung aber, dass man sie vorerst in Ruhe lässt. Als Mia kurz darauf in Erinnerung an Moritz eine Zigarette in ihrer Wohnung raucht und einen Feuersalarm auslöst, wird sie des Missbrauchs toxischer Substanzen angeklagt und ein Strafprozess eröffnet.

Im Rahmen des Prozesses stellt sich durch Nachforschungen von Mias Anwalt heraus, dass Moritz als Kind infolge einer Leukämieerkrankung eine Knochenmarkspende und damit auch eine neue DNA erhalten hat. Die tragische Geschichte ist nicht nur ein handfester Justizskandal, sondern hat das Zeug zu einer gewaltigen Staatsaffäre, weil das System dadurch in seinem unbedingten Anspruch auf wissenschaftliche Rationalität schwer getroffen und sein Unfehlbarkeitsdogma als ideologische

Maske entlarvt würde.²⁴ Kramer versucht daher bezeichnenderweise noch im Gerichtssaal die Offenlegung der Wahrheit zu verhindern.

Bei Mia lösen die wahren Hintergründe von Moritz' Selbstmord eine tiefe Wandlung aus: Sie bezieht endgültig Stellung gegen das System und diktiert Kramer ein Pamphlet in die Feder, in dem sie der „Methode“ in einer vernichtenden Anklage das Vertrauen entzieht.²⁵ Das Regime, auch angesichts öffentlicher Proteste nervös geworden, schlägt mit der geballten Wucht seines Terrorapparats zurück. Es lässt Mia durch den „Methodenschutz“ gewaltsam in Haft nehmen und inszeniert einen großen publikumswirksamen Schauprozess.²⁶

Kramer besucht Mia währenddessen wiederholt in ihrer Zelle. Beim ersten Treffen unternimmt er den Versuch, ein fiktives Geständnis von ihr unterzeichnen zu lassen: Mia soll bekennen, dass die Aktion um den falschen DNA-Nachweis ein groß angelegter Plan einer Widerstandszelle gewesen sei. Der einstige Knochenmarkspender Hannemann habe die Geliebte von Moritz absichtlich ermordet, weil der Verdacht auf Moritz fallen und seine Schuld mittels DNA-Probe zweifelsfrei nachgewiesen würde. Auf diese Weise sollte ein Justizskandal provoziert und das Regime in eine schwere Glaubwürdigkeitskrise geführt werden. Moritz habe sich – beseelt von der Idee, als Märtyrer zu sterben und den Freitod als Symbol der persönlichen Freiheit zu inszenieren – anschließend im Gefängnis erhängt, wozu Mia maßgeblich beigetragen habe. In der Tat hatte Mia eine Angelschnur in Moritz' Zelle geschmuggelt, was durch einen Videomitschnitt belegt wurde.²⁷ Mia stürzt die Niedertracht des Vorhabens in Wut und Verzweiflung.

Beim zweiten Treffen kündigt Kramer Mia Foltermaßnahmen an, sollte sie weiterhin hartnäckig bleiben. Diese lassen nicht lange auf sich warten: Mia hat Schmerzen, Stromschläge und Schlafentzug zu erdulden. Bei einem weiteren Besuch Kramers schneidet sie sich ihren Chip auf blutige Weise aus dem Oberarm und überreicht ihn Kramer. Die Dialoge zwischen Mia und Kramer dienen immer

.....

²⁴ Zum Unfehlbarkeitsanspruch erklärt Kramer etwa: „Unsere Gesetze funktionieren in filigraner Feinabstimmung, vergleichbar dem Nervensystem eines Organismus. Unser System ist perfekt [...]. Unfehlbarkeit ist ein Grundpfeiler der Methode.“ Zeh (wie Anm. 1), S. 40 f.

²⁵ Vgl. Zeh (wie Anm. 1), S. 200 f.

²⁶ Zu „Corpus Delicti“ aus primär rechtswissenschaftlicher Perspektive vgl. Heinz Müller-Dietz: Zur negativen Utopie von Recht und Staat – am Beispiel des Romans „Corpus Delicti“ von Juli Zeh, in: Juristenzeitung 66 (2/2011), S. 85–95.

²⁷ Vgl. Zeh (wie Anm. 1), S. 223 f.

.....
²¹ Zeh (wie Anm. 1), S. 257.
²² Schmidt (wie Anm. 16).
²³ Zeh (wie Anm. 1), S. 99.

wieder der Inszenierung und Profilierung der gegenseitigen Standpunkte. Kramer ist klug, selbstbewusst, charismatisch und charmant. Er argumentiert – innerhalb seines ideologischen Standpunktes – stringent und überzeugend. Sobald sein Weltbild jedoch Irritationen ausgesetzt wird, verwandelt er sich in einen skrupellosen Agenten des Staates. Als zwei Gegner auf Augenhöhe, die sich zumindest anfangs des wechselseitigen Respekts nicht entziehen können, kämpfen beide bis zuletzt mit allen Mitteln, wobei die Konstellation zwangsläufig an die Figuren O'Brien und Winston Smith aus Orwells 1984 denken lässt.

Um die Indizienkette gegen Mia zu schließen, tritt der systemtreue Journalist Würmer anonym als Kronzeuge auf und identifiziert Mia als neue Führerin einer terroristischen Widerstandsgruppe. Kramer schmuggelt „Botulinum“ in Mias Wohnung, also Bakterienkulturen, die angeblich für einen terroristischen Anschlag auf die Trinkwasserversorgung gedacht waren. In der Schlussverhandlung zieht der Richter bei der Verlesung des Urteils „einen Zettel aus der Akte, von dem angenommen werden muss, dass er schon vor der Verhandlung geschrieben wurde.“ Mia wird für schuldig befunden und zum „Scheintod“ verurteilt, das heißt zum „Einfrieren auf unbestimmte Zeit“.²⁸ Da die Methode das Leben zum höchsten Wert erklärt, hat sie Schwierigkeiten mit der unverschleiert deklarierten Todesstrafe. Ironischerweise soll Mia tiefgefroren werden, also nicht wie ihre ketzerischen Vorgänger zu Zeiten der Hexenverfolgung im Feuer des Scheiterhaufens verbrennen.

Nach der Urteilsverkündung kennt die Handlung noch eine perfide Wendung. Anstatt das Urteil zu vollstrecken, wird Mia buchstäblich in letzter Sekunde begnadigt – durch ein Schreiben des Präsidenten des Methodenrats. Von Kramer wird Mia daraufhin verlacht und verhöhnt, weil sie offenbar ernsthaft geglaubt habe, die Methode sei so naiv wie frühere diktatorische Systeme und würde zulassen, dass sie als Märtyrerin in die Geschichte eingeht. Der letzte Hinweis auf ihren Verbleib erinnert an das Schicksal von diversen Protagonisten dystopischer Klassiker. Das System bietet auch in Mias Fall alle für totalitäre Regime typischen Instrumente der Zwangsintegration und Indoktrination auf, um Wille und Widerstand des rebellischen Individuums zu brechen. Über Mias Zukunft referiert Staatsanwalt Bell aus den Anweisungen des Methodenrat-Präsidenten: „Psychologische Betreuung [...] Bestellen einer Aufsichtsperson. Unterbringung in einer Resozialisierungsanstalt. Medizinische Überwachung. Alltagstrai-

.....
28 Ebd., S. 273, 245, 273.

ning. [...] Vertrauensbildende Maßnahmen. Politische Bildung. Methodenlehre.“²⁹

Corpus delicti und Homo sacer

Der Titel „Corpus Delicti“ bezieht sich im nachgerade wörtlichen Sinn auf den Körper der Protagonistin. Der menschliche Körper ist als Gegenstand des Verbrechens selbst das Corpus delicti. „Ich bin das *Corpus Delicti*“, erklärt Mia wörtlich während des Prozesses. Und an früherer Stelle diagnostiziert sie: „Der Körper ist uns Tempel und Altar, Götze und Opfer. Heilig gesprochen und versklavt. Der Körper ist alles.“³⁰ Aus Sicht der Methode kann ein politisches System nur gerecht sein, wenn es beim Körper anknüpft, denn, so gibt der moderne Hexenjäger Kramer zu verstehen, „durch unsere Körper, nicht im Geiste sind wir einander gleich.“³¹ Die Konzentration auf den Körper ist Kern der methodischen Staatsdoktrin. Fast folgerichtig wird die Protagonistin am Ende gleichsam wie ein Fremdkörper vom Immunsystem des konformen Volkskörpers ausgesondert.³²

Mia Holl hat ein Buch von Giorgio Agamben im Regal stehen, allerdings ungelesen.³³ Im Gegensatz zu Mia darf man unterstellen, dass Juli Zeh Agamben gelesen hat. Mehr noch: Gleichsam als theoretische „Urzelle“³⁴ von „Corpus Delicti“ erweist sich die politische Philosophie des italienischen Denkers und dessen Figur des *Homo sacer*.³⁵ Letzterer bezeichnet für Agamben eine Person, die aus Politik und Gesellschaft ausgeschlossen ist und nur noch als nacktes Leben existiert. Der Ausschluss eröffnete im antiken Recht einen etwas merkwürdigen juristischen wie religiösen Status: die Möglichkeit, als Person

.....
29 Ebd., S. 279.

30 Ebd., S. 233, 170.

31 Ebd., S. 194.

32 Vgl. Giesler (wie Anm. 14), S. 280.

33 Vgl. Zeh (wie Anm. 1), S. 139.

34 Schmidt (wie Anm. 14), S. 266.

35 Zu Agambens Einfluss auf den Roman vgl. Carla Gottwein: Die verordnete Kollektividentität. Juli Zehs Vision einer Gesundheitsdiktatur im Roman *Corpus Delicti*, in: Corinna Schlicht (Hg.): *Identität. Fragen zu Selbstbildern, körperlichen Dispositionen und gesellschaftlichen Überformungen in Literatur und Film*, Oberhausen 2012, S. 230–250; hier S. 241 ff.; s. ferner Sabine Schönfellner: *Erzählerische Distanzierung und scheinbare Zukünftigkeit. Die Auseinandersetzung mit biomedizinischer Normierung in Juli Zehs Romanen „Corpus Delicti“ und „Leere Herzen“*, in: *Zeitschrift für Germanistik* 28 (3/2018), S. 540–554. hier S. 543 f.; Giesler (wie Anm. 14), S. 269 f.; Gabi Seidel: *Protokoll des Lebens: Das totale (Körper-)Gedächtnis in Juli Zehs Corpus Delicti*, in: Andrea Bartl/Nils Ebert (Hg.): *Der andere Blick der Literatur. Perspektiven auf die literarische Wahrnehmung der Wirklichkeit*, Würzburg 2014, S. 193–213, hier S. 198.



Giorgio Agamben, italienischer Philosoph
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Jürgen Bauer

straffrei getötet, aber nicht geopfert werden zu dürfen. In der Moderne, so Agamben, wurde das nackte Leben aber zunehmend in die Gesellschaft eingeschlossen und dadurch der Zugriff auf den Menschen tendenziell total. Agamben knüpft damit an den Begriff der Biopolitik von Michel Foucault an, der in den ausgehenden 1970er Jahren die Folgen von Gentechnik und Genetik auf das staatliche Handeln analysierte und die Tendenz einer immer stärkeren Zuständigkeit und Kontrolle von Recht, Politik und Wissenschaft über das biologische Leben und den menschlichen Körper beschrieb.³⁶

Für Agamben führt diese Tendenz zu einer permanenten Ausweitung des Ausnahmezustands, denn entscheidend sei, dass „das nackte Leben, ursprünglich am Rand der Ordnung angesiedelt, im Gleichschritt mit dem Prozeß, durch den die Ausnahme überall zur Regel wird, immer mehr mit

36 Vgl. Michel Foucault: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France, 1978–1979, hg. von Michel Sennelart, Frankfurt am Main 2004.

dem politischen Raum zusammenfällt“.³⁷ Das Problem sei die „Verschiebung von einer ausnahmsweise ergriffenen provisorischen Maßnahme zu einer Technik des Regierens“.³⁸ „Indem der moderne Staat das biopolitische Leben ins Zentrum seines Kalküls rückt“,³⁹ seien auch demokratische Systeme vor diesen Entwicklungen nicht gefeit, da auch sie im Ausnahmezustand, was Agamben insbesondere an Maßnahmen der jüngeren Terrorbekämpfung festmacht, zu diktatorischen Mitteln greifen würden.

Die Methode ist letztlich das projizierte Ergebnis einer solchen Entwicklung, ein „Polizeistaat [...] im Zeichen der Biopolitik“, in dem der Körper des Einzelnen „zum Objekt der Kontrolle durch die Staatsmacht geworden“ ist.⁴⁰ Mia Holl personifiziert dabei fraglos den restlos entblößten Körper, an dem der Methodenstaat, der an nichts weiter als den biologischen Körper glaubt, die Verhängung des Ausnahmezustands zelebriert.

Für Agamben ist der Ausnahmezustand ein Herrschaftsinstrument, verhängt durch die souveräne Macht. Analytisch erschließt er ihn anhand des „Lagers“, das ihm als „biopolitisches Paradigma der Moderne“ schlechthin gilt. Neben den nationalsozialistischen Konzentrationslagern denkt Agamben – in seiner nicht unumstrittenen Theorie – nicht zuletzt an die US-Gefangenenlager im Anti-Terrorkampf.⁴¹ Die Lagerinsassen hätten als Personen dabei ihre „rechtliche Identität verloren“, sie seien einer rein faktischen Herrschaft unterworfen und ihre Haftbedingungen würden sich „jedem Gesetz und jeder Form rechtlicher Kontrolle“ entziehen.⁴² In gleicher Weise ändert sich Mias Rechtsstatus mit der Einstufung als „Methodenfeind“, und zwar gravierend: Sie überschreitet ebenfalls die Schwelle zu einem völlig rechtsfreien Raum, in dem Gewaltanwendung und Folter nun scheinbar problemlos möglich werden. Für sie gelten, wie Kramer explizit deutlich macht, die „Gesetze des Ausnahmezustands.“⁴³

Auch Juli Zeh verknüpft das Schicksal ihrer Protagonistin zugleich mit der aktuellen Terror- und Folterdebatte. So beschreibt Kramer die bevorstehenden Folterungen Mias

37 Giorgio Agamben: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Aus dem Italienischen von Hubert Thüring, Frankfurt am Main 2002 (zuerst ital. 1995), S. 19.

38 Giorgio Agamben: Ausnahmezustand. Aus dem Italienischen von Ulrich Müller-Schöll, Frankfurt am Main 2004 (zuerst ital. 2003), S. 9.

39 Agamben (wie Anm. 37), S. 16.

40 Giesler (wie Anm. 14), S. 269.

41 Vgl. Agamben (wie Anm. 37), S. 125–198.

42 Agamben (wie Anm. 38), S. 10.

43 Zeh (wie Anm. 1), S. 220.

mit vergleichsweise präzisen Worten: An Fingern, Zehen und primären Geschlechtsteilen würden wäscheklammerartige Kontakte befestigt und die Stromstärke alsdann stufenlos hochgefahren. Die Autorin muss lediglich noch die Worte „Kiste“ „nackt“ und „Kapuze“ vorausschicken, und vor dem inneren Auge des Lesepublikums tauchen unweigerlich die medial verbreiteten Bilder von Folterszenen der US-Armee an irakischen Gefangenen aus Abu Ghraib auf. Kramer vergleicht die Methoden zudem mit jenen „vor fünfzig Jahren“.⁴⁴ Rechnet man von der Erzählgegenwart zurück, so ergibt sich daraus der Anfang des 21. Jahrhunderts, womit auch der zeitliche Bezug als verbrieft gelten kann.

Die Adaption von Agambens Theorie in „Corpus Delicti“ ist evident und die intertextuellen Bezüge sind an vielen Stellen augenfällig. Anhand der symbolischen Gestalt des völlig schutz- und rechtlos gestellten entblößten Körpers, des nackten Lebens, wird die innere und eigentliche Gefährdung moderner Demokratien und ihres Freiheitsgehalts demonstriert. Aus interpretatorischer Perspektive lässt dies nur die Botschaft zu: Auf dem Feld der Gesundheitsvorsorge wie der Terrorabwehr droht durch die zunehmende Dominanz des Präventionsgedankens gleichermaßen eine permanente Ausweitung des Ausnahmezustands und damit die Anwendung freiheitsgefährdender wie diktatorischer Mittel.

Dystopische Klassikertradition

Neben der politischen Philosophie Agambens weisen zweifellos auch Heinrich Bölls „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ oder Sophokles' Tragödie „Antigone“ große Schnittmengen zu Juli Zehs Roman auf. Ist es im einen Fall die öffentliche Diskreditierung zur Unperson, so im anderen das Motiv der Geschwisterliebe, das Parallelen zu „Corpus Delicti“ zeigt. Besonders augenfällig aber sind die Anknüpfungen an tradierte Motive der klassischen Dystopien, von denen im Folgenden einige etwas genauer nachgezeichnet werden sollen.⁴⁵

.....
44 Ebd., S. 249.

45 Zur dystopischen Tradition allgemein vgl. etwa Stephan Meyer: Die anti-utopische Tradition: Eine ideen- und problemgeschichtliche Darstellung, Frankfurt am Main 2001; M. Keith Booker: Dystopian Literature. A Theory and Research Guide, Westport 1994; Willi Erzgräber: Utopie und Anti-Utopie in der englischen Literatur. Morus, Morris, Wells, Huxley, Orwell, München 1985; Thomas Schölderle: Dystopie als Utopie. Ein Subgenre als politisches Frühwarnsystem, in: Politikum 4 (2/2018), S. 48–58; Richard Saage: Utopische Profile, Bd. 4: Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts, Münster 2003, S. 97–159; Hans U. Seeber: Die Selbstkritik der Utopie in der angloamerikanischen Literatur, Münster 2013; Hubertus Schulte Herbrüggen: Utopie und Anti-Utopie. Von der Strukturanalyse zur Strukturtypologie, Bochum-Langendreer; Layh (wie Anm. 16).

Totalitäre Diktatur

Das Fehlen von Gewaltkontrolle und tolerierter Opposition, gleichgeschaltete Medien, eine willfährige Justiz und brutale Geheimdienstmethoden sind in den traditionellen Dystopien gleichsam identitätsstiftende Merkmale einer totalitären Staatsstruktur. Samjatin etwa beschreibt eine globale Diktatur namens „Einzigster Staat“ mit dem sogenannten „Wohltäter“ an seiner Spitze und einer streng normierten und gleichgeschalteten Gesellschaft, die nicht nur Aufständische exekutiert, sondern bei den übrigen Bürgern die Fantasie – Quelle des freien Willens und der Individualität – operativ entfernen lässt.⁴⁶ In Orwells Staat Ozeanien, das unterhalb des „Großen Bruders“ von einer kleinen Machelite diktatorisch beherrscht wird, erstreckt sich das staatliche Nachrichtenmonopol bis hin zur Fälschung der gesamten jüngeren Zeitgeschichte, sofern die politische Großwetterlage dies gerade erforderlich zu machen scheint.⁴⁷

Die Beschreibung der „Methode“ lässt in Zehs Roman auf den ersten Blick eine größere Pluralität vermuten. Doch schon auf einen zweiten, flüchtigen Blick zerfällt die Rechtsstaatskulisse: Das Infragestellen der offiziellen Ideologie steht unter schwerer Strafandrohung und Terrorismusverdacht. Die „vierte Gewalt“⁴⁸ wird weitgehend von gleichgeschalteten Staatsmedien ausgeübt. Besonders exemplarisch wird das Verschwimmen der Grenzen an der Figur des „Journalisten“ Kramer. Er ist zugleich Autor des staatsideologischen Grundlagenwerkes, tritt als Zeuge in Mias Prozess auf und genießt scheinbar zu allen Gebäuden und Räumen mit hoheitlichen Funktionen (Gerichtssäle, Gefängniszellen oder Vollstreckungszimmern) ungehinderten Zugang. Zugleich offenbaren die Verhandlungs- und Gefängnis-szenen, dass das Rechtssystem den Charakter einer reinen Scheinjustiz angenommen hat: Manipulierte Zeugen werden aufgerufen oder mundtot gemacht, Geständnisse mit Folter zu erpressen versucht, Beweise gefälscht und vorab gefällte Urteilsprüche verlesen.

Zur Legitimierung ihres Machterhalts bedient sich das System durchaus bekannter Methoden: eine Rhetorik, die die „infektiösen Gedanken“⁴⁹ der Gesellschaft bekämpft; die Erfindung terroristischer Verschwörungen sowie Einschüchterungen, Drohungen und Gewaltaktionen, und nicht zuletzt der Einsatz neuester Technologie, der nun-

.....
46 Vgl. Samjatin (wie Anm. 15), S. 34, 112.

47 Vgl. Orwell (wie Anm. 15), S. 33 f.

48 Zeh (wie Anm. 1), S. 18.

49 Ebd., S. 215.



Szenenfoto aus der Theateraufführung „Schöne Neue Welt“ von Aldous Huxley, Münchner Volkstheater, 2019
Foto: Arno Declair

mehr – ebenfalls analog zur dystopischen Klassikertradition – alle emanzipatorischen Konnotationen hinter sich gelassen hat und nur noch im Dienst des Machterhalts des dystopischen Staates steht.

Sogar für die Gesundheitsverpflichtung gibt es dystopische Vorbilder: In Huxleys „Schöner neuer Welt“ sind Krankheiten durch pränatale Impfungen grundsätzlich ausgerottet; und schon in Samjatin's „Wir“ heißt es: „Sie wissen doch, Sie haben die Pflicht, gesund zu sein.“⁵⁰

Reproduktionspolitik und subversive Liebe

Ein ausgesprochen dominantes Motiv der kanonischen Klassiker ist die staatliche und systemkonforme Kontrolle von Reproduktion und Partnerbeziehungen. Persönliche und emotionale Bindungen oder gar Liebe scheinen aus Sicht des dystopischen Staates ein derart gefährliches und subversives Potenzial zu besitzen, dass keines der totalitären Regime sie ungefiltert zu tolerieren bereit ist. Der dystopische Staat reißt Geschlechterverhältnisse, Fortpflan-

zung und Erziehung regelmäßig an sich; intime Kontakte werden kontrolliert und kanalisiert, um ihre systemfeindlichen Energien zu eliminieren.

So sind Ehe und Familie in Samjatin's „Wir“ abgeschafft, die Menschen leben in Kommunehäusern und Kinder werden in Kollektiven erzogen. Bei jedem Einzelnen wird der Gehalt an Geschlechtshormonen untersucht und dementsprechend Häufigkeit, Zeitpunkt und Partner der Sexualkontakte bestimmt und Berechtigungsscheine in Form von Heftchen mit rosa Billetts verausgabt.⁵¹ In Huxleys „Brave New World“ produziert die globale Diktatur ihre benötigten Arbeitskräfte je nach wirtschaftlichen Bedürfnissen in Geburtsfabriken und eine staatlich geförderte und organisierte Promiskuität mit ausschweifenden Drogen- und Sexpartys sorgt für die Entsublimierung und Kanalisierung der sexuellen Bedürfnisse.⁵² Die Liebe von Julia und der Hauptfigur Winston Smith in Orwells „1984“ ist ein ungeheurerlicher Akt der Auflehnung, denn

51 Samjatin (wie Anm. 15), S. 18.

52 Vgl. Huxley (wie Anm. 15), S. 19 ff., 84.

.....
50 Samjatin (wie Anm. 15), S. 28.

der einzig anerkannte Zweck einer Partnerbindung besteht in Ozeanien darin, „Kinder zum Dienst für die Partei zur Welt zu bringen.“⁵³ Julia und Winston erleben ihre verbotene wie aussichtslose Liebe als letzte Bastion, auf die die totalitäre Parteidiktatur keinen Zugriff besitzt. Doch am Ende verraten beide ihre Liebe und damit den letzten für sie noch bestehenden Wert. Der Sieg des Systems wird dadurch absolut.

Auch Juli Zeh hat in ihrem Roman nicht auf dieses Motiv verzichtet. Es gibt auch dort eine „Zentrale Partnerschaftsvermittlung“,⁵⁴ die die Kompatibilitätskriterien für eine Beziehung anhand von Blutgruppen erstellt und überprüft. Moritz Holl nennt sie die „größte Puffmutter der Welt.“⁵⁵ Unter Liebe versteht das System die „Verträglichkeit bestimmter Immunsysteme“. Sexueller Kontakt ist nur erlaubt, wenn keine „immunologischen Gründe“ dagegensprechen, andernfalls gilt die Verbindung als „krank“. Sexuelle Beziehungen zwischen Menschen mit inkompatiblen Blutgruppen werden als „Kapitalverbrechen“ behandelt und stehen auf einer Stufe mit dem „vorsätzlichen Verbreiten von Seuchen.“⁵⁶ Darüber hinaus bildet aber letztlich auch in Juli Zehs Dystopie die Liebe den entscheidenden subversiven Sprengsatz: Es ist die „Geschwisterliebe“ und die bedingungslose Loyalität zu ihrem toten Bruder, die für Mia zum Auslöser ihrer Wandlung und zugleich zum Urgrund des Dramas um ihr desaströses Schicksal wird.⁵⁷

Zerstörung des Unangepassten

„In Situationen von besonderer Bedeutung und hoher Brisanz, wenn also eine Gefahr für das Große und Ganze vorliegt, kommt es vor, dass man auf veraltete Maßnahmen zurückgreifen muss.“⁵⁸ Mit diesen Worten wird Mia die Anwendung von Folter angekündigt. Schon bei der ersten Verhandlung, noch in Mias Abwesenheit, ist ihr Körper nackt auf eine Präsentationswand projiziert worden, wobei allerlei Daten zu Blutwerten, Kalorienverbrauch, Stoffwechselabläufen und Leistungsdiagramme über die Bildfläche laufen. Durch den bedingungslosen Zugriff auf intimste Lebensbereiche ist damit die Auslöschung ihrer Privatsphäre bereits exemplarisch vollzogen.

53 Orwell (wie Anm. 15), S. 63.

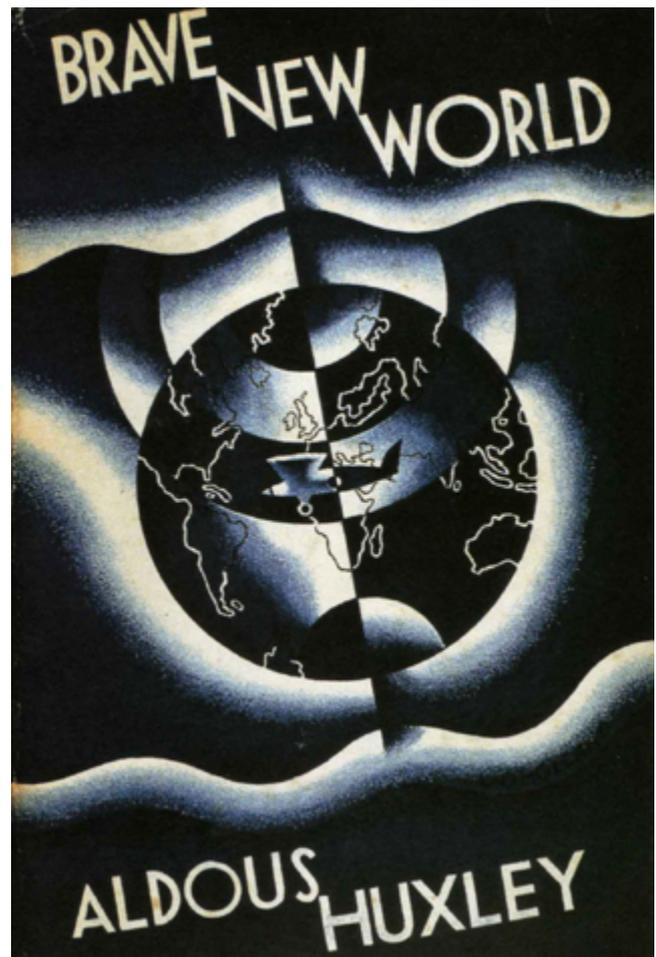
54 Vgl. Zeh (wie Anm. 1), S. 21, 67.

55 Ebd., S. 67

56 Zeh (wie Anm. 1), S. 121, 121, 127, 122 f.

57 Vgl. dazu auch Layh (wie Anm. 16), S. 166.

58 Zeh (wie Anm. 1), S. 249.



Cover der Originalausgabe, 1932

Abbildung: picture alliance/The Advertising Archives

Das wohl zentralste Motiv der klassischen Dystopien zielt auf das Verhältnis von Individuum und Kollektiv. Die dystopischen Systeme spielen beständig eine trügerische Priorität des Gemeinwohls gegen sämtliche Privatinteressen aus. In allen Fällen verliert der Einzelne seine Freiheit und Autonomie. Das große Urbild ist an dieser Stelle zweifellos bereits Samjatin's Dystopie, wo die vollständige Entindividualisierung schon im Romantitel „Wir“ zum Ausdruck kommt. Die Menschen haben keine Namen mehr, sondern nur noch Nummern. Und die Gestaltung ihres Tagesablaufs ist durch die „Stunden-Gesetzestafel“⁵⁹ von der Arbeit über Mahlzeiten und Spaziergänge bis hin zu Sexualkontakten ins Kleinste geregelt. In Huxleys *Schöner neuer Welt* teilen alle konditionierten Wesen die glückliche Einsicht, dass ihre Kaste unverzichtbar für das Kollektiv ist und dass Gemeinschaft Glück, Einsamkeit dagegen Unglück bedeutet.⁶⁰ Ana-

59 Samjatin (wie Anm. 15), S. 10.

60 Vgl. Huxley (wie Anm. 15), S. 38f., 76, 204.



Zeitgenössische Aufnahme des russischen Schriftstellers Jewgenij Samjatin (1884-1937)
Foto: picture-alliance/dpa/Tass



Nach dem Roman „Fahrenheit 451“ benannte Buchhandlung in Rom während der Coronakrise im April 2020
Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Fotografarin: Cecilia Fabiano

log dazu erklärt Kramer in „Corpus Delicti“: „Die Methode [...] definiert die Übereinstimmung von allgemeinem und persönlichem Wohl als ‚normal‘. [...] Außerhalb der Normalität herrscht Einsamkeit.“⁶¹ Der Einsame ist im Methodenstaat aber zugleich der Ausgesonderte. Der Ausschluss des Feindes wirkt dabei nicht nur als besonders identitätsstiftender Akt für die Gemeinschaft, sondern ist auch das Fundament seiner regelbefreiten Behandlung.

Charakteristisch für alle dystopischen Romane ist ein prinzipieller Perspektivwechsel. Sie betrachten die Welt oder das Gemeinwesen nicht mehr aus der Sicht eines abstrahierten Ganzen, sondern aus dem subjektiven Blickfeld des Einzelnen, aus dem Erleben und den Erfahrungen des Individuums. Die Wirklichkeit der Systemprinzipien wird auf das Alltagserleben der unangepassten Individuen rückprojiziert, woraus letztlich die zentrale Triebfeder der Erzähldynamik resultiert: Nicht-normkonformes Verhalten führt im dystopischen Staat unweigerlich in die persönliche Katastrophe.

In der Folge findet sich eine auffallende Analogie in den jeweiligen Handlungssträngen: Die Protagonisten, anfangs meist angepasste und funktionierende Glieder des Systems, machen im Laufe der Erzählung eine Wandlung zum Dissidententum durch. Am Ende trägt das Unterdrückungsregime den Sieg über die rebellischen Tendenzen davon und die Handlung mündet in die völlige Zerstö-

rung aller aufwieglerischen Strömungen und ihrer Repräsentanten. So erlebt der Protagonist D-503 in Samjatins „Wir“ die operative Entfernung der Fantasie aus seinem Gehirn als Erlösung und als Sieg der Vernunft, was ihn mitleidslos der Folter seiner Geliebten I-330 beiwohnen lässt.⁶² Ähnlich verhält es sich mit Julia und Winston in Orwells „1984“. Sie bleiben als restlos gebrochene Figuren zurück. Winstons letzte symbolträchtige Zeilen lauten: „Aber nun war es gut, war alles gut, der Kampf beendet. Er hatte den Sieg über sich selbst errungen. Er liebte den Großen Bruder.“⁶³ In Huxleys „Brave New World“ begeht der unangepasste John the Savage am Ende ebenso Selbstmord wie Moritz Holl in „Corpus Delicti“.

Bradburys „Fahrenheit 451“ lässt hingegen am Schluss mittels der kriegszerstörten Stadt eine vorsichtige Möglichkeit für einen glücklicheren Neuanfang aufscheinen. Ähnliches gilt aber auch für Orwell, wo das desillusionierende Ende durch ein epilogartiges Schlusskapitel relativiert wird.⁶⁴ Dieser Anhang zur sogenannten „Neusprache“, also der in Ozeanien eingeführten Amtssprache, ist aus einer noch fernerer Zukunft, nämlich jenseits des Jahr 2050 und rückblickend formuliert und enthält dabei bezeichnenderweise keine Elemente der geschilderten „Neusprache-Grammatik“ mehr. Unzweifelhaft signalisiert dies nicht

.....

62 Vgl. Samjatin (wie Anm. 15), S. 142.

63 Orwell (wie Anm. 15), S. 273.

64 Vgl. Orwell (wie Anm. 15), S. 274-281.

.....
61 Zeh (wie Anm. 1), S. 95f.

nur eine spätere Überwindung der ideologischen Sprachhygiene, sondern auch der totalitären Diktatur insgesamt.

Demgegenüber breitet sich in Zehs „Corpus Delicti“ erneut eine völlig trostlose Perspektive über das Ende des Romans: Mia Holl, die den Scheintod als persönlichen Ausweg aus dem Terrorregime für sich geradezu ersehnt, wird durch das System zum Weiterleben gezwungen, nur um so die Niederlage noch vollständiger zu machen. Die Chance, sich mit dem Tod ihres Körpers dem totalitären System zu entziehen, wird durch ihre „Begnadigung“ unmöglich gemacht. Die Methode behält die Oberhand über ihren elementaren Fetisch, den Körper.

Pervertierung politischer Ideen

Die Diktatur, das ist zweifellos eine der Botschaften des Werkes, erwächst nicht aus blankem Zynismus. Vielmehr ist es die Verabsolutierung eines durchaus hehren politischen Ideals, durch das jedes System in die Barbarei abzugleiten droht. „Corpus Delicti“ ist nicht die erste Dystopie, in der letztlich eine Idee pervertiert wird. Ähnlich gelagert sind im Grunde fast alle frühen Klassiker des dystopischen Genres.

In Samjatins „Wir“ gibt das politische System vor, allein Vernunft und Wissenschaftlichkeit zu verwirklichen. Doch auf dem Wege der Herrschaftssicherung hat der Unterdrückungsapparat alle humanen und emanzipatorischen Intentionen des wissenschaftlichen Fortschritts abgestreift. Jedes Abweichen aus dem durchnationalisierten Korsett wird als Rückfall in vorwissenschaftliche und barbarische Zeiten gewertet und entsprechend sanktioniert. In Orwells „1984“ erinnert der klar gegliederte Staatsaufbau zwar an Platons Dreiständegesellschaft mit funktionaler Zuteilung der Arbeitsbereiche. Aber die geschilderte Ordnungsstruktur dient nicht länger als gleichnishafte Bild für die Idee der Gerechtigkeit, sondern als bestmögliche Organisation eines Herrschaftssystems, dem Macht ausdrücklich als Selbstzweck gilt.⁶⁵ Huxleys „Brave New World“ hat sich die Glückmaximierung aller Bürger auf die Fahne geschrieben. Doch die große Hoffnung des 19. Jahrhunderts auf Teilhabe aller an Reichtum und Produktivitätssteigerung mündet in ein perfektioniertes System des Massenkonsums, das alle Mitglieder der Gesellschaft auf ihr banales Konsumglück hin konditioniert. Wie die Menschen in Huxleys „Brave New World“ zum Glück verurteilt sind, so sind in Zehs Roman die Bürger zur Gesundheit verdammt. Dass auch der Methodenstaat kein von vornherein grundübles System ist, das nur auf zynischen Prinzipien ruht, zeigt

.....
65 Vgl. Orwell (wie Anm. 15), S. 242.



Buchillustration zu „Brave New World“ von Vitali Konstantinov

sich wohl am deutlichsten daran, dass noch die Definition von Gesundheit, wie sie Kramer in seinem „Standardwerk“ formuliert, einer fast wörtlichen Adaption aus der Gründungsurkunde der Weltgesundheitsorganisation von 1946 entspricht.⁶⁶

Interessanterweise findet sich dieses Vorgehen – in modifizierter Form – auch schon beim Prototyp der gesamten utopischen Gattungstradition. In seiner „Utopia“ (1516) beschreibt Thomas Morus einerseits, wie Vernunft und Nützlichkeit auf beeindruckende Weise die Irrationalität des zeitgenössischen Europas abgelöst haben, andererseits verzichtet er nicht darauf, eine ganze Reihe inhumaner oder lächerlicher Konsequenzen von

.....
66 „Gesundheit ist ein Zustand des vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens – und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit.“ Zeh (wie Anm. 1), S. 9. – „Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“ WHO: Verfassung der Weltgesundheitsorganisation. Unterzeichnet in New York am 22. Juli 1946, Genf 2014, online unter: www.admin.ch/opc/de/classified-compilat ion/19460131/201405080000/0.810.1.pdf [Stand: 23.09.2020], S. 1.

Sitten und Institutionen vorzuführen, die nichts anderes als die Folge eines verabsolutierten und rigiden Vernunftdogmatismus sind. Schon der Prototyp der Gattung kennt damit die Gefahr der Verabsolutierung der reinen Lehre und Prinzipien und stellt diesem Rigorismus bereits ein dystopisches Warnschild zur Seite.⁶⁷

Ebenso auffallend scheint, dass alle beschriebenen Oppositionsbewegungen in den Dystopien nicht allein die Mittel und Methoden des Unterdrückungssystems attackieren, sondern den Kampf gegen seinen zentralen Wert auf eine plakative Gegenformel zu bringen versuchen: In „Brave New World“ reklamiert John in der drogen- und konsumduseligen Glücksgesellschaft fast trotzig ein „Recht auf Unglück“,⁶⁸ während in Zehs Gesundheitsdiktatur eine Widerstandsgruppe den Kürzelnamen R.A.K. trägt, was für „Recht auf Krankheit“ steht.⁶⁹

Die Warnung vor einer Pervertierung politischer Ideale auf dem Wege ihrer Verabsolutierung ist zugleich ein deutlicher Fingerzeig auf eine selbstkritische Reflexion der klassischen Utopie. Bereits mit dem Auftakt von Zehs Roman wird die Dimension der kritischen Auseinandersetzung mit der Utopietradition beispielhaft eröffnet: Die idyllische Beschreibung der Landschaftskulisse weckt rasch Assoziationen an die Tradition der klassisch-positiven Utopien, deren größtes Verführungspotenzial – gewollt oder ungewollt – in der Dogmatisierung ihrer zugrunde liegenden politischen Ideen liegt.⁷⁰ Damit aber ist eine Ebene miteinbezogen und Verbindung hergestellt, die für alle kanonischen Dystopien charakteristisch ist. Samjatin, Huxley, Orwell und Bradbury haben stets neben der Kritik an den totalitären Gegenwartstendenzen auch eine kritische Hinterfragung und Korrektur von Entwicklungen der Utopiegeschichte, insbesondere des 19. Jahrhunderts, mitintendiert. Das Aufkommen der Dystopien ist ein wichtiges Element der innerutopischen Selbstkritik. Sichtweisen, die die Dystopien als „anti-utopisch“ beschreiben,⁷¹ übersehen daher in aller Regel, dass sich die dystopischen Klassiker nicht außerhalb des Genres stellen. Sie gehören

67 Vgl. Thomas Morus: Utopia, in: Der utopische Staat, hg. von Klaus J. Heinisch, Reinbek bei Hamburg, S. 9–110; s. dazu auch Thomas Schölderle: Thomas Morus' Utopia (1516). Das Idealstaatsmotiv und seine ironische Brechung im Gedankenexperiment, in: Thomas Schölderle (Hg.): Idealstaat oder Gedankenexperiment? Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien, Baden-Baden 2014, S. 55–78.

68 Huxley (wie Anm. 15), S. 208.

69 Zeh (wie Anm. 1), S. 91.

70 Vgl. dazu allgemein Thomas Schölderle: Geschichte der Utopie. Eine Einführung, Köln/Weimar/Wien 2017.

71 Mit Blick auf Zehs Corpus Delicti explizit Moritz (wie Anm. 16).

vielmehr, auch ihrem Selbstverständnis nach, eindeutig in die Gattungstradition der Utopie.⁷² In analoger Weise zu den positiven Utopien entwerfen auch Dystopien imaginäre Gesellschaften, um damit der Gegenwart einen Spiegel vorzuhalten. Einziger, aber fundamentaler Unterschied: Sie extrapolieren und werten anders.

Frühwarnsystem

Huxley oder Orwell wollten nie eine Prognose zur Zukunft liefern, sondern vor gefährlichen Strömungen ihrer Gegenwart warnen. Schon vor der Veröffentlichung ihres neuen Buches hatte auch Juli Zeh in einem Interview, noch ohne den Begriff Dystopie zu nutzen, das klassisch-dystopische Motiv der Extrapolation und die politische Funktion eines literarischen Frühwarnsystems,⁷³ für ihren Text in Anspruch genommen: „Ich wollte keine Zukunftsvision schreiben und sagen: In so und so viel Jahren sieht es so und so aus. Ich habe tatsächlich Dinge, die jetzt schon da sind, in ein fiktives System übertragen und ein bisschen überdreht. Vor allem habe ich den Totalitätsanspruch hinzugefügt.“⁷⁴

So sehr sich die Autorin damit bewusst in die dystopische Tradition stellt, so wenig will sie im Rahmen ihrer Interpretationshandreichung das Werk als Science-Fiction verstanden wissen, denn charakteristisch für Science-Fiction-Romane sei, so Juli Zeh, dass die Welt der Zukunft darin stets als Folge technischer Revolutionen wie Zeitreisen, hemmungsloser Gentechnik oder vollständiger Digitalisierung dargestellt werde, während in „Corpus Delicti“ technische Aspekte ganz gewusst außen vor gelassen würden.⁷⁵ Das kann man ebenfalls als durchaus reflektierte und treffende Begriffsabgrenzung gelten lassen, wie überhaupt die Konzeption des Werkes von einem sehr analytischen, dem Genre souverän und theoretisch reflektiert gegenüberstehenden Zugang geprägt ist.

Etwas ärgerlich ist allerdings, dass dabei Hexenverfolgung, wieder einmal, mit Mittelalter assoziiert wird, obwohl deren Höhepunkte – und das ist eigentlich kein Historikerwissen –, deutlich später, nämlich erst im frühen 17. Jahrhundert liegen. Zwar wird das Phänomen im Roman sogleich zum überzeitlichen erklärt, etwa wenn

72 Vgl. Schölderle (wie Anm. 45), S. 56–58.

73 Vgl. dazu auch ebd.

74 Juli Zeh: Plädoyer gegen die Fitness-Diktatur. Interview, in: Der Stern, vom 24. März 2009, online unter: www.stern.de/kultur/buecher/interview-mit-juli-zeh-plaedoyer-gegen-die-fitness-diktatur-3432820.html [Stand: 23.09.2020].

75 Vgl. Zeh (wie Anm. 1), S. 117.



Proben am Deutschen Nationaltheater in Weimar für eine Szene der Oper „The Circle“ nach dem gleichnamigen Roman von Dave Eggers. Die Uraufführung des Stückes fand am 4. Mai 2019 statt.

Foto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild/Fotografen: Candy Welz

Mia ihr Schicksal explizit in die Tradition der Ketzerverfolgung stellt. „Es hat sich nichts geändert. [...] Das Mittelalter ist keine Epoche. Mittelalter ist der Name der menschlichen Natur.“⁷⁶ Das erklärt allerdings nur, weshalb der Aufruf der Ruhrtriennale für ein Mittelalter-Stück zu einem Zukunftsroman genutzt wurde, nicht aber, warum Hexenjagd für das Mittelalter typisch sein sollte. An dieser Stelle trägt die sorgsam gepflegte Literarizität des Werkes ein paar Schrammen davon. Man könnte darüber großzügig hinwegsehen, wäre dieses „Detail“ nicht ausgerechnet der Uripuls des Werkes gewesen.

Natürlich lässt sich auch darüber diskutieren, ob Juli Zeh mit den Gefahren einer Gesundheitsdiktatur die wirklich größte aller aktuellen Bedrohungen ins Visier genommen hat. Möglicherweise hat Dave Eggers in seiner im Übrigen kaum weniger klassischen Dystopie über die Allmacht eines globalen IT-Giganten namens „The Circle“ die noch drängendere Frage aufgespießt.⁷⁷ Eggers’ Roman vermag in seiner literarischen Qualität an „Corpus Delicti“ jedoch kaum heranzureichen. Beide teilen aber eine entscheidende Gemeinsamkeit: Denn nicht im pro-

klamierten Ziel eines autoritären Systems liegt die eigentliche Bedrohung, sondern – und die Übereinstimmung mit Zehs Regimenname ist hier wohl kaum ein Zufall – in ihren Methoden, das heißt in der Bereitschaft, alle verfügbaren Machtoptionen für die Realisierung des proklamierten Ziels zu nutzen und Widerstände aller Art auf diesem Wege brutal zu eliminieren. Insofern überrascht nicht, dass die Entrechtung der Menschen bei Zeh und Eggers auffallend ähnlichen Methoden folgt: „Gläsern“ wird der Bürger in beiden Dystopien, überwacht und seiner Privatsphäre beraubt ist er es ebenso.

Alles in allem zeigt Juli Zehs Roman, dass das Genre der klassischen Dystopie weder tot noch überholt ist. Mittels Anknüpfung an aktuelle Bedrohungspotenziale, aber unter Beibehaltung wesentlicher Narrationsmuster, Form- und Inhaltsmotive der dystopischen Klassikertradition hat die Autorin dem Genre zweifellos eine erstaunliche Revitalisierung verabreicht. Juli Zeh hat für einen neuerlichen Höhepunkt der Gattung gesorgt und, vor allem unter literarischen Gesichtspunkten, eine der überzeugendsten aller klassischen Dystopien vorgelegt. ▀

76 Ebd., S. 250.

77 Vgl. Dave Eggers: Der Circle. Übers. von Ulrike Wasel u. Klaus Timmermann, Köln ©2014.

Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft

von Andreas Thum

Was ist normal? Wer gilt als behindert? Welche Begriffe und Vorstellungen von Behinderung existierten in der Vergangenheit und wie gingen frühere Gesellschaften mit Menschen um, die von der „Norm“ abwichen? Die Ausstellung „BarriereSprung“ im Stadtmuseum Erlangen ging im vergangenen Jahr diesen Fragen nach und beleuchtete das Leben mit Behinderung in historischer und gegenwärtiger Perspektive.

Seit rund zwei Jahrzehnten prägt vor allem ein Wort die politische und mediale Auseinandersetzung mit Behinderung: Inklusion. Hinter dem Begriff, dessen Bedeutung bisweilen auf die schulische Inklusion verkürzt wird, steht ein Konzept, das die gleichberechtigte gesellschaftliche, kulturelle und kommunikative Teilhabe aller Menschen umfasst – unabhängig von körperlichen, kognitiven oder seelischen Beeinträchtigungen. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu führen. Um das ambitionierte Ziel einer inklusiven Gesellschaft zu erreichen, müssen traditionelle und gewachsene Strukturen aufgebrochen, Barrieren abgebaut und die Umwelt an die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen angepasst werden. In historischer Perspektive erscheint das Projekt der Inklusion als vorläufiger Endpunkt einer – keineswegs geradlinigen – Entwicklung, in deren Verlauf sich die Wahrnehmung von Behinderung elementar verändert hat.

Der Begriff „Behinderung“ lässt sich auf unterschiedliche Weise definieren.¹ Zum einen besitzt er eine medizinisch-juristische Dimension: Laut Sozialgesetzbuch gilt ein Mensch dann als behindert, wenn seine körperliche, geistige oder seelische Gesundheit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt ist.² Diese Definition umfasst ein breites Spektrum medizinischer Diagnosen: Eine Krebserkrankung kann ebenso dazu zählen wie eine Depression, eine Querschnittslähmung oder Schwerhörigkeit. Bemessen wird Behinderung in Deutschland mit dem Grad der Behinderung (0 bis 100), der die konkreten Auswirkungen der Beeinträchtigung auf das alltägliche Leben abbilden soll und Einfluss auf die bewilligten Nachteilsausgleiche hat.

1 Vgl. dazu Gabriele Lingelbach: Behindert/Nicht behindert. Begrifflichkeiten, Konzepte und Modelle in der Disability History, in: APuZ 38–39 (2018).

2 SGB IX, § 2, 1. URL: <https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbix/2.html> [Stand: 12.05.2020].

Der „medizinische Blick“ auf Behinderung und Menschen mit Behinderungen war lange Zeit vorherrschend. Behinderungen wurden als „Defizite“ des Einzelnen aufgefasst, als behandlungsbedürftige Abweichungen von einer als ideal geltenden Norm. Diese Sichtweise gilt mittlerweile als verkürzt, denn Behinderung hat zum anderen auch eine soziale, gesellschaftliche Dimension, die außerhalb des Einzelnen liegt. Dieser Perspektivwechsel, der im späten 20. Jahrhundert durch das beharrliche Engagement von Behindertenaktivistinnen und -aktivisten eingeleitet wurde, kommt in dem vielzitierten Satz „Behindert ist man nicht, behindert wird man“ zum Ausdruck. Behindert wird man durch bauliche Barrieren, durch kommunikative Hürden, aber auch durch Vorannahmen und Vorurteile, durch abschätzige (oder mitleidige) Blicke, durch alltägliche Erfahrungen der Hilflosigkeit und Entmündigung, durch Stigmatisierung und – positive wie negative – Diskriminierung. Die stärkere Betonung des sozialen Aspekts geht mit terminologischen Differenzierungen einher: Häufig wird nun zwischen der konkreten Beeinträchtigung (z. B. dem fehlenden Sehvermögen) und der durch Umweltfaktoren bedingten Behinderung (z. B. fehlende Blindenleitsysteme) unterschieden. Die seit Längerem gebräuchliche Formulierung „Mensch mit Behinderung“ stellt, gemäß den Empfehlungen der *„People-first language“*, den Menschen buchstäblich an die erste Stelle und begreift seine Beeinträchtigung als nachrangig. Auch die sukzessive Verdrängung des Begriffs „Integration“ durch „Inklusion“ spiegelt diese Entwicklung wider.

Die weitreichenden Veränderungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass Behinderung neben der medizinischen, der juristischen und der sozialen auch eine geschichtliche Dimension besitzt: Traditionelle Konzepte wirken, mehr oder weniger bewusst, in die Gegenwart hinein, Strukturen und Begriffe sind historisch gewachsen – und formen unsere Wahrnehmung. Der Begriff „Behinderung“, ein letztlich bürokratisches Konstrukt, etablierte sich erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts. Bis dahin wurden Menschen je nach Art ihrer Beeinträchtigung als „Lahme“, „Blinde“, „Tauben“ oder „Krüppel“, später auch als „Versehrte“, „Invalide“ oder „(Kriegs-)Beschädigte“ bezeichnet. Für geistige Beeinträchtigungen gab es im Lauf der Geschichte eine Vielzahl mehr oder weniger exakt definierter Begriffe („Schwachsinnige“, „Irre“, „Idioten“, „Geistesgestörte“), wobei zwischen angeborener oder erworbener Schädigung, neurologischer Erkrankung, geistiger Behinderung oder seelischer Störung in der Regel nicht unterschieden wurde. Dies alles macht den Blick in die „Geschichte der Behinderung“, den die Ausstel-

lung im Stadtmuseum Erlangen werfen wollte, zu einem komplizierten Unterfangen: Die Grenzen zwischen, nach heutiger Definition, behinderten Menschen und anderen „Kranken“, „Armen“ und „Bedürftigen“ verschwimmen. Zudem haben sich aus früheren Jahrhunderten kaum Selbstzeugnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen erhalten. Der Blick auf die Betroffenen ist daher häufig der Blick ihrer Ärzte, Pfleger, Erzieher und Peiniger.

Behinderung in der Vormoderne

Aufgrund widriger Lebensumstände, häufiger Kriege und hygienischer Mängel war der Anblick körperlich Versehrter im Mittelalter und der Frühen Neuzeit weitaus alltäglicher als heute.³ Die damaligen Ärzte, die ihr Wissen größtenteils aus antiken Überlieferungen bezogen, standen vielen Krankheiten und Verletzungen machtlos gegenüber.

Eine weitaus prägendere Rolle als die Medizin spielte in der Gesellschaft des Mittelalters der christliche Glaube. In Ermangelung wirksamer Behandlungsmöglichkeiten blieb kranken und behinderten Menschen oftmals nur das Vertrauen auf den Beistand Gottes und der Heiligen. Zugleich war der Blick auf Beeinträchtigungen und Normabweichungen mit traditionellen Vorstellungen des Volksglaubens und des Aberglaubens verbunden. Leiden und Gebrechen wurden sowohl als Gottesstrafe für sündhaftes Verhalten gedeutet als auch dem Einfluss böser Geister oder Zauberei zugeschrieben.

Über Jahrhunderte war die Kirche die wichtigste Trägerin der Fürsorge für Alte und Kranke, da sie in der *„Caritas“*, der tätigen Barmherzigkeit, ihre zentrale weltliche Aufgabe sah. Sofern körperlich oder geistig beeinträchtigte Menschen nicht von Angehörigen versorgt wurden oder ihren Lebensunterhalt selbst verdienen konnten, waren sie auf Almosen und Mildtätigkeit angewiesen. Hospitäler, die meist an Kirchen oder Bischofssitze angeschlossen waren, boten bedürftigen Menschen Unterkunft und Betreuung.

Das rasante Wachstum der Städte ab dem 13. Jahrhundert stellte das Fürsorgewesen vor immense Herausforderungen. Enge und unhygienische Wohnverhältnisse

.....
 3 Vgl. Helga Zahlaus: Anderssein in der Vormoderne, in: *BarriereSprung. Vom Leben mit Behinderung*, hg. von Brigitte Korn/Andreas Thum, Erlangen 2020, S. 146–152. Weiterführende Literatur: Bianca Frohne/Ivette Nuckel/Jan Ulrich Büttner: Ausgrenzt und abgeschoben? Das Leben körperlich und geistig beeinträchtigter Menschen im Mittelalter, in: *Jahrbuch für historische Bildungsforschung* 16 (2010), S. 141–168; Irina Metzler: Behinderte Menschen im Mittelalter: Momente der Alltagsgeschichte zwischen Bedürftigkeit und Misstrauen, in: Cordula Nolte (Hg.): *Phänomene der „Behinderung“ im Alltag. Bausteine zu einer Disability History der Vormoderne*, Affalterbach 2013, S. 79–98.



Lucas Cranach/Umkreis: Die heilige Elisabeth gibt Almosen, 1519. In mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bildquellen sind Menschen mit Behinderungen meist als bedürftige Almosenempfänger dargestellt. Foto: Kunstsammlungen der Veste Coburg, M.037

begünstigten die rasche Ausbreitung von Infektionskrankheiten, die beispielsweise zu Blindheit führen konnten. Zudem lebten viele Hilfsbedürftige in den Städten fernab ihrer Familie, besaßen also kein „soziales Netz“, das sich ihrer annehmen konnte. Auch die kirchlichen Einrichtungen stießen bald an ihre Grenzen. Ihre Rolle wurde nun zunehmend von der wohlhabenden städtischen Bürgerschaft übernommen, die erstmals als Fürsorgerträgerin in Erscheinung trat. Wohlhabende Gönner stifteten Hospitäler zur Versorgung sozial Schwacher oder leisteten Zahlungen für deren Unterhalt. Eine nicht zu unterschätzende Triebfeder des Handelns war dabei die Sorge um das eigene Seelenheil.

In zunehmendem Maße wurde die Wohlfahrtspflege der städtischen Verwaltung unterstellt und an strenge Auflagen gebunden. Häufig war eine längere „Stadtsässigkeit“ Voraussetzung für die Erteilung einer „Bettlerlaubnis“. Dies schloss die vielen umherziehenden „Kriegskrüppel“ von der Almosenvergabe aus. Darüber hinaus wurde nur den tatsächlich als arbeitsunfähig eingestuften Behindereten ein Anrecht auf Unterstützung eingeräumt, während erwerbsfähige Personen zum Arbeiten gezwungen wurden. Diesem Zweck dienten etwa die im 18. Jahrhundert entstandenen „Zucht- und Arbeitshäuser“, zu deren Insassen neben Bettlern und Straffälligen auch Menschen mit Behinderungen zählten.

Der Umgang der vormodernen Gesellschaft mit beeinträchtigten, von der Norm abweichenden Menschen war somit einerseits von Spott und Verachtung, andererseits von Mitleid und Barmherzigkeit bestimmt. Im Hospital- und Almosenwesen nahm die institutionalisierte Behindertenfürsorge ihren Anfang.

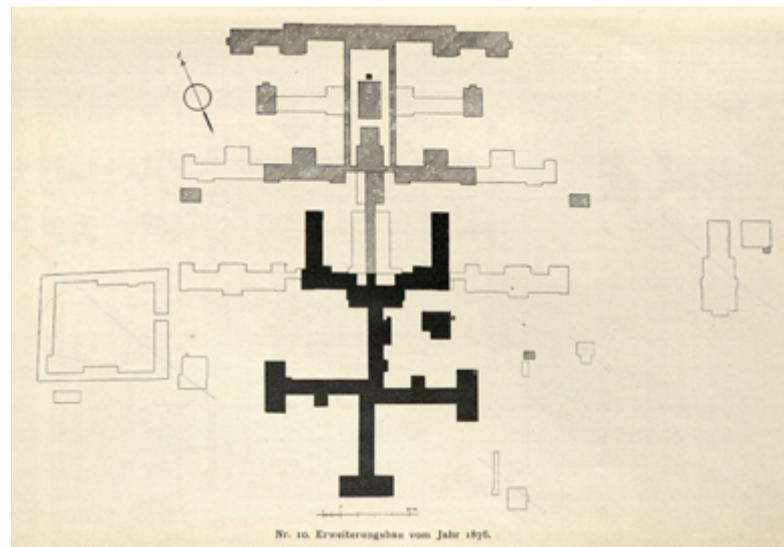
Heilen – Pflegen – Bilden. Institutionen des 19. Jahrhunderts

Anfänge und Reformen der Psychiatrie

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich im Zuge der Aufklärung das Menschenbild grundlegend gewandelt – und damit auch der Blick auf Menschen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen.⁴ Stetig wachsende Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaften schufen ein tieferes Verständnis für die Entstehung von Krankheiten, beförderten eine Ausdifferenzierung der Fächer und eröffneten neue Perspektiven der Behandlung und Heilung.

Eines der medizinischen Fächer, die sich infolge der Verwissenschaftlichung als eigenständige Disziplinen etablieren konnten, war die Psychiatrie. Bislang waren Menschen mit geistigen und psychischen Beeinträchtigungen häufig wie Sträflinge „weggesperrt“ worden. In Einrichtungen wie den berüchtigten „Narrenhäusern“ wurden sie eher „verwahrt“ als versorgt. Anstalten, die „modernen“ Erkenntnissen und Anforderungen Rechnung trugen, existierten kaum. Umso dringlicher wurden sie von Vertretern der aufstrebenden Disziplin gefordert. 1846 öffnete in Erlangen die erste „Kreis-Irrenanstalt“ des Königreichs Bayern ihre Pforten. Der klassizistisch-nüchterne Bau war für die stationäre Betreuung von 200 Patientinnen und Patienten ausgelegt.

Mit der Modernisierung und Rationalisierung der Anstaltsarchitektur ging eine Reform der Behandlungsmethoden einher. Die bislang übliche Züchtigung „Geisteskranker“ sollte durch „humane“, „moralische“ Maßnahmen ersetzt werden. Psychiatrische Lehrbücher des 19. Jahrhunderts empfahlen therapeutische Wannebäder; aggressive Patientinnen und Patienten wurden in sogenannten Drehmaschinen fixiert und bis zur Erschöpfung



Grundriss der Erlanger „Kreis-Irrenanstalt“, 1904. Den Plänen der Anstalt lag das „panoptische Prinzip“ zugrunde. Der Plan zeigt in unterschiedlicher Schraffur die verschiedenen Bauabschnitte des Komplexes.

Foto: Denkschrift zur Errichtung der Kreis-Irrenanstalt, Ansbach, 1904

in Bewegung versetzt, um sie auf diese Weise zu „bändigen“. Einige der erschreckenden „Marterinstrumente“ waren allerdings schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts höchst umstritten und kamen bald außer Gebrauch.

Einen tatsächlichen Fortschritt in der psychiatrischen Behandlung bedeutete zu Beginn des 20. Jahrhunderts das von Gustav Kolb entwickelte System der „Offenen Fürsorge“. Geeignete Patientinnen und Patienten sollten nach Kolbs Vorstellung möglichst frühzeitig aus der Anstalt entlassen und unter ärztlicher Betreuung ins Familien- und Erwerbsleben wiedereingegliedert werden. Das Leben in gewohnter Umgebung sei ihrer Heilung zuträglicher als der langfristige Aufenthalt in „Monstrestalten“. Der innovative Behandlungsansatz, den Kolb ab 1911 als Leiter der Erlanger Anstalt erprobte, wirkte in den Jahren bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten vorbildhaft und kommt heutigen Therapiekonzepten schon recht nahe.

Bildungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen

Seit der Aufklärung wurden Erziehungs- und Bildungsprozesse als unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung zum mündigen Menschen erkannt und sollten daher einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht zugutekommen. In einem frühen Werk zur Geschichte der Gehörlosenbildung von 1830 heißt es: „Die unvollkommene Entwicklung der geistigen Fähigkeiten des Taubstummen kommt nur von seiner Vereinzelung her. Wollte man wissen, in wie weit er fähig sei, es uns gleich zu tun, so müßte

4 Vgl. Andreas Thum: Institutionen des 19. Jahrhunderts, in: (wie Anm. 3), S. 154–162. Weiterführende Literatur: Sieglind Luise Ellger-Rüttgardt: Geschichte der Sonderpädagogik, München 2019; Astrid Ley: Psychiatriekritik durch Psychiater. Sozialreformerische und professionspolitische Ziele des Erlanger Anstaltsdirektors Gustav Kolb (1870–1938), in: Heiner Fangerau/Karen Nolte (Hg.): „Moderne“ Anstaltspsychiatrie im 19. und 20. Jahrhundert. Legitimation und Kritik, Stuttgart 2006, S. 195–220.

er als Tauber unter Taubstummen erzogen werden“.⁵ Für gehörlose und anderweitig beeinträchtigte Menschen, die bislang als „bildungsunfähig“ gegolten hatten, entstanden im 19. Jahrhundert innovative Bildungseinrichtungen. Die meist privaten Initiatoren betrachteten die Anstaltsgründungen als „Werke der Barmherzigkeit“, mit denen man den „unglücklichen Stiefkindern der Natur“ eine „Zufluchtsstätte“ biete, um ihnen „bessere Startbedingungen für ihren schweren Lebenskampf“ zu ermöglichen.

Die Aussagen zeigen, dass ungeachtet der zunehmenden Verwissenschaftlichung und Rationalisierung der mitleidige, christlich geprägte Blick auf Menschen mit Behinderungen auch nach dem Mittelalter vorherrschend und handlungsleitend war. Als der französische Lehrer Valentin Haüy bei einem Pariser Straßenfest im Jahr 1771 erlebte, wie blinde Menschen zur Belustigung des Publikums vorgeführt wurden, veranlasste ihn die beschämende Darbietung zur Gründung einer Erziehungs- und Unterrichtsanstalt für Blinde. Haüys Schule, 1784 in Paris eröffnet, war die weltweit erste Einrichtung dieser Art.

Freilich war die Gründung von Bildungsstätten nicht ausschließlich altruistisch motiviert. In den Gemeinwesen des 19. Jahrhunderts erfüllten Blinden- und Taubstummenschulen auch sozialdisziplinarische Funktionen. Die Erziehung zur Selbstständigkeit und Erwerbsfähigkeit stand im Vordergrund, Menschen mit Beeinträchtigungen sollten, wie es in vielen Satzungen heißt, zu „nützlichen“, „brauchbaren“ Mitgliedern der Gesellschaft herangezogen werden. Die zunehmend industrialisierte Arbeitswelt, in der die Arbeitsteilung an Bedeutung gewann und der Bedarf an Arbeitskräften wuchs, kam diesem Ansinnen entgegen. In schuleigenen Werkstätten wurden die Zöglinge gezielt auf die Erwerbstätigkeit vorbereitet.

Um die Bildungsziele zu erreichen, leisteten die Schulen „sonderpädagogische“ Pionierarbeit; sie waren Innovationszentren der Hilfsmittelentwicklung. An Blindenschulen fertigten Lehrer spezielle Bücher und Schreibgeräte, Globen und Rechentafeln. Während man anfangs versuchte, eine Schrift zu finden, die sowohl Blinde als auch Sehende lesen konnten, setzte sich im Lauf des 19. Jahrhunderts die Punktschrift durch, die der Franzose Louis Braille 1826 erfunden hatte.

In manchen Bereichen wirkten die Schulen aber auch innovationshemmend, so etwa bei der Durchsetzung der Gebärdensprache: Charles-Michel de l'Épée, Gründer

der weltweit ersten „Taubstummenschule“ in Paris, hatte im Unterricht bereits 1771 ein System „methodischer Zeichen“, bestehend aus Fingeralphabet und Gebärden, eingesetzt. Einen grundsätzlich anderen Weg beschritt die erste „Taubstummenanstalt“ im deutschsprachigen Raum, die 1778 von dem Volksschullehrer Samuel Heinicke in Leipzig gegründet wurde. Dort wurden vor allem Lautsprache und Lippenlesen gelehrt, Gebärdensprache und Fingeralphabet hingegen vernachlässigt, da sie der Isolierung der Gehörlosen vermeintlich Vorschub leisteten. Der aus den unterschiedlichen Ansätzen resultierende Methodenstreit zwischen „deutscher“ und „französischer“ Methode dauerte beinahe ein Jahrhundert, bis 1880 auf dem „Mailänder Kongress“ eine Entscheidung zugunsten des deutschen „Oralismus“ gefällt wurde. Die Gebärdensprache wurde für viele Jahrzehnte weitgehend aus dem Unterricht verbannt und als primitive „Affensprache“ diffamiert. Bis heute gilt die folgenreiche Weichenstellung des „Mailänder Kongresses“ in der Gehörlosenkultur als negativer Bezugspunkt in ihrer historischen Entwicklung. Erst im späten 20. Jahrhundert setzte sich die Gebärdensprache im Gehörlosenunterricht durch. Seit 2002 ist die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als eigenständige Sprache in Deutschland anerkannt. Sie bildet die Grundlage einer eigenen Sprachgemeinschaft und Kultur.

Im Unterschied zu sinnesbehinderten Kindern blieben sogenannte „Schwachbegabte“ zum Teil bis weit ins 20. Jahrhundert vom Unterricht ausgeschlossen. Ihrer Ausbildung hatten sich nur wenige engagierte Lehrkräfte verschrieben. Meist wurden betroffene Kinder zu Hause „versteckt“ oder an allgemeinen Schulen unterrichtet, in deren überfüllten Klassen sie als „Störfaktor“ galten. An eine gezielte und differenzierte Förderung war unter diesen Umständen nicht zu denken. Erst um die Wende zum 20. Jahrhundert erlebte das „Hilfsschulwesen“, das sich der Beschulung „lernschwacher“ Kinder widmete, einen beträchtlichen Aufschwung. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der seit 1898 bestehende „Verband der Hilfsschulen“, der Schulgründungen anregte und förderte. Der süddeutsche Raum war in dieser Hinsicht ein Nachzügler. Bis zur Gründung des „Bayerischen Hilfsschulverbandes“ sollte es, auch bedingt durch den Ersten Weltkrieg, bis ins Jahr 1918 dauern. Die Schülerschaft der frühen „Hilfsschulen“ war ausgesprochen heterogen: Aufgenommen wurden Kinder, die in den „Normalschulen“ nicht „mitkamen“, vorwiegend „Lernschwache“, vereinzelt aber auch Kinder mit geistiger Behinderung.

Das späte 19. Jahrhundert und die Zeit der Weimarer Republik können als Blütezeit der „Heilpädagogik“

5 Eduard Schmalz: Kurze Geschichte und Statistik der Taubstummenanstalten und des Taubstummenunterrichtes nebst vorausgeschickten ärztlichen Bemerkungen über die Taubstummheit, Dresden 1830, S. 41 f.

in Deutschland gelten. Im System der Blinden-, Taubstumm- und Hilfsschulen nahm allerdings auch die in jüngster Zeit scharf kritisierte „Absonderung“ behinderter Schülerinnen und Schüler ihren Anfang. Auch andere Denkweisen erwiesen sich als beständig: Oberstes (Be-) Handlungsziel war im 19. Jahrhundert die „Normalisierung“ des behinderten Menschen. Das als defizitär verstandene Individuum sollte „gebessert“ und der Mehrheitsgesellschaft angepasst werden, um in dieser die von ihm erwartete Rolle einnehmen zu können. Der dahinterstehende Leistungsgedanke, der auch ökonomisch begründet war, hatte in seiner extremsten Ausprägung fatale Folgen: Im Nationalsozialismus wurden Personen, die wegen ihrer Beeinträchtigungen als „unbrauchbar“, also „nicht arbeitsfähig“, galten, radikal ausgegrenzt, als „nutzlose Esser“ stigmatisiert und systematisch ermordet.

„Kriegskrüppel“ und „Kriegszitterer“. Der Erste Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg markiert in der Geschichte des Umgangs mit behinderten Menschen in Deutschland einen tiefen Einschnitt.⁶ Abertausende Menschen mussten nach Kriegsende mit schwersten Verwundungen und körperlichen wie seelischen Beeinträchtigungen zurück ins Leben finden. Die Rekordzahl der Kriegsversehrten ist mit zwei gegensätzlichen Entwicklungen verbunden: Zum einen verursachten neue Technologien der Kriegsführung schwerwiegende Verstümmelungen in ungekanntem Ausmaß. Zum anderen sorgten Fortschritte in der medizinischen Versorgung dafür, dass viele Soldaten eine Verletzung überlebten, an der sie noch wenige Jahre zuvor gestorben wären.

Erstmals musste sich die Gesellschaft grundlegend mit der Wiedereingliederung behinderter Menschen auseinandersetzen. In dieser Ausnahmesituation verfolgten Medizin, Militär und Politik ein gemeinsames Ziel: Die Kriegsinvaliden sollten so schnell wie möglich wieder arbeitsfähig gemacht werden; „Entkrüppelung der Krüppel“



Armprothese, um 1926. Im Zuge des Ersten Weltkriegs entstanden einfache „Schmuckarme“, die den Verlust des fehlenden Körperteils lediglich kaschierten, aber auch technisch anspruchsvolle „Ersatzglieder“.

Foto: Erich Malter

pel“ war ein Schlagwort der Zeit. Eine herausragende Rolle spielte dabei die orthopädische Prothetik, die durch den Ersten Weltkrieg einen Innovationsschub erfuhr.

Weitaus schwieriger zu behandeln war die enorme Zahl an Soldaten, die mit psychischen Erkrankungen von den Schlachtfeldern zurückkehrten. Die sogenannten „Kriegszitterer“ oder „Kriegsneurotiker“ reagierten auf den Schrecken des Grabenkriegs mit Lähmungserscheinungen, sie wurden blind oder taub, zuckten, zitterten oder verstummten. Das massenhafte Auftreten dieser weitgehend unbekannteren Krankheitsbilder stellte die Militärpsychiater und -neurologen vor ein Rätsel. Viele Psychiater attestierte den Betroffenen eine oftmals unbewusste Flucht in die Krankheit. Die „Kriegsneurotiker“ wurden als erkrankte, willensschwache und feige Drückeberger diffamiert. Drakonische Therapien, wie die Behandlung mit Stromstößen, sollten die vermeintlichen Simulanten „in die Gesundheit hineinzwingen“ und sie für einen Fronteinsatz wiederherstellen.

Nicht nur in medizinischer, sondern auch in sozialer Hinsicht erwies sich die „Kriegskrüppelfrage“ als schwere Hypothek für die junge, wirtschaftlich angeschlagene Republik. Trotz erheblicher Bemühungen des Sozialstaats, Bedürftige finanziell abzusichern und in eigens eingerichteten Werkstätten zu beschäftigen, rutschten viele Veteranen an den unteren Rand der Gesellschaft. Um auf ihr Schicksal hinzuweisen und Forderungen durchzusetzen, schlossen sich Betroffene in Interessensgemeinschaften und parteipolitischen Verbänden zusammen.

Mehr noch als die unzureichenden finanziellen Entschädigungen frustrierte viele Kriegsversehrte die emotionale Kälte, die ihnen entgegenschlug. Der fortwährend propagierte „Dank des Vaterlandes“ entpuppte sich nach

6 Vgl. Philipp Rauh: Medizin, Gesellschaft und Erster Weltkrieg, in: BarriereSprung. (wie Anm. 3), S. 164–172. Weiterführende Literatur: Philipp Rauh: Die militärpsychiatrischen Therapiemethoden im Ersten Weltkrieg – Diskurs und Praxis, in: Hans-Walter Schmuhl/Volker Roelcke (Hg.): „Heroische Therapien“. Die deutsche Psychiatrie im internationalen Vergleich (1918–1945), Göttingen 2013, S. 31–49; Christine Beil: Zwischen Hoffnung und Verbitterung. Selbstbild und Erfahrungen von Kriegsbeschädigten in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), S. 139–157; Nils Löffelbein: Die Kriegsinvaliden des Ersten Weltkrieges in Politik und Propaganda des Nationalsozialismus, in: Gerd Krumeich (Hg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 207–225.

der traumatischen Kriegsniederlage als hohle Phrase. Um die bettelnden Invaliden, schrieb der Sozialdemokrat und Begründer der deutschen Kriegshinterbliebenenfürsorge, Erich Kuttner, mache selbst der „patentiertere Patriotismus einen weiten Bogen“.⁷

Die fortwährende Unzufriedenheit mit dem Weimarer Sozialstaat und den regierenden Parteien führte dazu, dass viele Kriegsinvaliden in das rechtsradikale Lager abdrifteten. Mit der NSDAP gab es hier eine Partei, die sie regelrecht umwarb und ihnen die erhoffte Verbesserung ihrer Lage in Aussicht stellte. Reichsorganisationsleiter Georg Strasser schrieb 1932, dass es für die NSDAP „zur Zeit kaum ein dankbareres Agitationsfeld“ gebe, „als unter den verbitterten Kriegsopfern“.⁸

„Ballastexistenzen“. Die Zeit des Nationalsozialismus

Die Versprechungen der Nationalsozialisten galten freilich nicht für alle Menschen mit Behinderungen. Eines der wesentlichen Ziele des NS-Regimes war schließlich die Schaffung einer gesunden und leistungsfähigen „Volksgemeinschaft“.⁹ Zu diesem Zweck wurden einerseits arische, „rassisch hochwertige“ Personen gefördert. Andererseits sollten Menschen, die als „minderwertig“ galten, verdrängt und „ausgemerzt“ werden. Die nationalsozialistische „Erbgesundheitspolitik“ fußte auf sozialdarwinistischen Vorstellungen der Eugenik oder „Rassenhygiene“, die sich im 19. Jahrhundert weltweit verbreitet hatten und durchaus Teil des wissenschaftlichen „Mainstreams“ waren. Der „Lebenswert“ eines Menschen wurde in dieser Sichtweise auch nach seinem ökonomischen „Nutzen“ bemessen. Menschen mit Beeinträchtigungen, die dauerhaft in Einrichtungen lebten, stigmatisierte die NS-Propaganda als „lebensunwerte Ballastexistenzen“. Hunderttausende Menschen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sowie psychischen Erkrankungen fielen dieser menschenverachtenden Politik zum Opfer: Sie wurden gegen ihren Willen unfruchtbar gemacht und schließlich auch systematisch ermordet.

7 Zit. nach Wolfgang U. Eckart: „Kriegskrüppel“. Der Erste Weltkrieg und seine traumatischen Folgen. Beitrag für den SWR 2 v. 17.08.2014. S.: <https://www.swr.de/swr2/programm/download-swr-1536.pdf> [Stand: 12.05.2020].

8 Zit. nach Löffelbein (wie Anm. 6).

9 Vgl. Susanne Ude-Koeller: NS-Medizinverbrechen in Erlangen, in: BarriereSprung. (wie Anm. 3), S. 174–182. Weiterführende Literatur: Astrid Ley: Zwangssterilisation und Ärzteschaft. Hintergründe und Ziele ärztlichen Handelns 1934–1945, Frankfurt am Main 2004; Michael von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999.

Bereits am 14. Juli 1933, wenige Monate nach der Machtübernahme, verabschiedete die NS-Regierung das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN), das die rechtliche Voraussetzung für die zwangsweise Sterilisierung „erbkranker“ Personen schuf. Als „erbkrank“ im Sinne des Gesetzes galten Personen mit „angeborenem Schwachsinn“, „Schizophrenie“, „zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein“ (Bipolare Störung), „erblicher Fallsucht“ (Epilepsie), „erblichem Veitstanz“ (Chorea Huntington), „erblicher Blindheit“, „erblicher Taubheit“ sowie „schweren körperlichen Missbildungen“. Daneben konnten auch Alkoholiker, Prostituierte, Obdachlose und andere sogenannte „Asoziale“ als „erbkrank“ klassifiziert werden.

Sämtliche Ärzte und Anstaltsleiter im Deutschen Reich waren dazu aufgerufen, vermeintlich vom Gesetz betroffene Personen anzuzeigen und damit ein Sterilisationsverfahren einzuleiten. Über die Anträge entschieden Erbgesundheitsgerichte, in Revisionsfällen war als nächsthöhere Instanz das Erbgesundheitsobergericht zuständig. Etwa 350.000 Menschen wurden zwischen 1934 und 1945 zwangsweise sterilisiert, 5000 bis 6000 Frauen und etwa 600 Männer kamen infolge des Eingriffs ums Leben.

Ihre Radikalisierung erfuhr die nationalsozialistische „Erbgesundheitspolitik“ ab 1939 mit der systematischen Tötung geistig behinderter und psychisch kranker Menschen. Als Grundlage und Legitimation des Massenmords diente ein formloses Ermächtigungsschreiben Hitlers, das ausgewählten Ärzten gestattete, „unheilbar“ Kranken den „Gnadentod“ zu gewähren. Die daraufhin eingeleitete „Euthanasie“-Aktion T4 – benannt nach der zuständigen Zentralstelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 – unterlag strenger Geheimhaltung, da das Regime den Widerspruch der Bevölkerung fürchtete. Im Gegensatz zu den aufwändig propagierten Zwangssterilisationen war der „Krankenmord“ durch keinerlei Gesetz legitimiert und damit selbst nach NS-Recht illegal.

Zur Selektion der „unheilbar Kranken“ wurden Meldebögen an Heilanstalten und vergleichbare Einrichtungen im ganzen Reich verschickt, mit denen sämtliche Patientinnen und Patienten erfasst wurden. Anschließend entschieden psychiatrische Gutachter allein auf Grundlage der spärlichen Angaben über Leben und Tod. Der erwartete Krankheitsverlauf und die Arbeitsfähigkeit waren dabei wichtige Kriterien. Die zur Tötung selektierten Personen wurden in sechs eigens eingerichtete „Tötungsanstalten“ (Brandenburg/Havel, Bernburg, Pirna/Sonnenstein, Hadamar, Grafeneck, Hartheim bei Linz) deportiert und dort ermordet. Über 70.000 geistig behinderte und psychisch kranke Menschen kamen durch die „Aktion T4“ ums Leben.



Verlegung von Patientinnen und Patienten der Pflegeanstalt Schloss Bruckberg bei Neuendettelsau, 1941. Die „Aktion T4“ war in der Bevölkerung ein offenes Geheimnis. Patientinnen und Patienten wurden zum Teil mit Bussen in den Anstalten abgeholt und in eine der „Tötungsanstalten“ deportiert.
Foto: Zentralarchiv Diakonie Neuendettelsau

Ebenfalls bereits für das Jahr 1939 lässt sich in manchen Regionen der Beginn der „dezentralen Euthanasie“ nachweisen. Patientinnen und Patienten wurden vom Anstaltspersonal durch Vernachlässigung, systematische Mangelernährung oder überdosierte Medikamente gezielt zu Tode gebracht. Nach dem Stopp der „Aktion T4“ im Jahr 1941 – auch aufgrund öffentlicher Proteste – wurde das Töten hinter verschlossenen Anstaltstüren intensiviert. Laut dem „Hungerkosterlass“ des Bayerischen Innenministeriums vom 30. November 1942 sollten „produktive“ Patienten und „bildungsfähige“ Kinder „zu Lasten der übrigen Insassen“ besser verpflegt werden. Infolgedessen wurde Patientinnen und Patienten eine fettfreie Kost verabreicht, die innerhalb weniger Wochen zum qualvollen Hungertod führte. In den bayerischen Heil- und Pflegeanstalten wurden auf diese Weise mindestens 15.000 Menschen ermordet. Reichsweit fielen der „zweiten Phase“ der NS-„Euthanasie“ etwa 90.000 Menschen zum Opfer.

Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen beschränkte sich nach 1945 auf die Anklage weniger, besonders exponierter Personen. Die meisten Anstaltspsychiater und Universitätsmediziner kehrten in ihre alten Positionen zurück oder eröffneten florierende Praxen. Opfer und Angehörige von Opfern der nationalsozialistischen Medizinverbrechen litten in der Nachkriegszeit unter ausgeprägter, bis heute nachwirkender Stigmatisierung, die eine Durchsetzung ihrer Ansprüche erschwerte. So galt das GzVeN lange Zeit nicht als „nationalsozialistisches Unrecht“, da es

ein „unpolitisches Gesetz“ zum „Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ gewesen sei und der damaligen wissenschaftlichen Überzeugung entsprochen habe.¹⁰ Erst 2007 stellte der Bundestag fest, dass das GzVeN gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verstößt. Die Betroffenen wurden allerdings bis heute nur unzureichend entschädigt, da sie nach wie vor nicht als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkannt sind.

„Jedem Krüppel seinen Knüppel“. Von der Nachkriegszeit bis heute

In den ersten Nachkriegsjahren fühlten sich viele Menschen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen von Staat und Gesellschaft im Stich gelassen.¹¹ Wichtige Versorgungsstrukturen waren zusammengebrochen, die Psychiatrie und andere medizinische Fächer hatten sich schwerwiegender Medizinverbrechen schuldig gemacht. Unter den schwierigen Voraussetzungen der Not- und Mangeljahre galt die Losung „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Es waren zunächst vor allem die Interessensvertretungen der Kriegsversehrten, die regen Zulauf verzeichneten. Der 1950 auf Bundesebene gegründete „Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner“ (VdK) avancierte zu einem einflussreichen Vorkämpfer für Rentenansprüche und die finanzielle Absicherung der bis zu zwei Millionen Kriegsversehrten und ihrer Familien. Plakative Parolen wie „Unsere Männer mußten sterben! Sollen wir jetzt verhungern?“ bescherten den Anliegen des Verbandes öffentliche und politische Wahrnehmung.¹²

Im Unterschied zu den gut organisierten Kriegsbeschädigten besaßen beeinträchtigte „Zivilisten“ lange Zeit keine überregionale Interessensvertretung. Besonders benachteiligt waren Menschen mit geistiger Behinderung: Viele Ältere hatten die NS-Zeit nicht überlebt, die Nachwachsenden konnten sich zunächst nicht selbst vertreten, ihre Eltern waren auf sich allein gestellt. Nach dem noch gültigen „Reichsschulpflichtgesetz“ von 1938 waren geistig behinderte Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen.

10 Zit. nach Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, S. 339.

11 Vgl. Andreas Thum: Der Kampf um Selbstbestimmung und Teilhabe nach 1945, in: BarriereSprung. V (wie Anm. 3), S. 184–192. Weiterführende Literatur: Jan Stoll: Behinderte Anerkennung? Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Westdeutschland seit 1945, Frankfurt am Main/New York 2017; Swantje Köbsell: Wegweiser Behindertenbewegung. Neues (Selbst-)Verständnis von Behinderung, Neu-Ulm 2012; Petra Lutz (Hg.): Der (im-)perfekte Mensch. Metamorphosen von Normalität und Abweichung, Köln 2003; Markus Dederich/Wolfgang Jantzen (Hg.): Behinderung und Anerkennung, Stuttgart 2009.

12 Stadtarchiv Erlangen XXXII.74.T.1: „Wille und Weg“, Extrablatt, ca. 1952.

Manche Anschauungen und Vokabeln der NS-Ideologie hatten das Ende des Regimes überdauert und prägten nach wie vor den Diskurs. Der Mangel an staatlichen Angeboten veranlasste Eltern betroffener Kinder schließlich, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. 1958 schlug die Geburtsstunde der „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“, die sich der Förderung und Bildung geistig behinderter Kinder annahm.

Initiativen wie die Lebenshilfe, aber auch die „Aktion Sorgenkind“ (seit 2000 „Aktion Mensch“), die 1964 als Reaktion auf den Contergan-Skandal entstand, beschernten dem Thema Behinderung ab den 1960er Jahren breite mediale Aufmerksamkeit. Insbesondere Kinder mit Beeinträchtigungen rückten nun stärker in den Fokus. 1965 schuf das „Gesetz über die Errichtung und den Betrieb von Sonderschulen“ neue Strukturen der schulischen Bildung in Bayern; das „Hilfsschulwesen“ gehörte der Vergangenheit an. Mit der Einführung der Schulpflicht für geistig behinderte Kinder wurden diese erstmals generell als „bildungsfähig“ anerkannt.

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts beflügelte die gesellschaftliche Aufbruchsstimmung in der Bundesrepublik die Entwicklung einer politisierten Behindertenbewegung, in der vor allem jüngere Menschen für mehr Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe eintraten. Zwei Ereignisse der frühen 1980er Jahre können in dieser Hinsicht als folgenreiche Schlüsselmomente gelten – das „Frankfurter Reiseurteil“ von 1980 und das „Internationale Jahr der Behinderten“ 1981.

Im Jahr 1980 hatte eine Münchner Rentnerin ein Reiseunternehmen verklagt, weil der Anblick „verunstalteter Geistesgestörter“ unter den Hotelgästen ihren Urlaubsgenuss beeinträchtigt habe. Tatsächlich sprach ihr das Frankfurter Landgericht eine Preisminderung zu und führte dies in der Urteilsbegründung unter anderem auf die beanstandete Reisegruppe aus Schweden zurück: „So wünschenswert die Integration von Schwerbehinderten in das normale tägliche Leben ist, kann sie durch einen Reiseveranstalter gegenüber seinen anderen Kunden sicher nicht erzwungen werden. Daß es Leid auf der Welt gibt, ist nicht zu ändern; aber es kann der Klägerin nicht verwehrt werden, wenn sie es jedenfalls während des Urlaubs nicht sehen will.“¹³

13 Zit. nach Oliver Castendyk: Rechtliche Begründungen in der Öffentlichkeit. Ein Beitrag zur Rechtskommunikation in Massenmedien, Opladen 1994, S. 16.



Die „Krüppelzeitung“, ein Sprachrohr der „Krüppelbewegung“, erschien von 1979 bis 1985 in unregelmäßigem Turnus und erreichte zeitweise eine monatliche Auflage von 2000 Exemplaren.

Foto: Privat

Das Urteil rief bei Behindertenverbänden, aber auch in Presse und Politik erhebliche Kritik hervor. „Läßt sich in der Bundesrepublik der Anblick von Behinderten zu Geld machen?“, fragte das Magazin „Der Spiegel“ empört.¹⁴ Am 8. Mai 1980 fand in Frankfurt am Main die bis dahin größte Demonstration für Behindertenrechte in Europa statt: 5000 Menschen, darunter 800 Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer, protestierten gegen den skandalösen Urteilspruch. Angesichts der eklatanten Diskriminierung behinderter Menschen durch die Justiz stellte Ernst Klee der deutschen Behindertenpolitik in einem „Zeit“-Artikel ein miserables Zeugnis aus: „Das UN-Jahr der Behinderten steht bevor. Für die Bundesrepublik wird es nach diesem Urteil schwer werden, sich als Musterland der Rehabilitation zu präsentieren.“ Das Frankfurter Beispiel zeige vielmehr die „krasse Diskrepanz zwischen verordneter Nächs-

14 O. N.: Genuß beeinträchtigt, in: Der Spiegel 42 (1980), S. 42 ff., hier S. 42.

tenliebe zum Jahr der Behinderten und täglich gelebter Kleinkariertheit“.¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass auch das erwähnte „Internationale Jahr der Behinderten“, das die Vereinten Nationen für 1981 ausgerufen hatten, auf massiven Gegenwind stieß. Viele Menschen mit Behinderungen empfanden das geplante Festprogramm als heuchlerische „Alibiveranstaltung“ und „Integrationsoperette“, da es keinen Anlass zum Feiern gebe und ein Dialog auf Augenhöhe nicht möglich sei. Man fühlte sich von der Politik ausgenutzt und instrumentalisiert. Schon die Auftaktveranstaltung des Aktionsjahres in Dortmund wurde durch eine Bühnenbesetzung gestört. Auf einem berühmt gewordenen Plakat, das die Demonstrantinnen und Demonstranten präsentierten, wurde das „Jahr der Behinderten“ kurzerhand zum „Jahr der Behinderer“ umgewidmet, denen man den Kampf ansagte. Das schlagkräftige Motto lautete: „Jedem Krüppel seinen Knüppel“.

Der veraltete Begriff „Krüppel“ wurde von Behindertenaktivistinnen und -aktivisten seit den späten 1970er Jahren bewusst als provokanter „Kampfbegriff“ benutzt, um auf ihre fortdauernde Diskriminierung hinzuweisen. So hieß es in der ersten Ausgabe der „Krüppelzeitung“, einem wichtigen Organ der Bewegung: „Die Situation des ‚Behinderten‘ heute ist die des Bettlers und Almosenempfängers von früher, nur modernisiert.“ Während die Bezeichnung „Behinderter“ die realen Umstände verschleierte, seien die „alten Begriffe Krüppel und Idioten, gerade weil sie so häßlich klingen, eher geeignet, die nicht vorhandene Harmonie zu zerstören“.¹⁶

Und es blieb nicht bei Worten: Bei einer Veranstaltung zum „Jahr der Behinderten“ 1981 in Düsseldorf versetzte Franz Christoph, Mitbegründer der ersten „Krüppelgruppe“ in Bremen, dem amtierenden Bundespräsidenten Karl Carstens mit seiner Krücke zwei Schläge vor das Schienbein. Über sein Motiv schrieb er in der „Krüppelzeitung“: „Ich wollte provozieren, wollte in diese moralische Verlogenheit reinbohren, bis die Blase platzt. Sollte diese mehr symbolische Gewaltanwendung doch ein wenig fester gewesen sein, so nur, um zu verhindern, daß der so Getroffene in seiner gewohnten Einfalt dies als dankbares Streicheln eines dankbaren Behinderten mißversteh.“¹⁷ Als endgültigen Beweis seiner Diskriminierung betrach-

tete Christoph den Umstand, dass er nach seiner Tat nicht polizeilich abgeführt wurde, sondern lediglich Hausverbot erhielt.

Öffentlichkeitswirksame Protest- und Boykottaktionen begleiteten das „Jahr der Behinderten“ bis zu seinem Ende. Den Abschluss bildete im Dezember 1981 das Dortmunder „Krüppeltribunal“, das Behördenwillkür und Bevormundung, mangelnde Barrierefreiheit und fehlende Assistenz anprangerte – Missstände, die viele körperbehinderte Menschen ins Altenheim zwangen. Auf der „Anklagebank“ saßen Pflegeeinrichtungen, Werkstätten und psychiatrische Anstalten, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden.

Die Provokation als öffentlichkeitswirksame Form des Protests verband die Behindertenbewegung mit anderen sozialen Bewegungen der damaligen Zeit. Mit einigen, wie der Frauenbewegung, gab es auch inhaltliche Schnittmengen. Die „doppelte Diskriminierung“ behinderter Frauen wurde wiederholt auf Tagungen und in der Literatur diskutiert. Ein weiteres Dauerthema waren Tendenzen in der Medizin, insbesondere der Humangenetik, die als bedrohliche Vorboten einer „neuen Eugenik“ verstanden wurden. Hier bestanden Schnittmengen zu psychiatriekritischen Bewegungen, die ebenfalls seit den 1970er Jahren Zulauf erhielten.

Die erste, vergleichsweise radikale Phase der Behindertenbewegung endete schon nach wenigen Jahren. Durch spektakuläre Auftritte war es den Aktivistinnen und Aktivisten gelungen, ins öffentliche Bewusstsein zu dringen und Reformprozesse einzuleiten. Der medizinische Blick auf Behinderung weitete sich allmählich zu einem ganzheitlichen Bild, das soziale Barrieren mit einbezog. Verwaltung, Politik und Gesellschaft wurden für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert, die Vokabel „Barrierefreiheit“ fand Eingang in Wahlprogramme, Bauordnungen und den allgemeinen Sprachgebrauch. Bis heute ist die Behindertenbewegung von der Forderung nach selbstbestimmten Lebensverhältnissen getragen. Rampen, Behindertenparkplätze, Bodenleitsysteme und Gebärdensprachdolmetscher waren auf diesem Weg ein erster, aber bei weitem nicht der einzige Schritt.

Inklusion – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Behindertenbewegung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass über Jahrhunderte gültige Annahmen relativiert oder gar für obsolet erklärt wurden. „Normalität“ gilt nicht mehr als anzustrebender Idealzustand, sondern als relatives, historisch bedingtes Konstrukt; die Anpassung der Umwelt an unterschiedlichste Bedürfnisse

15 Ernst Klee: Ein unhaltbares Urteil, in: Die Zeit 20 (1980) (09.05.1980). URL: <https://www.zeit.de/1980/20/ein-unhaltbares-urteil> [Stand: 06.12.2019].

16 Franz Klaus: Warum Krüppelzeitung?, in: Krüppelzeitung 1 (1979), S. 3–5.

17 Franz Christoph: Erläuterungen zu meiner Aktion bei der Reha 81, in: Krüppelzeitung 2 (1981), S. 24–27, hier S. 26.

wird der „Normalisierung“ des Einzelnen vorgezogen. „Sonderstrukturen“, wie Förderschulen und „Behinderterwohnheime“, sollen aufgebrochen oder abgeschafft werden. Spezielle Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, früher eher als „Schutzraum“ gedacht, sollen nach heutigem Verständnis der (Wieder-)Eingliederung in den „ersten Arbeitsmarkt“ dienen. Die 2006 von der UNO-Generalversammlung verabschiedete Behindertenrechtskonvention stellt klar: Die Menschenrechte gelten für behinderte Menschen ohne Einschränkung. Dies betrifft den ungehinderten, gleichberechtigten Zugang zu Informationen und Bildung, die freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnorts, die Möglichkeit zu politischer Mitbestimmung und das Leben in Partnerschaften. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch den Deutschen Bundestag im Jahr 2009 ist Inklusion zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geworden, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens betrifft. Doch was heißt gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und wie lässt sie sich konkret umsetzen?

Die Ausstellung „BarriereSprung. Vom Leben mit Behinderung“ im Stadtmuseum Erlangen versuchte, diese Fragen ganz praktisch zu beantworten und inklusive Zugänge zu bieten. Der Besuch der Ausstellung sollte jedem Menschen weitgehend ohne fremde Hilfe möglich sein. Sämtliche Haupttexte wurden daher in Leichte Sprache übersetzt und neben den gewohnten Ausstellungstexten an der Wand präsentiert. Damit sollte nicht nur die

Gleichwertigkeit beider Angebote betont, sondern auch eine Sensibilisierung aller Besucherinnen und Besucher erreicht werden. Die Installation eines Bodenleitsystems ermöglichte blinden und sehbehinderten Besucherinnen und Besuchern die selbstständige Orientierung in der Ausstellung. Da der Denkmalschutz die Anbringung der üblichen Bodenplatten, wie sie im öffentlichen Raum seit Jahrzehnten erprobt sind, verhinderte, wurde eine Bodenleiste verlegt, die stets an der Wand entlangführt. Vertiefungen in der Leiste, die vom Langstock erfasst werden können, verwiesen auf weiterführende Informationen in Braille- und Pyramidenschrift auf Tastpulten und an der Wand. Die inklusive Gestaltung kulturhistorischer Ausstellungen ist noch immer ein Experiment, wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aber sicherlich an Bedeutung gewinnen.

Inhaltlich schlug die Ausstellung, wie dieser Beitrag, den Bogen vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Im letzten Bereich kamen Menschen mit Behinderungen aus Erlangen und der Region selbst zu Wort. Nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns“ verliehen sie ihren Erfahrungen, Bedürfnissen und Meinungen Ausdruck und zeichneten ein vielstimmiges Bild gegenwärtiger Lebensrealitäten.

Zehn Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention fällt die Bilanz des bisher Erreichten gemischt aus: Während sich die Gesellschaft insgesamt für die Bedürfnisse behinderter Menschen geöffnet hat,



Tastpult mit Raumplan
in der Ausstellung
„BarriereSprung“
Foto: Georg Pöhlein



Blick in den Bereich „Lebenswelten der Gegenwart“ der Ausstellung „BarriereSprung“
Foto: Erich Malter

offenbaren die nackten Zahlen nur geringe Fortschritte in wichtigen Bereichen. Die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt scheint in weiter Ferne zu stehen, viele Menschen mit Behinderungen sind noch immer gezwungen, gegen ihren Willen in Pflegeeinrichtungen zu leben, zahllose Arztpraxen, Restaurants und Geschäfte sind nicht barrierefrei, die schulische Inklusion ist zum politischen Zankapfel geworden, Sparmaßnahmen im Sozial- und Gesundheitssektor stellen Beratung und Assistenzvermittlung auf eine Belastungsprobe. Gerade in den vergangenen Monaten bereitete der drohende Zusammenbruch der ärztlichen Versorgung vielen Menschen mit Beeinträchtigungen erhebliche Sorgen, von Debatten über den Wert des Lebens ganz zu schweigen.

Die Ausstellung „BarriereSprung“ hatte sich zum Ziel gesetzt, für gegenwärtige und zukünftige Probleme zu sensibilisieren, neue Perspektiven auf das Thema zu eröffnen und die Erkenntnis zu fördern, dass Inklusion uns alle betrifft. Über 9 Prozent der Menschen in Deutschland gelten aktuell als schwerbehindert. Die wenigsten dieser Beeinträchtigungen sind angeboren, die meisten sind das Resultat von Krankheiten im höheren Lebensalter. Gerade angesichts des demographischen Wandels in unserer Gesellschaft ist die Idee von Inklusion daher nicht nur an den Bedürfnissen der Gegenwart orientiert, sondern auch an künftigen Anforderungen. Auf den Aufzug, der heute installiert wird, könnten wir alle irgendwann angewiesen sein. 🌟

Medizin und Gesundheit machen Fortschritte

von Thies Claussen

Medizin und Gesundheit sind „Megathemen“, die durch die Corona-Pandemie 2020 in der Zukunft einen noch höheren Stellenwert haben werden.



Abbildung: picture alliance/ikon Images/Künstler: Yenpitsu Nemoto



Herzoperation im Hybrid-Operationssaal, Deutsches Herzzentrum, Berlin
Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: Norbert Michalke

Nie zuvor hat die Medizin so rasante Fortschritte gemacht wie heute.¹ Bei Herzoperationen können Chirurgen und Chirurgeninnen darauf verzichten, den Brustkorb zu öffnen. Die Entfernung einer Niere verläuft künftig ohne Narben. Die schonenden Schlüsselloch-OPs überspringen Hürden, die noch vor wenigen Jahren als unüberwindlich galten. In der Krebsforschung und Krebsbehandlung und in vielen anderen Bereichen konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden.

Gezielte Prävention, Nutzung der digitalen Möglichkeiten und Personalisierte oder Individualisierte Medizin stehen für die Zukunft im Vordergrund. Dies gilt ganz besonders für Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen, die nach wie vor zu den häufigsten Todesursachen in Deutschland gehören. Das Statistische Bundesamt nennt als die zehn häufigsten Todesursachen in der Reihenfolge der Häufigkeit ihres Eintretens folgende:² mangelnde Durchblutung des Herzmuskels, akuter Herzinfarkt, Lungen- und Bronchialkrebs, nicht näher bezeichnete Demenz, Herzschwäche

1 Vgl. zum Beispiel: Hans Haller: Traum vom ewigen Leben, unter: www.spiegel.de/spiegel/print/d-10932954.html [Stand: 11.03.2020]; oder: <https://www.gesundheit10.de/rasanter-fortschritt-in-der-medizin- retten-leben/> [Stand: 11.03.2020].

2 Vgl. Statistisches Bundesamt: Häufigste Todesursachen 2017, unter: www.statistisches-bundesamt.de [Stand: 11.03.2020].

che, sonstige chronische Lungenkrankheiten, hypertensive Herzkrankheit, Vorhofflimmern, Lungenentzündung, Brustdrüsenkrebs. Soweit die Hauptursachen für die 2018 über 954.000 Todesfälle³ in Deutschland.

In nur 100 Jahren haben wir – auch dank der Ergebnisse der Gesundheitsforschung und großer Fortschritte in der Gesundheitsversorgung – eine um 30 Jahre gestiegene Lebenserwartung gewonnen, Tendenz steigend. Trotz eines aktuell hohen medizinischen, technischen und pharmazeutischen Versorgungsniveaus in Deutschland besteht ein Grundproblem der Medizin aber auch heute noch darin, spezifische Behandlungsverfahren zu entwickeln, die bei jedem einzelnen Patienten optimal wirksam sind und so wenig Nebenwirkungen wie möglich hervorrufen.



Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/imageBROKER/Fotograf: Michaela Begsteiger

Individualisierte Medizin

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung weist in seinem „Aktionsplan Individualisierte Medizin“⁴ darauf hin, dass in Abhängigkeit von genetischen Grundlagen, Geschlecht, Alter oder Mehrfacherkrankungen die Wirksamkeit eines Behandlungsverfahrens bis zur Unwirksamkeit abnehmen und/oder das Risiko unerwünschter Nebenwirkungen deutlich zunehmen kann. Heute sprechen je nach Erkrankung nur 25 Prozent bis 70 Prozent der Patienten auf die verabreichten Medikamente an. Allein für die Behandlung unerwünschter Nebenwirkungen werden in Deutschland rund 2,5 Milliarden Euro jährlich ausgegeben.⁵

3 www.de.statista.com/statistik/daten/studie/156902/umfrage/sterbefaelle-in-deutschland/ [Stand: 11.03.2020].

4 Bundesministerium für Bildung und Forschung: Aktionsplan Individualisierte Medizin. Ein neuer Weg in Forschung und Gesundheitsversorgung, Berlin 2013, S. 3 ff.

5 Ebd., S. 4.

Hier kann die Personalisierte bzw. Individualisierte Medizin künftig wichtige Fortschritte ermöglichen.⁶ Auch wenn die Forschung noch vor großen Herausforderungen steht, sind die Voraussetzungen für nachhaltige Erfolge auf dem Weg zu einer Individualisierten Medizin heute besser denn je: Mit der vollständigen Aufschlüsselung des menschlichen Genoms, durch die rasante Entwicklung der Sequenzieretechnologie und andere Verfahren zur Analyse von Biomaterialien (zum Beispiel Blut, Zellen oder Tumorgewebe) sind die Grundlagen für ein besseres Verständnis der Entstehung von Krankheiten sowie deren Prävention, Diagnose und Behandlung geschaffen.⁷

Durch bioinformatische Verarbeitung und systematische Betrachtung vorhandener Daten sind bereits wichtige Bausteine für eine Individualisierte Medizin entstanden. Dabei ist die Entwicklung von maßgeschneiderten Behandlungsansätzen in der Onkologie am weitesten fortgeschritten. Auch in der kardiovaskulären Medizin, der Neurologie, der Infektiologie und bei metabolischen Erkrankungen sind ähnliche Ansätze festzustellen.

Die Individualisierte Medizin besitzt das Potenzial, eine neue Qualität in die Versorgung der Patienten zu bringen.⁸ Krebs, Bluthochdruck oder Alzheimer werden in Zukunft durch molekulare Parameter genauer definierbar. Nicht eine Krankheit, sondern der erkrankte Mensch mit seinen individuellen Eigenschaften und Voraussetzungen bildet den Ausgangspunkt für medizinische Interventionen.

Für viele Patienten bietet bereits eine schnelle, zutreffende Diagnose eine deutliche Verbesserung ihrer Situation: Die genaue Bestimmung und Klassifizierung einer Erkrankung kann mit langwierigen, belastenden Untersuchungen verbunden sein. Bestehende Diagnostika liefern nicht immer hinreichend eindeutige Ergebnisse. Dies bedeutet neben physischen und psychischen Belastungen auch einen Zeitverlust und damit ein Fortschreiten der Erkrankung bis zum Beginn einer geeigneten Therapie.

Im Anschluss an eine hochspezifische Diagnose aufgrund der Individualisierten Medizin können Patienten dann präzise entsprechend ihrer molekularen Signatur und weiterer Einflussfaktoren behandelt werden. Für die medizinische Versorgung ergeben sich durch die Persona-

6 Vgl. auch Prognos AG: Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen, hg. von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, München 2018, S. 49 ff.

7 Vgl. hierzu und im Folgenden: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Aktionsplan Individualisierte Medizin. Ein neuer Weg in Forschung und Gesundheitsversorgung, Berlin 2013, S. 4 ff.

8 Vgl. weiter ebd.

tineanwendung müssen Fragen zu Wirksamkeit, Nutzen, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Normung und Standardisierung durch entsprechende Studien beantwortet werden. Des Weiteren müsste das Potenzial an Chancen und Risiken im Bereich der Individualisierten Medizin im Hinblick auf Patientenautonomie, Nichtdiskriminierung und Verteilungsgerechtigkeit untersucht werden.

Neue Chancen durch Digitalisierung

Wesentliche Chancen für die moderne Medizin bietet auch die Digitalisierung.¹⁰ Digitale Entwicklungen können die Errungenschaften aus Informationstechnologie und Medizintechnik gezielt zusammenführen. Sie besitzen das große Potenzial, die Gesundheitsversorgung effizienter zu gestalten und Diagnostik und Therapien entscheidend zu verbessern. Zukünftig sollen schnellere, präzisere und schonendere Verfahren zur Verfügung stehen, die zur Lebensrettung, Behandlung und Heilung von Patientinnen und Patienten dienen oder die Lebensqualität Betroffener sowie ihrer Angehörigen erhöhen.

Die Prognos AG weist in ihrer Studie „Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen“¹¹ darauf hin, dass die Nutzung fortschrittlicher digitaler Methoden für die künftige Gesundheitsversorgung zentral und unabdingbar ist. Der Auf- und Ausbau einer adäquaten Telematik-Infrastruktur kann z. B. den Datenaustausch zwischen den verschiedenen Leistungserbringern im Gesundheitswesen revolutionieren. Unnötige Mehrfachbehandlungen können so verhindert, Therapien und Behandlungskonzepte verbessert und die Versorgungsqualität insgesamt optimiert werden. Die Digitalisierung macht es möglich, die gigantischen Datenmengen, die im Gesundheitswesen anfallen, zielgerichtet zu analysieren (Big-Data-Analyse) und so die Datenbasis für medizinische Forschung, Diagnose und Therapie zu verbessern.

Eine zentrale Voraussetzung für den zielgerichteten Einsatz der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine elektronische Gesundheits- oder Patientenakte. Eine wesentliche Hürde bei der Entwicklung der elektronischen Patientenakte besteht bislang in Datenschutzbedenken.¹² Hier muss der Gesetzgeber prüfen, wie ein adäquater Schutz der individuellen und sensiblen Gesundheitsdaten sichergestellt werden kann, ohne dabei technisch mögliche Innovationen auszubremsen.

10 Vgl. im Folgenden: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Digitalisierung in der Medizintechnik, Berlin 2020, S. 3 ff.

11 Prognos AG: Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen, hg. von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, München 2018, S. 48 ff.

12 Vgl. ebd., S. 102 f.

Wachsende Bedeutung der Medizintechnik

Werfen wir einen Blick auf den Stand der Medizintechnik, die eine wichtige und in Zukunft weiterwachsende Rolle in der Gesundheitsversorgung spielt. Hier existieren bereits zahlreiche Anwendungen mit langfristig großem Ausbaupotenzial. Das VDI-Technologiezentrum nennt in seiner Untersuchung „Forschungs- und Technologieperspektiven 2030“ folgende interessante Anwendungen:¹³

- Implantate aus biologischen Materialien, zum Beispiel ein Implantat aus Hydrogel zum Einsatz in den Bandscheiben der Halswirbelsäule,
- „Point of Care Testing (POCT)“, zum Beispiel die mobile Bestimmung von Blutglukose, Metaboliten und Enzymen, Blutgas- und Elektrolytanalytik sowie Allergie- und Erregerdiagnostik,
- Hightech-Prothesen, zum Beispiel Hightech-Beine und Hightech-Greifarme,
- Apps zur OP-Unterstützung, zum Beispiel eine Tablet-App zur Planung und Unterstützung von Leber-Operationen,
- digitale Bildkommunikations- und Archivierungssysteme zur Speicherung und zum Austausch von Bildern der bildgebenden Diagnostik zwischen Leistungserbringern,
- Teleradiologie, zum Beispiel bildgebende Untersuchung, bei der sich der Radiologe nicht am Ort der Durchführung befindet.

Für die Entwicklungen in der Medizintechnik wird in den kommenden Jahren der Kostendruck im Gesundheitswesen prägend sein.¹⁴ Das heißt, aus technologischer Sicht sind viele Neuentwicklungen denkbar, jedoch wird die tatsächliche Dynamik auch von Fragen der Kostenerstattung abhängen, da im Gesundheitswesen stärker als bisher nach dem Mehrwert neuer Lösungen gefragt wird.

Welche Einstellungen haben die Deutschen zu den Zukunftstechnologien in Gesundheit und Pflege? Hierzu hat das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen eines „ZukunftsMonitors“ 1000 persönliche Interviews durchgeführt. Insgesamt zeigen viele der Befragten wenige Berührungsängste, wenn es um neue

13 VDI Technologiezentrum: Forschungs- und Technologieperspektiven 2030, Ergebnisband 2 zur Suchphase von BMBF-Foresight Zyklus II, Düsseldorf 2015, S. 64.

14 Ebd.

Technologien im Gesundheits- und Pflegebereich geht.¹⁵

Von Robotern gepflegt werden?

So kann sich bereits jeder vierte Deutsche vorstellen, von Robotern gepflegt zu werden. Auch Implantate zur Steigerung der geistigen Fähigkeiten hält jeder zweite Deutsche für denkbar. In der Medizin werden sogenannte neuronale Implantate derzeit bereits verwendet, um verloren gegangene Körperfunktionen, wie etwa den Gehörsinn wiederherzustellen. Noch ist es Zukunftsmusik, auch geistige Fähigkeiten, wie die Gedächtnisleistung oder die Konzentration, auf diese Weise zu verbessern. Sollte diese Möglichkeit eines Tages bestehen, würden zahlreiche Menschen auf sie zurückgreifen, wie der ZukunftsMonitor zeigte.

Insgesamt sehen die Befragten viel Potenzial im Einsatz digitaler Technologien im Gesundheits-, Pflege- und Fitnessbereich. Besonders sogenannte „Wearables“ – also Fitnessarmbänder oder Kleidungsstücke, die Biodaten messen – nehmen die Bürgerinnen und Bürger als Chance wahr (55 Prozent). Große Möglichkeiten messen die Deutschen auch der Telepflege zu (51 Prozent), also der computergestützten Überprüfung von Gesundheitsdaten durch Hausarzt oder Pflegedienst aus der Ferne.

Gleichzeitig zeigt die Umfrage, dass die Bevölkerung einen hohen Anspruch an die Sicherheit von online gespeicherten Daten stellt. Eine erhebliche Anzahl der Befragten zeigt Bedenken, ihre Daten im Netz zu teilen (62 Prozent) oder lehnt es ab, sie der Krankenkasse zur Verfügung zu stellen (67 Prozent).



Corona-Tests am Münchner Flughafen im Juli 2020
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Marco Einfeldt

15 Vgl. im Folgenden: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Vom Roboter gepflegt werden? Für jeden Vierten vorstellbar, unter www.bmbf.de/de/vom-roboter-gepflegt-werden-fuer-jeden-vierten-vorstellbar-950.html [Stand: 11.03.2020]; Ergebnisse auch unter www.vfa-patientenportal.de/aktuelles/news-aktuelles/pflege-durch-roboter-fuer-jeden-vierten-vorstellbar.html [Stand: 11.03.2020].

Ausflug zum Hausarzt im Jahr 2050

Erlauben wir uns mit dem Zukunftsforscher Ulrich Eberl einen Ausflug zum Hausarzt im Jahr 2050.¹⁶ Wenn heute die Nase läuft, man hustet, Fieber hat oder sich schlapp fühlt – ist das eine gefährliche Virusgrippe oder nur eine Erkältung? Sicherheit gibt hier erst eine Blutprobe und deren Analyse im Speziallabor, doch da dauert es oft Tage, bis man den Befund in der Hand hält.

Im Jahr 2050 wird unser Hausarzt Schnelltests gleich in seiner Praxis durchführen. Die Grundbestandteile des Labors im Scheckkartenformat haben Wissenschaftler bereits entwickelt: winzige Kanäle und Pumpen, die einen Blutstropfen ansaugen, mit integrierten Chemikalien, die die Zellen aufbrechen, und Kammern, die das Erbgut, die DNA, festhalten.

Sie wird automatisch vervielfältigt, mit Molekülen markiert und zum Sensor transportiert, der herausfindet, was unser Hausarzt wissen will: Ob sich Erreger von Infektionskrankheiten in der Probe befinden, oder ob der Patient bestimmte Allergien, Erbkrankheiten oder Unverträglichkeiten gegenüber Medikamenten hat.

Sogar für den Patienten selbst könnten einfache Versionen des Labors auf dem Chip nützlich sein, um zum Beispiel zuhause den Therapieverlauf seiner Krankheit zu kontrollieren. Ähnlich wie heute Diabetiker ihre Blutwerte selbst überprüfen, könnten Patienten in Zukunft ein solches Minilabor im Blut nach Molekülen suchen lassen, die von Krebszellen abgegeben werden, und die Daten an ihren Hausarzt schicken – je weniger von solchen Molekülen der Chip findet, desto besser verläuft die Heilung.

Soweit der noch etwas nach Science-Fiction klingende, aber nicht völlig unrealistische Ausflug von Ulrich Eberl zum Hausarzt im Jahr 2050.



Überreste des Tempels des Asklepios, des Gottes der Heilkunst, in Epidauros, Griechenland
Foto: picture-alliance/akg-images/Fotograf: Tristan Lafranchis

16 Ulrich Eberl: Zukunft 2050. Wie wir schon heute die Zukunft erfinden, Weinheim-Basel 2011, S. 213 f.

Megatrend Gesundheit

Medizin und Gesundheit sind aber sicherlich Schlüsselthemen für die Zukunft. So sieht es auch das Zukunftsinstitut in Frankfurt am Main. Gesundheit ist nicht mehr nur ein erstrebenswerter Zustand, sondern Lebensziel und Lebenssinn. Der Megatrend verknüpft psychische und physische Dimensionen immer enger, Gesundheit und Zufriedenheit verschmelzen. Die Menschen übernehmen in dieser optimistischen Sicht mehr Verantwortung für ihre Gesundheit und treten dem Gesundheitssystem selbstbewusster gegenüber.

Insbesondere folgende Entwicklungen sehen die Frankfurter Zukunftsforscher des Zukunftsinstituts beim Megatrend Gesundheit:¹⁷

- **Achtsamkeit**
Achtsamkeit ist der wichtigste Gegentrend zur permanenten Reizüberflutung des digitalen Zeitalters und der medial gemachten Erregungskultur. Immer häufiger hinterfragen wir die Art, wie wir mit uns und unserer real-digitalen Umwelt umgehen. Achtsamkeit ist mehr als ein Lifestyle-Thema, es ist die Kunst, das Hier und Jetzt nicht aus den Augen zu verlieren, die eigenen Bedürfnisse zu kennen und Werte zu leben.
- **Bike-Boom**
Das Fahrrad wandelt sich vom Freizeitgerät zum Verkehrsmittel erster Wahl, vor allem in den Städten. Radfahren ist nicht nur ökologisch, kostengünstig und gesund, sondern in Innenstädten mittlerweile oft die schnellere Alternative zum Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln.
- **Corporate Health**
Gesundheitsmanagement in Unternehmen geht weit über Unfallschutz, Betriebsärzte und ergonomische Arbeitsplätze hinaus. Stress, Überarbeitung, Burnout, körperliche und psychische Beschwerden: Um die Leistungsfähigkeit im Job zu sichern, ist Gesundheitsvorsorge keine individuelle Angelegenheit mehr. Sie wird zur strategischen Führungsaufgabe.
- **Detoxing**
Im Zuge des steigenden Gesundheitsbewusstseins versuchen immer mehr Menschen sich durch eine gezielte Auswahl von Lebensmitteln und Pflegeprodukten von schädlichen, ungesunden oder krank machenden Substanzen zu befreien.

- **Digital Health**
Digitale Technologien spielen bei der Gesundheitsversorgung wie auch beim individuellen Gesundheitsverhalten eine immer größere Rolle. Bei kritischen Vitalwerten können Mediziner beispielsweise Feedback geben, ohne dass der Patient zum Arzt kommen muss. *Digital Health* ermöglicht eine bessere Interaktion zwischen Patienten, Medizinerinnen und Dienstleistern.
- **Flexitarier**
„Weniger Fleisch, mehr Lebensqualität“, lautet die Devise der Teilzeit-Vegetarier. Flexitarier setzen weniger auf Moral und mehr auf Pragmatismus. Beispielsweise verzichten sie nicht komplett und immer auf Fleisch (Vegetarier) oder gar auf alle tierischen Produkte (Veganer). Ihre Philosophie ist es, die richtige Balance zu finden und lieber weniger und dafür besseres Fleisch zu konsumieren.
- **Healthy Hedonism**
Ein dogmatisches, leistungsorientiertes Gesundheitsstreben wird zunehmend abgelöst durch ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis, das aufs Wohlbefinden von Körper und Geist abzielt. Es geht nicht mehr um Gesundheitsregeln, die vorschreiben, was man darf oder nicht, sondern um eine Besinnung auf das, was guttut. Nicht ein schlechtes Gewissen und Verzicht sind der Haupttreiber dieses neuen Gesundheitsverhaltens, sondern Genuss und Lebensqualität.
- **Komplementärmedizin**
Komplementär- und Alternativmedizin gewinnen an Zuspruch. Wachsendes Misstrauen gegenüber der Schulmedizin bringt Menschen dazu, neue Möglichkeiten der Gesunderhaltung und Heilung zu testen. Unter Verzicht auf Produkte der Pharmaindustrie sollen alternative Methoden eine natürliche oder ganzheitliche Heilung oder Prävention ermöglichen.
- **Lebensqualität**
„Besser statt mehr“ wird zur Leitdevise von immer mehr individuellen und kollektiven Strategien, die auf höhere Lebensqualität setzen: besser Zeit mit der Familie als mehr Gehalt, besser eine neue Grünfläche in der Stadt als noch ein Einkaufszentrum, lieber weniger und dafür besseres Fleisch auf dem Teller usw.
- **Movement Culture**
Sport ist heute für viele normaler Bestandteil des Lebens. Dabei verändert sich für eine wachsende Gruppe von Menschen die Bedeutung von Sport – weg von der reinen Selbstoptimierung und hin zu einem Comeback der Bewegung: Es geht nicht mehr darum, eine bestimmte Leistung oder ein bestimmtes Aussehen

17 Zukunftsinstitut: Gesundheit Glossar, unter: www.zukunftsinstitut.de/artikel/mtglossar/gesundheit-glossar/ [Stand: 11.03.2020].

zu erreichen, sondern um die Bewegung selbst. Egal, ob beim Schwimmen, Yoga, Parkour oder Spaziergehen, der achtsame und genussvolle Umgang mit dem Körper steht im Zentrum.

- **Selftracking**

In dem Streben nach Gesundheit, Fitness und Lebensqualität werden digitale Anwendungen für Smartphones, Sport-Armbänder oder andere tragbare Geräte zum Mittel der Wahl, um körperliche Leistungen oder Gesundheitswerte und Vitaldaten aufzuzeichnen, zu visualisieren und auszuwerten.

- **Preventive Health**

Prävention ist zum wichtigen Pfeiler der Gesundheitsversorgung und eines wachsenden Gesundheitsbewusstseins geworden. Gesundheitliche Eigenverantwortung nimmt durch einen immer leichteren Zugang zu Informationen sichtbar zu.

- **Self Balancer**

Der *Self Balancer* führt einen achtsamen Lebensstil und hat es sich zum Lebensziel gemacht, im Inneren stets ausgeglichen und bei sich zu sein. Für ihn ist das eigene Wohlbefinden wichtiger als der Gedanke, um jeden Preis gesundes Essen zu sich zu nehmen oder sich für eine sportliche Tätigkeit zu motivieren. Damit schafft er es, seine Prioritäten im Leben ganz klar zu setzen und zu verfolgen, ohne sich durch äußere Einflüsse beirren zu lassen.

Soweit die Annahmen des Frankfurter Zukunftsinstituts zum Megatrend Gesundheit, die zwar teilweise unter etwas gewöhnungsbedürftigen Überschriften laufen, die dennoch viele bedenkenswerte Trends aufzeigen.

Jeder Einzelne wird mit dem Thema Medizin und Gesundheit unterschiedlich umgehen: Vertrauen wir zum Beispiel der Schulmedizin, oder wächst unser Misstrauen? Suchen wir nach Möglichkeiten der Entschleunigung oder stopfen wir immer noch mehr Termine in unsere berufliche und private Welt? Pflegen wir eine gesunde Lebensweise mit Sport und gesunder Ernährung oder nehmen wir Nikotin und Alkohol in schädlichen Mengen zu uns?

Wie auch immer: Die Zukunft der Medizin und der Gesundheit wird uns in den nächsten Jahrzehnten stark prägen.¹⁸ Dass trotz der unzweifelhaften Fortschritte der modernen Medizin auch künftig unvorhergesehene Grenzen für Medizin und Gesundheit auftreten können, hat Anfang 2020 die Corona-Pandemie gezeigt, die weltweit

zu drastischen Einbrüchen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben geführt hat.

Die Corona-Pandemie hat mehr als deutlich die Grenzen der modernen Medizin aufgezeigt. Wirksame Medikamente und Impfstoffe lassen sich nicht „über Nacht“ entwickeln. Trotz eines beispiellosen weltweiten Wettlaufs hochspezialisierter Labore und Forschungseinrichtungen sind dafür deutlich mehr als nur wenige Wochen oder Monate erforderlich.

Die Pandemie hat auch gezeigt, dass künftig Warnungen vor weltweiten Gesundheitsrisiken ernster genommen werden müssen, um diese rechtzeitig abzuwehren oder zumindest zu minimieren. Bereits im Jahr 2005 warnte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) davor, dass die Welt so nahe vor einer Pandemie stehe wie seit 1968 nicht mehr, als die sogenannte Hongkong-Grippe schätzungsweise eine Millionen Menschen tötete.¹⁹



Gebäude der Bill & Melinda Gates-Stiftung in Seattle, USA
Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: Thomas Sbampato

Noch drastischer warnte Bill Gates, der Gründer von Microsoft, bei einem öffentlichen Vortrag im Jahr 2015 davor, dass eine Pandemie tödlicher sein könne als eine Atombombe.²⁰ Man habe viel Geld in nukleare Abschreckung investiert, aber nur wenig gegen eine Epidemie getan. Dabei gehe – so Gates – die Gefahr eher von Viren und Bakterien als von Raketen aus.

Zwar werden leider wohl auch künftig Warnungen oder Hinweise von Wissenschaft und Experten nur zum Teil gehört. Aber spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der Megatrend Gesundheit in den nächsten Jahrzehnten eine deutlich höhere Aufmerksamkeit von Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft erfordert. ▀

18 Vgl. auch: Thies Claussen: Unsere Zukunft nach Corona, Künftige Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und Technik, Hamburg 2020, S. 161 ff.

19 Vgl. dazu: Georg Mascolo/Nicolas Richter: Gehört, gestaunt, vergessen, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. März 2020, S. 2.

20 Ebd.

Warum Trump die Wahl am 3. November 2020 verlieren wird

von Stephan Bierling



Walk of Fame, Hollywood, Los Angeles, Kalifornien, USA
Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: Stefan Auth

Die Demokraten sind mobilisiert und sie profitieren vom demografischen Wandel und Donald Trumps katastrophalen Corona-Management. Mit Joe Biden haben sie auch noch den richtigen Kandidaten.

Anfang Februar 2020 schienen Trumps Chancen auf den Wiedereinzug ins Weiße Haus intakt: Der republikanisch dominierte Senat hatte seine Absetzung abgeschmettert, die Demokraten waren demoralisiert und in einen bitteren Streit über ihren eigenen Präsidentschaftskandidaten verstrickt. Wenige Wochen vor den Wahlen sieht die Lage anders aus: Fast alle Umfragen geben dem Amtsinhaber nur mehr Außenseiterchancen. Ausgeschlossen ist sein Wahlsieg aber nicht.

Was spricht für Trump? Erstens stehen seine Wähler geschlossen hinter ihm. 90 Prozent derer, die ihm 2016 ihre Stimme gaben, wollen dies erneut tun – ein historischer Höchstwert. Was auch immer dem Präsidenten vorgeworfen wurde, ob Kollaboration mit Russland, Schweigegeldzahlungen an einen Pornostar, pathologische Lügelei, Erpressung der Ukraine, selbst der katastrophale Umgang mit der Corona-Pandemie, nichts vermochte die Loyalität seiner Anhänger zu erschüttern. Er kann auf die volle Unterstützung der Republikanischen Partei bauen, die sich ihm völlig unterworfen hat. Ihr Apparat und ihre Finanzmittel erlauben es Trump, diesmal einen professionelleren Wahlkampf zu führen als vor vier Jahren.



US-Präsident Donald Trump im Juli 2020
Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: Tom Brenner

Zweitens scheitern Amtsinhaber selten: Seit 1900 verloren sie nur fünf von 19 Wahlen. Die letzten, die dieses Schicksal ereilte, waren Jimmy Carter 1980 und George



US-Präsident Donald Trump mit First Lady Melania, dann die Ex-Präsidenten mit ihren Gattinen: Barack und Michelle Obama, Bill und Hillary Clinton und Jimmy und Rosalyn Carter beim Gedenkgottesdienst für den verstorbenen Präsidenten George Bush sr., am 5. Dezember 2018 in Washington
Foto: picture alliance/Newscom/Fotograf: CHRIS KLEPONIS

Bush sr. 1992. Trumps drei Vorgänger – Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama – wurden alle wiedergewählt.

Drittens bevorteilt das entscheidende Wahlmännerkolleg Trump, da seine Anhänger günstiger verteilt sind über die Einzelstaaten der USA als die der Demokraten. Nach dem „Winner takes all“-Prinzip gehen die gesamten Wahlmänner eines Staats an den Kandidaten mit den meisten Stimmen (Ausnahmen sind Maine und Nebraska). 2016 gewann Hillary Clinton ihre 20 Staaten plus Washington, D.C. im Durchschnitt mit größerem Abstand als Trump seine 30. Die Folge: Sie erzielte auf nationaler Ebene drei Millionen mehr Wählerstimmen und lag damit 2,1 Prozentpunkte vor ihrem Rivalen, der jedoch die Mehrheit der Wahlmänner und damit die Präsidentschaft holte. Dieser strukturelle Vorteil der Republikaner dürfte 2020 noch stärker ausfallen.

Trotz all dieser Pluspunkte können die Demokraten Trump am 3. November 2020 schlagen. Denn der Präsident hat zwar fast alle seine Fans bei der Stange gehalten, aber keine neuen hinzugewonnen. In den vergangenen fast vier Jahren stimmten nie mehr als 45 Prozent der Wähler

seiner Amtsführung zu. Ursache dafür ist die schärfste parteipolitische Polarisierung der US-Geschichte: Es gibt kaum mehr Wechselwähler, die man auf seine Seite ziehen kann. Darum sticht auch ein weiterer traditioneller Trumpf eines Präsidenten bei Trump nicht, nämlich sich durch Zeremonien und internationale Gipfeltreffen als überparteilicher Repräsentant der Nation inszenieren zu können. Im Gegenteil: Mit jedem öffentlichen Auftritt vertieft er die Spaltung zwischen den politischen Lagern.

Vor allem hat Trump die wahlstrategisch einmalige Chance vergeudet, sich in Corona-Pandemie-Zeiten als Landesvater, kompetenter Krisenmanager und entschlossener Kämpfer für die Gesundheit und das soziale Wohl aller Amerikaner zu etablieren. Während die Zustimmungsraten anderer Staats- und Regierungschefs seit März 2020 nach oben schossen, fielen die des amerikanischen Präsidenten wegen seines Totalversagens bei der Seucheneindämmung. Viele der älteren Wähler, die 2016 noch weit überproportional für Trump gestimmt hatten, sehen, wie gefährlich seine Politik für sie als Hauptrisikogruppe tödlicher Covid-19-Infektionen ist, und wenden sich von ihm ab.

Die Demokraten haben beim Ringen um die Präsidentschaft zudem einen wichtigen Verbündeten: die Demografie. Die Trump-Wähler sind tendenziell weißer, älter, männlicher, religiöser und schlechter ausgebildet als der Durchschnittsbürger. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung geht Jahr für Jahr zurück, während die typischen Wählerklientele der Demokraten wachsen: Minderheiten wie hispanische, asiatische und schwarze Amerikaner, Leute mit College-Abschluss, Kirchenferne, Atheisten. Dazu kommen die jungen Erstwähler, die wenig für die Republikaner übrig haben. Bei der Altersgruppe zwischen 18 bis 24 erreichte Trump bei den letzten Präsidentschaftswahlen lediglich 34 Prozent. Alle vier Jahre verschiebt sich die Wählerschaft deshalb um einen Prozentpunkt zugunsten der Demokraten. Würden alle Bevölkerungsgruppen 2020 genauso abstimmen wie 2016, verlöre Trump sein Amt allein wegen des demografischen Wandels.

Hinzu kommt, dass die Demokraten diesmal stärker mobilisiert sind als vor vier Jahren. Damals hatten sie mit Obama acht Jahre den Präsidenten gestellt und waren satt und lethargisch, die Wahl Hillary Clintons schien reine



Eine Mauer in Boone, Iowa, USA, Juli 2020
Foto: [picture alliance/ZUMAPRESS.com](https://picture.alliance/ZUMAPRESS.com/)/Fotograf: Jack Kurtz

Formsache. Dagegen drängten die Republikaner, aufgeputscht durch die radikale Tea-Party-Bewegung, mit aller Energie zurück an die Schalthobel der Macht. Diesmal sind die Demokraten die „out“-Partei und wollen ihre Nemesis Trump unbedingt aus dem Weißen Haus jagen. Geldprobleme haben sie nicht. Kleinspender und Großmäzene pumpen enorme Summen in den Wahlkampf von Joe Biden. Anfang September kündigte der Super-Milliardär Mike Bloomberg an, dem demokratischen Herausforderer mit 100 Millionen Dollar im wichtigen Swing State Florida beizustehen.

Schließlich haben die Demokraten aus den Fehlern Hillary Clintons gelernt und werden ihre traditionellen Unterstützerstaaten im „Rostgürtel“ um die Großen Seen diesmal nicht vernachlässigen. Denn Trump siegte 2016, weil er den Demokraten die seit 1992 von ihnen ohne Unterbrechung gewonnenen Bundesstaaten Wisconsin, Michigan und Pennsylvania mit der hauchdünnen Mehrheit von zusammen 77.744 Stimmen entriss. In den entscheidenden hundert Tagen vor der Wahl besuchte er diese drei Staaten doppelt so häufig wie Clinton.



Bekanntmachung der offiziellen Nominierung Bidens im August 2020
Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Courtesy C-Span



Joe Biden und Kamala Harris bei einem Wahlkampfauftritt im August 2020
Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Fotografin: Carolyn Kaster

Mit Joe Biden haben die Demokraten zudem den richtigen Kandidaten aufgestellt. Er mag mit 77 Jahren der älteste Präsidentschaftsbewerber der Geschichte sein, er mag oft unkontrolliert daher schwadronieren, er mag ein schlechter Wahlkämpfer und wenig inspirierend sein – aber er kann die heterogene Partei besser zusammenhalten als jede(r) andere. Biden war weltanschaulich immer in der Mitte der Demokratischen Partei, jede ihrer vielen Partikulargruppen – Gewerkschafter, Umweltschützer, Minderheiten, Feministinnen – kann mit ihm leben. 2016 gewann Trump nicht zuletzt deshalb, weil er die Wähler davon überzeugte, Clinton sei ideologisch viel extremer als er. Dem skrupellosen Präsidenten fällt es aber viel schwerer, Biden als sozialistischen Revolutionär zu brandmarken. Ohne ein klares Ziel seiner spalterischen Parolen gerät die Präsidentschaftswahl am 3. November wie gewohnt zu einem Referendum über die bisherige Bilanz des Amtsinhabers – und diese fällt für Trump wenig schmeichelhaft aus.

Lesestoff zur US-Wahl

Eine Besprechung aktueller Literatur

Vom Leuchtturm zum Problemfall? Die USA vor den Präsidentschaftswahlen

Amerika hat es nicht leicht im 21. Jahrhundert: angegriffen von mörderischen islamistischen Terroristen, verstrickt in langwierige kostspielige Kriege im Irak und in Afghanistan, herausgefordert von der Wirtschaftssupermacht China, parteipolitisch zerrissen wie zu keinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte, Land mit den in absoluten Zahlen meisten Corona-Opfern, heute geführt von einem Mann, der die Zukunft der Nation in ethnischer Exklusion, Alleingängen, Abschottung und dem Recht des Stärkeren sieht. Haben die USA ihre besten Tage hinter sich?



Torben Lütjen: Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert, WBG, 2020, 224 S.

Die Gefahr besteht, schreibt der Politikwissenschaftler Torben Lütjen in „Amerika im Kalten Bürgerkrieg“. Seit den 1960er Jahren habe das Land Maß und Mitte verloren, hätten sich Wähler und Politiker immer mehr radikalisiert. Der Grund: Bürgerrechtsbewegung, Studentenpro-

teste und Verweltlichung brachten den Nachkriegskonsens zum Einsturz, so Lütjen, und in ihrem Buhlen um einzelne Wählergruppen wurden die beiden weltanschaulich einseitig aufgestellten politischen Parteien zunehmend ideologischer und dogmatischer. Vor allem die Republikaner drifteten unter dem Einfluss religiöser Eiferer, erzkonservativer Talkradio-Moderatoren, libertärer Wirtschaftsbesitzer und skrupelloser Politiker nach rechts. Heute verfolgen die beiden Lager nicht nur inhaltlich konträre Positionen, sondern ihre Abneigung sei auch kulturell verwurzelt: „Sie hassen einander nicht, weil sie anders denken, sondern weil sie anders sind.“ Tatsächlich leben Republikaner und Demokraten mental und physisch in unterschiedlichen Universen. Lütjen spricht von einem Individualisierungsparadox, das jedem erlaube, sich selbst in seinem Echokammer-Verlies einzumauern. Seine These unterfüttert er mit einprägsamen Beispielen: Wie sehr beide Seiten jeweils widerspruchsfrei und geschlossene Lebenswelten konstruieren, zeigt Lütjen unter anderem daran, dass keine der zwanzig Lieblings-TV-Sendungen von Republikanern auf der Liste der zwanzig Lieblings-TV-Sendungen von Demokraten auftaucht. Und da Republikaner überwiegend auf dem Land und in Kleinstädten, Demokraten in den Metropolen wohnen, begegnen sie sich kaum mehr persönlich.

Zwist und Unversöhnlichkeit bildeten den idealen Nährboden für den Aufstieg Donald Trumps. Er profitierte bei seinem Wahlsieg von der präzedenzlosen parteipolitischen Polarisierung und verschärfte sie als Kandidat und Präsident weiter. Zwar macht Lütjen, der als DAAD-Gastprofessor in Nashville von 2017 bis 2020 Trump aus der Nähe analysieren konnte, aus seiner Verachtung für ihn und seinen Politikstil keinen Hehl, aber billige Schuldzuweisungen sind seine Sache nicht. So zeigt er, wie die Demokraten mit ihrer wildgewordenen Identitätspolitik, in der sie sich nur mehr als Konglomerat von Einzelgruppen wie Schwarzen, Latinos, Feministinnen, Klimaaktivisten und sexuellen Minderheiten definieren, ihre alte Klientel weißer Arbeiter vergraulen, in ihrem Hass auf Trump immer wieder in seine Fallen tappen und ihr Heil in sozialistischen Parolen suchen. Auch warnt er davor, Irrationalität und Verschwörungstheorien nur bei Republikanern zu vermuten. So seien die Anhänger der Astrologie bei Demokraten überproportional zahlreich. Am Ende zerlegt Lütjen noch falsche Analogien, die Trump als Faschisten oder neuen Wilhelm II. und Washington als neues Weimar zeichnen. Die demokratischen Traditionen, das System der checks-and-balances und nicht zuletzt die Sprunghaftigkeit und grenzenlose Selbstliebe Trumps hätten bisher dafür gesorgt, dass dieser die Grundfesten der amerikanischen Verfassung nicht erschüttern konnte.

Lütjen ist hoffnungsvoll, dass das Land notfalls auch vier weitere Jahre mit ihm aushalten würde. Die katastrophale Antwort des Präsidenten auf die Corona-Pandemie und die Black-Lives-Matter-Bewegung, die nach der Drucklegung des Buchs erfolgte, zieht diese optimistische Einschätzung freilich in Frage. Wie dem auch sei: „Amerika im Kalten Bürgerkrieg“ ist getragen von einem tiefen Verständnis der USA, schlüssig argumentiert, fair und souverän im Urteil und blendend geschrieben – eine Kombination, die man selten findet in der deutschen Amerikaforschung.



Jill Lepore: Dieses Amerika. Manifest für eine bessere Nation, C.H. Beck, 2020, 160 S.

Was Lütjen nur andeutet, ist ein Weg aus der Polarisierungs-Misere. Den will die Harvard-Historikerin Jill Lepore aufzeigen. Ihr Rezept: Es müsse den USA gelingen, den Nationalismus den Rechtspopulisten zu entreißen und seine mobilisierende Kraft wie in früheren Zeiten für ein liberales Fortschrittsprojekt zu nutzen. Schon in ihrem Mammutwerk „Diese Wahrheiten“ (2019) wandte sich Lepore dem seit den 1960er Jahren vernachlässigten Genre der Nationalgeschichte zu. Meisterlich erzählte sie darin die Entwicklung der USA als ständiges Ringen um die Umsetzung des Gründungsversprechens aus Gleichheit, naturgegebenen Rechten und Volkssouveränität. Hatte sie in „Diese Wahrheiten“ dem Leser ihre These noch wohltdosiert nähergebracht, so legt sie in ihrem knappen Nachfolgebuch „Dieses Amerika. Manifest für eine bessere Nation“ ihre Weltsicht uneingeschränkt offen. Es ist gleichermaßen historischer Essay und politisches Traktat.

Lepores Ziel ist nichts Geringeres als die Rehabilitierung der Nation. Zu lange habe sich die Geschichtswissenschaft nämlich auf die Mikro- und die Makroebene konzentriert, einzelne Gruppen wie Schwarze, Arbeiter und Frauen oder gleich den ganzen Globus in den Fokus genommen. Die Nation erklärte sie zum politischen Auslaufmodell und damit zum überholten Gegenstand der Forschung. „Eine Politik der Identität ersetzte ... eine Politik der Nationalität“, konstatiert Lepore. Die Folge: Als Rechtspopulisten einen aggressiven und nativistischen Nationalismus als Rettung vor ethnischer Vielfalt, Modernisierung und Globalisierung zu predigen begannen, hatten sie auch deshalb leichtes Spiel, weil ihnen die Historiker das Thema eines das

Volk verbindenden Narrativs kampflos überlassen hatten. Es gehe deshalb darum, so Lepore, den liberalen Nationalismus wiederzubeleben, der einen zentralen Strang der amerikanischen Geistes- und Politikgeschichte bildet.

Auf knapp 150 Seiten argumentiert sie, dass Würde und Menschenrechte den Kern der USA ausmachen und immer ausgemacht hätten. „Diese Wahrheiten bleiben“, schreibt Lepore, „der schmerzlichen Vergangenheit der Nation zum Trotz.“ Ein neuer Amerikanismus „würde eine Hingabe an Gleichheit und Freiheit, an Toleranz und Nachfragen, Gerechtigkeit und Fairness bedeuten“, an breiten Wohlstand und Umweltschutz. Dass Trumps Kerngefolgschaft einer solchen Interpretation des Gründungsmythos der Nation viel abgewinnen kann, ist zu bezweifeln. Vielmehr dürfte sie sich angesichts der für sie unvorteilhaften demografischen Trends noch mehr hinter ihren Parolen weißer Vorherrschaft und elitärer Verschwörungen verschanzen. Aber selbst bei der Demokratischen Partei kommen heute Appelle an einen progressiven Nationalismus nicht überall gut an. Linken Zeloten um Bernie Sanders sind Kompromiss, Offenheit und Inklusion ebenso fremd wie vielen Rednecks in den Südstaaten. Auch sie, die viele Liberal-Arts-Colleges dominieren, verraten mit ihrem Gesinnungsextremismus Lepores amerikanischen Traum.



Daniele Ganser: Imperium USA.
Die skrupellose Weltmacht, Orell
Füssli Verlag, 2020, 392 S.

So sehr Lepore an der tiefverwurzelten Moral und höheren Bestimmung Amerikas festhält, so sehr ist Daniele Ganser in „Imperium USA“ vom Gegenteil überzeugt. Ihn mit Lütjen und Lepore in eine Rezension zu zwingen, ist eigentlich unzulässig. Wo die beiden Wissenschaftler Gedanken und Horizont weiten, indem sie ihre These sorgsam ausbreiten, Gegenargumente erörtern und es jedem anheimstellen, sich sein Urteil zu bilden, schnürt der Agitator Ganser seine Leser in ein Gesinnungskorsett. Für ihn sind die USA ein Schurkenstaat und Urgrund allen Übels auf der Welt. Seine Anklage: 300.000 Superreiche und ihre Konzerne kontrollieren Politik und Medien des Landes und halten sich aus Profitgier ein globales Imperium. Ganser verschmilzt Lenins Imperialismus-Theorie, der zufolge die globale Expansion das höchste Stadium des Kapitalismus darstellt, mit zügellosem Antiamerikanismus. Jede angestaubte Anklage von den Indianerkriegen bis zur Sklave-

rei, jede diskreditierte Verschwörungsideologie von Pearl Harbor über den Kennedy-Mord bis zu 9/11 wird aus der Mottenkiste gezerrt, um die USA zu verunglimpfen. Und der Schweizer Ganser legt noch eines drauf: Hitler sei von den angelsächsischen Mächten herangezüchtet worden, so zitiert er zustimmend einen kanadischen Politologen, um Deutschland in einen Krieg zu treiben und ein für alle Mal als Großmacht Konkurrenten zu beseitigen. Die Nazis als Opfer? Darauf muss man erst mal kommen.

Zu keinem Thema kennt Ganser den Stand der historischen oder politikwissenschaftlichen Forschung – oder er verschweigt ihn bewusst. Leute, die seiner Sichtweise zustimmen, sind „weise“ und „klug“, Gesinnungssympathisanten wie Oliver Stone, Noam Chomsky oder Jürgen Todenhöfer dienen ihm immer wieder als Kronzeugen. Medien wie Die Zeit, die Frankfurter Allgemeine Zeitung oder die Neue Zürcher Zeitung stecken für ihn mit den amerikanischen Superreichen unter einer Decke, Der Spiegel habe über die Terroranschläge vom 11. September sogar „genau so berichtet wie vom US-Präsidenten vorgeschrieben“. Gut, so Ganser, dass alternative Informationsquellen wie RT Deutsch und Sputnik existieren – die Propagandasender des Kremls. Er selbst gibt sich als Exponent der Friedensbewegung, flirtet aber auch mit rechtsextremen Reichsbürger-Fantasien wie der Mär vom amerikanisch besetzten Deutschland und garniert alles am Ende mit etwas Achtsamkeits-Esoterik.

Natürlich sieht sich Ganser, wie in konspiratorischen Kreisen üblich, als Verfolgter. Am Wikipedia-Artikel zu seiner Person, der ihn als Verschwörungstheoretiker bezeichnet, will er nachweisen, wie ihn bestimmte Kräfte zu diskreditieren versuchen. Als Beleg für die Verschlagenheit der USA berichtet er, dass er ihre Militärbasis in Katar nicht hätte besichtigen dürfen, als er sich mit dem Taxi – offenbar unangekündigt – vorfahren ließ. Dass sich Gansers Doktorvater von ihm distanzierte, man ihm die Habilitation verweigerte und ihn die Uni Basel als Lehrbeauftragten nicht verlängerte, sieht er als Folge „der Brisanz meiner Forschungsergebnisse zum US-Imperialismus“. Die Fachwelt dürfte es verstehen als Versuch, wissenschaftliche Standards zu wahren und Scharlatane von Studenten fernzuhalten. Aber seine Bücher sind Bestseller, seine Vorträge ausverkauft, seine Fangemeinde huldigt ihm, wie ein Blick auf die Leserkommentare auf Amazon zeigt. Wer die Irrungen und Wirrungen einer hochmobilisierten außenpolitischen Sekte in der Schweiz und in Deutschland verstehen will, kommt an den Büchern ihres Guru Ganser nicht vorbei. Über die wirklichen und nicht wenigen Probleme der torkelnden Supermacht USA erfährt er dort aber nichts. ▀

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs

Titelbild: Massengymnastik in Nordkorea beim Arirang-Festival in Pjoengjang, 2012
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Olaf Schülke

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

